BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 7 Köln, 25. Juli 1959 **Preis DM 1,50**

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Dr. Helmut Dörr, „Genfer Konferenz und deutsche Politik"* S. 507
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Der Weg zum Gipfel"* S. 517
- *Dr. Hermann Rauschning, „Das Kernproblem der Entspannung"* S. 525
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Vom kalten zum heißen Krieg"* S. 532
- *Dr. Achim von Borries, „Der Mythos der 5. Republik"* S. 537
- *Prof. D. Dr. med. Karl Stoevesandt, „Zur atomaren Bewaffnung"* S. 547
- *Dr. Werner Gerth, „Militärische Entspannung ohne Wiedervereinigung?"* S. 552
- *Hermann Schwann, „Was nun?"* S. 558
- *Hans Lipinsky-Gottersdorf, „In Genf nichts Neues?"* S. 567
- *Staatssekretär a. D. Dr. Eduard Brenner, „Bayerischer Ordenssegen"* S. 572
- *Dr. Dr. Georg Groeninger, „Deutschland-Politik - gegen Deutschland"* S. 573
- *Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, „Gefahren radioaktiver und anderer durchdringender Strahlung"* S. 579
- *Prof. Dr. Rudolf Schottländer, „Schon einmal Ostpreußenhalle"* S. 589
- *Otto Prehn, „Der redliche Mann"* S. 593
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 596

Dr. Helmut Dörr

Genfer Konferenz und deutsche Politik

Konferenz mit Eigengewicht

Spender und Empfänger von Reptilienfondgeldern haben hierzulande gründliche Arbeit geleistet. Nie noch ist der Konformismus unserer Presse so erschreckend zu Tage getreten wie während der Konferenz. Berichterstattung und Propaganda sind und müssen einseitig und negativ sein, weil nach dem Willen der Bundesregierung die Konferenz ergebnislos verlaufen soll, ohne daß die Bonner Schuld an solchem Scheitern ins Bewußtsein unserer Mitbürger dringt. Daher der Vorhang aus Nebel und Rauch.

Bonn weiß sehr genau, daß internationale Konferenzen ihr Eigengewicht haben, insbe-

sondere, wenn es bei ihnen, wie hier, um Existenzfragen der Menschheit geht. Die Weltöffentlichkeit horcht auf und erfährt, welche Probleme strittig sind, welche Fragen im Interesse von Frieden und Sicherheit dringend gelöst werden müssen. Die Menschen haben seit langem begriffen, daß zu allererst die Feuer des kalten Krieges ausgetreten werden müssen, wenn das apokalyptische Grauen des Atomschlages verhindert werden soll. Heute nun, in Genf, erfährt die Welt, daß es vor allem zwei akute Gefahrenherde gibt: die Atomrüstung der Bundesrepublik und die ungelöste Frage Westberlins. Diese Erfahrung wird ihre Früchte tragen; sie wird vor allem bewirken, daß die Weltöffentlichkeit von nun an noch stärker auf den Lauf der Dinge Einfluß nimmt. Sie wird weiter Klarheit darüber schaffen, welche Kräfte in Deutschland Vertrauen und Unterstützung verdienen. Das alles wiegt schwer. Das alles wissen die Störenfriede — und darum ist man in Bonn so besorgt.

Wie kam es zur Konferenz?

Zweifellos ist die Vorgeschichte der jetzigen Konferenz in ihren Zusammenhängen sehr komplex. Wir können daher hier nur auf die wichtigsten Ereignisse eingehen, die wesentlich am Zustandekommen dieser „Konferenz über alle mit Deutschland zusammenhängenden Fragen" beigetragen haben.

Im Grunde ist das Genfer Treffen das Ergebnis zunehmender Einsicht in den gefährlichen Charakter jeder Politik der Stärke; insbesondere ist sie das Resultat des Widerstandes gegen die Politik der Bundesregierung. Seit dem Beschluß des Bundestages vom März 1957, die Atomrüstung durchzuführen, hat sich der Kampf verstärkt. In Ost und West traten Regierungen, Parteien und Persönlichkeiten auf, die zur Umkehr riefen, die Beendigung des kalten Krieges forderten, Vorschläge zur militärischen Entspannung entwickelten, die Einstellung der Atomversuche verlangten und — geängstigt durch die Dynamik und Konsequenz der westdeutschen Atomrüstung — besonders vor den Gefahren warnten, die von bestimmten Kreisen der Bundesrepublik ausgehen. Bei uns selbst formieren sich starke Kräfte gegen die atomare Bewaffnung. Gleichzeitig wuchs in der ganzen Welt der Ruf nach Friedenskonferenzen der Großmächte. MacMillan reiste nach Moskau. Die britische Regierung forderte eine Zone der militärischen Ausdünnung in Europa. In allen Ländern, besonders in den blockfreien Staaten, aber auch in Dänemark und Norwegen und anderen Nato-Ländern fielen die Entspannungsvorschläge auf fruchtbaren Boden. Klar wurde auch, daß es nur noch eine Form der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Kommunismus geben kann: den friedlichen Wettstreit der Gesellschaftssysteme um die Gunst der Völker. Es verbreitete sich die Einsicht, daß die Ideologie des Anti-Kommunismus heute eine Ideologie des Selbstmords ist. Die öffentliche Meinung, wach- und aufgerüttelt durch die mit der bundesrepublikanischen Atomaufrüstung einhergehenden Reden von der „Befreiung" und „Neuordnung Europas", forderte die Mächtigen dieser Welt an den Verhandlungstisch. Der Berlin-Vorstoß Moskaus im November vorigen Jahres war nur mehr der letzte Funkte, der unmittelbare Anlaß zur Konferenz.

Wurde in Genf etwas erreicht?

Allein die Tatsache, daß nach jahrelanger Unterbrechung — trotz und gerade wegen aller Differenzen — wieder verhandelt wird, ist von allergrößter Bedeutung. Ein Zeichen mehr dafür, daß die Welt nicht bereit ist, die Dinge sich selber zu überlassen. Aber auch ein Gradmesser dafür, wie sehr sich das internationale Klima für Bonn verschlechtert hat.

„Der Westen wird seine Haltung beibehalten, selbst wenn sich Bonn dadurch isoliert fühlt," erklärte dieser Tage ein amerikanischer Sprecher. Die britische Zeitung „Tribune", die als Sprachrohr Bevans gilt, schreibt: „Die rechtsstehenden Extremisten, die die Politik und die Angelegenheiten Westdeutschlands kontrollieren, geben sich nicht mehr damit zufrieden, die zweite Geige zu spielen. Diejenigen, die die westdeutsche Regierung — unter Führung Adenauers — kontrollieren, sind entschlossen, Atomwaffen in die Hände zu bekommen. Angesichts dieser Gefahren — neben der alle anderen Gefahren verblassen — braucht Großbritannien eine harte Politik, um Nein zu Adenauer zu sagen." Die amerikanische Nachrichtenagentur UPI berichtet aus Genf: „Großbritannien und die Vereinigten Staaten scheinen sich etwas genähert zu haben, obwohl sie noch in vielen Einzelheiten differieren. Frankreich rückt ab von der uneingeschränkten Unterstützung der westdeutschen Regierung. Westdeutschland hat jeden durch seine Forderung überrascht, die Außenministerkonferenz abzubrechen ..." Es zeigt sich: wer den kalten Krieg fortsetzen, die Atombewaffnung der Bundesrepublik erzwingen will, dem wird nicht nur das Odium des Friedensstörers angehaftet, der muß und wird um des Friedens willen auch isoliert werden. Und nicht nur isoliert: er sitzt in solchen Verhandlungen auf der Anklagebank. Das aber liegt durchaus in unserem nationalen Interesse, solange — bis sich auch bei uns eine Politik der Vernunft und des Willens zum Ausgleich durchgesetzt hat.

Diese Konferenz ist die erste Ost-West-Konferenz, an der wir Deutsche teilnehmen. Das ist ein großer Fortschritt. Weder die Bundesrepublik noch die DDR, so versicherte Außenminister Herter, könnten für ganz Deutschland sprechen. Ein entscheidendes Bonner Tabu ist damit in sich zusammengebrochen. Die absolut gleichrangige Behandlung der beiden deutschen Delegationen hebt das Argument der Bundesregierung aus den Angeln, daß sie allein Deutschland vertrete. International ist damit anerkannt, daß die deutsche Frage nur durch aktive deutsche Mitarbeit gelöst werden kann. Damit ist die These brüchig geworden, daß die Verantwortung für die Wiedervereinigung bei den Großmächten liege. Diese Bonner Sprachregelung war ohnehin nur eine Scheinargumentation, hinter der sich die Bundesregierung versteckte, um ihre — man muß es einmal sagen — Nichtwiedervereinigungspolitik zu rechtfertigen und den Militärkurs fortsetzen zu können.

Freilich, die Außenministerkonferenz hat bis heute noch keine konkreten Ergebnisse erzielt. Die Gegner der Entspannung versuchen dies als Kriterium für die Sinnlosigkeit von Verhandlungen überhaupt hinzustellen. Aber der britische Außenminister Lloyd sagte, wenn nicht verhandelt wird, führt der Weg in den Krieg. Das ist wahr, das ist realistisch. Es muß weiter verhandelt werden, und gerade dann, wenn die Außenminister nicht zu konkreten Ergebnissen kommen sollten, wird ein Verhandeln auf höherer Ebene um so notwendiger sein. So wird heute in den Hauptstädten der Welt das Zustandekommen einer Gipfelkonferenz auch kaum noch bezweifelt. Die Lage ist derart zugespitzt, daß — daran gibt es keinen Zweifel — in den nächsten Monaten tatsächlich die Würfel für Krieg oder Frieden fallen. Das ist das Ergebnis der bundesdeutschen Politik, einer Politik, die dem Volk „keine Experimente" versprach — und geradenwegs an den Rand des Abgrunds führte. Jetzt also stehen wir am Ende: entweder wir kommen in den nächsten Monaten zu einer Beendigung des kalten Krieges, zu ersten konkreten Maßnahmen für die Schaffung atomfreier und entspannter Zonen — oder die Welt geht mit tödlicher Sicherheit der Selbstvernichtung entgegen.

Gesamtdeutsche Verhandlungen

Für das deutsche Interesse ist von allergrößter Bedeutung, daß die Forderung der deutschen parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition nach gesamtdeutschen Verhandlungen Eingang in die Genfer Konferenz gefunden hat.

Als Gromyko in der ersten Phase der Konferenz die Berlin-Frage aus dem Paketplan herausknüpfte, erklärten die Westmächte, es gehe in dieser Konferenz um die Wiedervereinigung. Außenminister Herter legte einen Plan des Westens vor, in dem die Bildung eines „gemischten deutschen Ausschusses" gefordert wurde. Der gesamtdeutsche Ausschuß, so wollte es der Plan des Westens, sollte die Funktion haben, sich mit der Wiedervereinigung zu befassen. Außenminister Gromyko unterbreitete daraufhin — in Verbindung mit einer Interimslösung für Berlin — den Vorschlag zur Bildung einer „gesamtdeutschen paritätischen Kommission" zum Zwecke der Annäherung zwischen Bundesrepublik und DDR in der Frage der Wiedervereinigung und der Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertragsvorschlages. Damit waren sich Ost und West, in einer, allerdings wichtigen Frage nahe gekommen. Der Westen war es, der dann eine Vertagung der Konferenz beantragte. Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärte der Außenminister Frankreichs, es gehe nicht um die Wiedervereinigung, sondern um die Regelung der Berlin-Frage. Hatte der Westen noch in der ersten Konferenzetappe von der „Bildung eines gemischten deutschen Ausschusses" gesprochen, wenn auch nicht auf paritätischer Basis, so forderte er jetzt die Schaffung eines Viermächte-Gremiums, dem lediglich „deutsche Berater" beigegeben werden sollten. Hatte er in der ersten Konferenzetappe noch das Prinzip anerkannt, daß wir Deutsche unsere Probleme selbst lösen müßten, so zog er jetzt seinen Vorschlag zurück.

Die Zürcher Tat vom 17. Juli 1959 bemerkte dazu: „Die Äußerungen des britischen und amerikanischen Sprechers lassen erkennen, daß sich die angelsächsischen Mächte bereits von den Franzosen und den Westdeutschen haben ins Schlepptau nehmen lassen: auch sie äußerten sich nun, wenn auch nicht so kompromißlos gegen die Verknüpfung einer Interimslösung für Berlin mit der Schaffung einer gesamtdeutschen Kommission. Angesichts dieser neuen Situation ist nicht einzusehen, wie die Genfer Konferenz überhaupt mit ihrer Arbeit weiterfahren kann ... Wenn die Westmächte nun ihren eigenen Vorschlag vom 14. Mai nicht mehr aufrecht erhalten, können die Außenminister gleich nach Hause gehen!"

Die Hauptschuld an dem schroffen Kurswechsel des Westens lastet — neben Paris — in erster Linie auf der Bundesregierung. In einem geheimen Memorandum forderte sie die Delegationen der Westmächte zu Beginn der zweiten Konferenzetappe in beinahe ultimativer Form auf, eine Interimslösung für Berlin abzulehnen und die Bildung eines paritätisch zusammengesetzten deutschen Ausschusses durch die Einsetzung einer Viermächtekommission zu verhindern. „Es kann diesem Gremium überlassen werden, deutsche Sachverständige als Berater zuzuziehen. Diese deutschen Berater haben aber keine selbständige Aufgabe ..., sondern werden ausschließlich als Hilfskräfte der Viermächte-Kommission herangezogen werden können", heißt es in einer von der Delegation der Bundesrepublik herausgegebenen „Diplomatischen Korrespondenz" vom 20. Juli 1959.

Nach der „Gedanken-Skizze des Auswärtigen Amtes", wie man das Memorandum unschuldig nannte, sollen also die Deutschen praktisch zu Befehlsempfängern und Handlangern der Großmächte degradiert werden, keine selbständigen Entscheidungen treffen können und lediglich als „Berater" und Statisten der Viermächte-Kommission fungieren.

Die Frankfurter Rundschau schreibt: „Ein britisches Delegationsmitglied bezeichnete den Bonner Vorschlag für eine kleine verantwortliche Vierer-Kommission der Großmächte, der ost- und westdeutsche Delegierte nur als Berater hinzugezogen werden, ‚als ziemlich irreal'." Der SPD-Pressedienst vom 21. Juli 1959 schreibt: „Nun hat es sich in der vergangenen Woche gezeigt, daß besonders die westdeutsche Delegation ständig bemüht war, Härte zu demonstrieren. Jedesmal, wenn der britische Außenminister Selwyn Lloyd versuchte, Anknüpfungspunkte für Kompromißlösungen zu finden, funkte Bonn dazwischen."

Bliebe der Westen in der Frage gesamtdeutscher Verhandlungen, die er ja am 14. Juni selbst vorgeschlagen hat, unnachgiebig, bliebe er weiterhin im Schlepptau Bonns, dann hätte er nicht nur seinen eigenen Vorschlag widerrufen, dann käme er nicht nur vor dem Forum der Weltöffentlichkeit in eine peinliche Lage, dann wäre auch offensichtlich, wer die Schuld an einer solchen neuerlichen Verschärfung der internationalen Lage hat. Es ist ein frevelhaftes Spiel, heute die Lösung der Berlin-Frage mit Hinweis auf die Wiedervereinigung zu boykottieren, morgen aber umgekehrt die Wiedervereinigung mittels der ungelösten Berlin-Frage verhindern zu wollen. Nichts anderes aber geschieht hier. Es kommt darauf an, in der Berlin- und Wiedervereinigungsfrage endlich den Schritt nach vorn zu machen, der allein aus dem Dilemma herausführen kann. Es ist die Zeit gekommen, praktische Lösungen zu suchen, die aber nur möglich sind, wenn man im Westen endlich die Akzente verschiebt, die nach wie vor viel zu sehr auf militärischen Erwägungen liegen. Solange die Notwendigkeit einer Politik unterschätzt wird, die es sich zur Aufgabe macht, den Krieg überhaupt auszuschalten, kann und wird man nicht vorankommen.

B e r l i n

Niemand in Genf hält die Lage in Berlin heute noch für normal. Niemand auch hält sie für ungefährlich.

Moskau hat vorgeschlagen, das Besatzungsregime für Westberlin aufzuheben und Westberlin den Status einer Freien Stadt zu geben. Wenn man davon ausgeht, daß der kalte Krieg beendet werden muß, dann muß man zugestehen, daß dieser Vorschlag nicht der Logik entbehrt. Freilich wäre es wünschenswerter, Berlin sofort zu vereinen. Das ist jedoch gegenwärtig nicht möglich, weil es in beiden Teilen der Stadt verschiedene Ordnungen gibt. Von keiner Seite ist zu erwarten, daß sie ihre Ordnung zu Gunsten der anderen aufgibt. Die Bevölkerung Westberlins ist nicht bereit, sich in das System der DDR einzufügen. Die DDR will ihre Hauptstadt nicht aufgeben. Unter diesen Umständen scheint es das Vernünftigste, wenn zunächst einmal eine Lösung angestrebt wird, durch die der kalte Krieg in beiden Hälften der Stadt beendet wird.

Die Westmächte erklären, das Recht auf Verbleiben in Westberlin nicht aufgeben zu wollen. Sie begründen diesen Standpunkt mit der Wahrung der Freiheit in Westberlin. Aber geht es ihnen nur um die Freiheit für die Westberliner Bevölkerung? MacMillan hat gesagt: „Auch die Sowjetregierung hat sich bereit erklärt, den Westberlinern die freie Wahl ihrer Lebensformen zuzugestehen und insofern haben also beide Seiten ein gemeinsames Ziel in ihren Verhandlungen." In der Tat — Moskau hat sich mit der Bestätigung des Rechtes der Bürger von Westberlin, ihr eigenes Gesellschaftssystem zu wählen und die Sicherung des freien Zugangs nach Westberlin zu gewährleisten, in der Note vom 27. November 1958 einverstanden erklärt: „Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß bei Beendigung der ausländischen Besetzung der Bevölkerung Westberlins das Recht gegeben werden muß, eine solche Ordnung zu haben, die sie sich selbst wünscht. Garantien für eine ungehinderte Verbindung der Freien Stadt mit der Außenwelt

— sowohl in östlicher als auch in westlicher Richtung." Außenminister B o l z bebekräftigte in Genf nochmals die Bereitschaft seiner Regierung, die Zugangswege nach Berlin zu garantieren. In dieser Frage, so scheint es, ist es also zu einer weitgehenden Annäherung der Standpunkte gekommen. Meinungsverschiedenheiten gibt es dagegen nach wie vor über die Beendigung des Besatzungsregimes und einen Status für Westberlin.

Da der Westen die Aufhebung des Besatzungsregimes strikt ablehnte, machte Gromyko das Zugeständnis, die Frist für die Beibehaltung des jetzigen Besatzungsstatuts auf eineinhalb Jahre zu verlängern, vorausgesetzt, daß sich der Westen mit gesamtdeutschen paritätischen Verhandlungen einverstanden erklärt, wie sie SPD und FDP in ihren Deutschlandplänen fordern. Falls es den beiden deutschen Staaten in dieser Zeitspanne nicht möglich ist, sich zu einigen, sieht der sowjetische Plan vor, daß sich die Großmächte dann erneut zu Beratungen zusammensetzen. Die Neue Zürcher Zeitung vom 19. Juli meint: „Mit der am 20. Juni, bei der Unterbrechung der Außenministerkonferenz, ausgegebenen Parole, daß man die zweite Phase ‚entberlinisieren' müsse, sind die Urheber dieses taktischen Kunstgriffs, die Bonner Delegation vor allem, nicht weit gekommen."

Wenn der Westen anerkennt, daß die Lage in Berlin anomal und gefährlich ist, wenn er weiß, daß Moskau und Ost-Berlin bereit sind, das Recht der Westberliner anzuerkennen, ihre Lebensweise selbst zu bestimmen, und auch den freien Zugang nach Westberlin garantieren wollen, dann bleibt zu fragen, warum der Westen nicht bereit ist, die Lage in Berlin zu normalisieren. Dann bleibt zu fragen, warum er das Besatzungsregime auf unbefristete Zeit aufrecht erhalten möchte. Geht es ihm, wie er vorgibt, nur um die Freiheit der Westberliner? Oder geht es ihm darum, Berlin als vorgeschobene Bastion im Gebiet der DDR zu halten? Wie lange aber soll dieser Vorposten bleiben? Wie lange die Besetzung Berlins fortdauern? Bis zur Wiedervereinigung — wird uns geantwortet. Wann will man die Wiedervereinigung? Werden nicht gerade mit einer Viermächtekommission und im Paketplan absolut irreale Vorschläge zur Wiedervereinigung gemacht?

Nachdem wir untersucht haben, wie sich Bonn in der Frage der gesamtdeutschen Verhandlungen verhält, müssen wir noch klären, welche Haltung es zur Berlin-Frage einnimmt. Bonn will keine Veränderung des gegenwärtigen Status. Es möchte die Fortdauer der Frontstadtpolitik. Das ist natürlich, denn nur der Status quo, für möglichst lange Zeit fixiert, läßt die Möglichkeit offen, Rüstungspolitik ungestört weiter zu betreiben.

Die Berlin-Frage ist zu lösen, wenn realistisch an ihre Lösung herangegangen wird. Man kann mit Berlin anfangen, man kann mit gesamtdeutschen Verhandlungen anfangen, man kann auch mit dem Friedensvertrag anfangen. Die Hauptsache ist, daß man Lösungen will, die der Entspannung dienen. Eine separate Lösung der Berlin-Frage wäre keine Ideallösung. Wir meinen daher, daß sie sehr wohl im Rahmen der gesamten deutschen Frage gelöst werden könnte, dergestalt, daß die deutsche Frage durch Verhandlungen mit der DDR über Wiedervereinigung und Friedensvertrag in Angriff genommen wird. Käme es dazu nicht, dann wäre allerdings eine isolierte Regelung für Berlin unumgänglich. Nur so ist die Gewißheit gegeben, daß wir nicht durch Berlin über Nacht in einen Krieg hineintaumeln.

„Längst haben sich deshalb die Freien Demokraten für die Formel Wiedervereinigung durch Friedensvertrag ausgesprochen, weil sich im Friedensvertrag alle unsere Nachbarn so befriedigen lassen, daß begründete Bedenken gegen die deutsche Gefahr entfallen", so schreibt das partei-offizielle Organ der FDP „Freies Wort" vom 4. Juli 1959. Wir brauchen nur hinzuzusetzen: der Schlüssel

zur Lösung der Probleme Berlin und Wiedervereinigung liegt im Friedensvertrag.

Freilich befindet sich der Westen in der Berlin-Frage in einer gewissen Zwangslage. Seine Rechtsansprüche sind fraglich geworden. Das Recht und das Gesetz des Handelns stehen nicht auf seiner Seite. „Die Westmächte haben in durchaus logischer Weise den Schluß gezogen, daß nach Ablauf der vereinbarten Frist die Sowjetunion durch einseitiges Vorgehen in der Frage Westberlin (gemeint ist der Abschluß eines separaten Friedensvertrages mit der DDR, d. Vf.), ein Fait accompli schaffen und auf jeden Fall den Standpunkt einnehmen kann, daß die Rechte der drei Westmächte verwirkt seien. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich stünden in einem solchen Fall in Berlin ohne jede Rechtsgrundlage da und befänden sich auch bei der Aufnahme von Verhandlungen in fast aussichtsloser Situation", urteilt die Neue Zürcher Zeitung. Darin liegt aber nicht das Verhängnis. Beunruhigend ist der Spannungszustand in Mitteleuropa, ist die Atomrüstung in der Bundesrepublik, ist die Tuchfühlung der gegeneinander gerichteten Militärblöcke auf deutschem Boden. Diese gefährlichen Realitäten gilt es zu erkennen. Hier gilt es Abhilfe zu schaffen.

W o s t e h e n w i r ? W a s i s t z u t u n ?

In England diskutierte das Unterhaus in der Konferenzpause über Genf. In Ost-Berlin tagte der Nationalrat. Bei uns aber ging der Bundestag in die Ferien. Somit wurde der Regierung auch für die zweite Etappe der Genfer Konferenz kein Vorschlag mit auf den Weg gegeben. Die letzte Debatte über die Gesamtpolitik fand im März 1958 statt, in der gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung die Atomrüstung beschlossen wurde. Während dieser ganzen Zeit kein Wort im Bundestag zur Wiedervereinigung, kein Wort zu den Plänen der Opposition. Keine Debatte auch über die Note Moskaus zur Frage Westberlin. Kein Wort zur Vorlage des Friedensvertragsentwurfs durch den Kreml. Kein Eingreifen in die Diskussion um die Aufnahme neuer Ost-West-Verhandlungen, um das Ringen einer Gipfelkonferenz. Keine Stellungnahme zur Vorbereitung der Genfer Außenministerkonferenz. Aber — und das ist das Entscheidende — während dieser ganzen Zeit hat die Bundesregierung unter Ausschaltung des Parlaments ihre atomare Aufrüstung vorangetrieben. Man muß sich schon fragen, in welchem Staate der Welt das möglich ist. Und man muß auch wohl fragen, was denn unsere parlamentarische Opposition eigentlich noch als ihre Aufgabe versteht.

In diesem nationalen Dilemma ist eine Orientierung nur möglich, wenn man sich immer wieder der einfachen Grundtatsachen erinnert, die der Gang der Geschichte in den letzten Jahren selbst herausgearbeitet hat. Der Rüstungswettlauf löst keine Probleme; er kann nur in einem Krieg enden. Das sogenannte Gleichgewicht des Schreckens hat nicht im mindesten die Spannungen und die Gefahr eines Atomkrieges verhindert. Indem die Bundesrepublik, allen Warnungen zum Trotz, auf den Militärkurs der Nato einschwenkte und sich auf den Weg der atomaren Aufrüstung begeben hat, wurde die deutsche Frage, die nichtgelöste Frage nach der Zukunft Deutschlands, zu einem Hauptkrisenherd in der Welt. Wenn heute in Neu Delhi oder San Franzisko von Frieden gesprochen wird, dann richtet sich der Blick auf die Bundesrepublik. Der Stop der Atomrüstung in der Bundesrepublik, die Eindämmung jener Kräfte in Deutschland, die Europa „befreien und neuordnen" wollen, ist daher zum Hauptinhalt internationaler Verhandlungen geworden.

Von einem Verzicht der Bundesrepublik auf die Atomrüstung hängt heute in hohem Maße die Erhaltung des Weltfriedens ab. Solange die Bundesregierung das Ziel der atomaren Aufrüstung nicht aufgibt, solange sie den Krieg als Mög-

lichkeit einkalkuliert, kann es keinen Frieden in Europa geben. Die Lage ist ernst, weil wir immer noch im Krieg leben und seine Gedanken denken. Eine dauerhafte Friedensordnung in Europa bedarf der Grundlage durch einen Friedensvertrag. Eine Friedensregelung würde sichern, daß Deutschland als friedliche wirtschaftliche und wissenschaftliche Großmacht in der Mitte Europas seine Rolle als stabilisierender und verbindender Faktor spielen kann. Erst eine solche Regelung würde die Absage an Gewalt als Lösungsmöglichkeit für alle anstehenden Fragen glaubhaft dokumentieren.

Hier und da hört man die Meinung, daß eine formelle Erklärung der Bundesregierung, bei der Lösung der deutschen Frage niemals Gewalt anzuwenden, überflüssig sei, da ja niemand offen erklärt habe, Gewalt anwenden zu wollen. Diese Auffassung ist trügerisch. Man sollte einmal fragen, warum sich Bonn gegen eine solche Erklärung sträubt. Wenn man nicht die Absicht hat, die Wiedervereinigung gewaltsam zu lösen, dann kostet eine solche Erklärung doch nichts. Wer ausdrücklich auf Gewalt verzichtet, verpflichtet sich nicht nur vor aller Welt, die anstehenden Probleme durch Verhandlungen zu bereinigen, der erhebt damit auch die Verständigung und den Ausgleich zum obersten Postulat seiner Politik. Die FDP hat sich — offenbar nicht aus altruistischen Gründen — zum Gewaltverzicht in der deutschen Frage bekannt. Zusammen mit der SPD fordert sie Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Warum sollten nicht die beiden Parteien im Bundestag die CDU bedrängen, sich dem Bekenntnis dieser Parteien anzuschließen?

Aufgaben und Ziele gesamtdeutscher Verhandlungen

Die SPD hat den Deutschlandplan vorgelegt, in dem eine gesamtdeutsche Konferenz und paritätische Verhandlungen gefordert werden. Die FDP und die 3500 Unterzeichner des Memorandums zur Genfer Außenministerkonferenz haben sich für direkte Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten ausgesprochen. Der Gewerkschaftsbund, die Kriegsopferverbände fordern Taten zur Entspannung. Alle diese Vorschläge und Forderungen entsprechen dem gesunden Menschenverstand. Wenn man aber Pläne aufstellt, muß man auch bereit sein, die darin erhobenen Forderungen in Deutschland selbst zu realisieren und sie auf der für Deutschland wichtigen Genfer Konferenz vertreten.

Die Hauptaufgabe gesamtdeutscher Verhandlungen wird es sein, die Spannungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu beenden. Konferenzen zwischen der Bundesrepublik und DDR haben sich daher in erster Linie mit allen Spannungszuständen und ihren Folgen zu befassen, damit es zu Vereinbarungen kommt, die die Ursachen der Spannungen in Deutschland Schritt für Schritt beseitigen. Gesamtdeutsche Verhandlungen hätten sich zu beschäftigen mit der Entwicklung positiver Beziehungen des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches, des Sports und des Verkehrs usw.

Gesamtdeutsche Verhandlungen hätten sich mit der Wiedervereinigung zu befassen. Dabei werden die verschiedensten Vorschläge darauf geprüft werden müssen, inwieweit sie sich als zweckmäßig und durchführbar erwiesen. Es versteht sich, daß die Wiedervereinigung nicht mit Wahlen beginnen kann. Sie kann heute nur noch stufenweise im Rahmen einer zeitweiligen Konföderation erfolgen. Die SPD spricht von einer Wiedervereinigung in Phasen. Der Weg zur deutschen Einheit muß von der heute in Deutschland bestehenden Wirklichkeit ausgehen und der Existenz zweier deutscher Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Ordnungen Rechnung tragen. Eine zeitweilige Konföderation bietet allen Teilen die Gewähr dafür, daß es zu keinen revolutionären Sprüngen und Gewaltakten in Deutschland kommt. In ihr liegt die Garantie dafür, daß

nicht die eine Seite der anderen ihren Willen aufzwingt. Dennoch wird es in den Verhandlungen immer wieder darauf ankommen, Lösungen zu finden, die beide Staaten möglichst eng zusammenfaßt und sie in Fragen von gesamtdeutscher Bedeutung (Entspannung, Sicherheit und Frieden) weitgehendst vereint, während sie zugleich vor gegenseitigen gewaltsamen Einflußnahmen in ihre innere Ordnung voreinander geschützt sein müssen. Ein Staatenbund, eine Konföderation mit dem Ziel der Wiedervereinigung und der Friedenssicherung in und für Deutschland stellt zweifellos eine solche Lösung dar.

Die Grundlagen für eine deutsche Konföderation zeichnen sich ab durch die Lage in Deutschland und in Europa selbst. Eine deutsche Politik kann nur noch Friedenspolitik sein. Sie muß endgültig auf alle Gewaltpolitik nach Ost und West verzichten und unseren geschichtlichen Erfahrungen und unserer Lage zwischen den Machtblöcken Rechnung tragen. Hieraus ergibt sich als erstes das Nein zur Atombewaffnung und eine positive Einstellung zu einer atomwaffenfreien Zone. Hieraus ergibt sich der Entschluß zu militärischer Neutralität und ihre Sicherung in einem europäischen Sicherheitssystem, das von den Flankenmächten USA und Sowjetunion garantiert werden könnte. Diese Elemente einer deutschen Politik, zu der sich beide deutsche Staaten zu bekennen hätten, sind eine ausreichende Grundlage für eine deutsche Konförderation und eine Garantie für die Wahrung der Sicherheit und des Friedens in Europa.

Eine deutsche Konföderation, die sich auf diesen Grundsätzen aufbaut, würde den kalten Krieg zwischen den beiden deutschen Staaten ein für allemal beenden und eine Phase in Deutschland einleiten, in der wir in die geistige und praktische Diskussion über die künftige Gestaltung Gesamtdeutschlands eintreten könnten, an deren Ende, wie es auch der westliche Paketplan vorsieht, selbstverständlich freie Wahlen stehen müßten.

Das deutsche Volk ist in seiner Mehrheit der Auffassung, daß die Wiedervereinigung Sache der Deutschen selbst sein muß. Aber nicht wenige meinen, daß die Großmächte bei der Lösung der deutschen Frage mitverantwortlich zu machen seien. Wir haben gesehen, daß wir in 14 Jahren mit der Berufung auf die Wiedervereinigungspflicht der Großmächte keinen Schritt vorwärts gekommen sind. Wir wissen heute, daß der Verzicht der Bundesregierung auf das souveräne Recht der Initiative zur Wiedervereinigung nichts anderes bedeutet, als Mächten, die an der Wiedervereinigung Deutschlands gar nicht interessiert sein können, das Recht der Entscheidung über unsere nationalen Fragen zu überlassen. Wer heute noch den Standpunkt vertritt, daß die Großmächte für die Wiedervereinigung verantwortlich sind, der will im Grunde seine Schuld für die Spaltung Deutschlands und für die Vertiefung der Entzweiung, für die Atomrüstungspolitik vor dem deutschen Volk verschleiern.

Allerdings können wir die Großmächte für die deutschen Interessen beim Friedensvertrag zur Mitverantwortung heranziehen. Beim Friedensvertrag haben sie mitzusprechen. Wenn der Friedensvertrag kein Diktat sein soll, muß er durch die Mitwirkung der Deutschen zustande kommen. Das heißt, in gesamtdeutschen Verhandlungen muß ein deutscher Standpunkt zu einem Friedensvertrag erarbeitet werden. Hier liegen unsere großen Chancen, hier liegt eine Hauptaufgabe für gesamtdeutsche Verhandlungen. Bei der Diskussion über den deutschen Standpunkt zum Friedensvertrag wird sich zeigen, daß die Grundsätze eines Vertragswerkes, das unser Verhältnis zu den Mächten festlegen soll, im wesentlichen wiederum sind: Verzicht auf Massenvernichtungsmittel; Absage an Gewaltpolitik; militärische Neutralität. Ist ein deutscher Friedensvertragsvorschlag erarbeitet, wird festzustellen sein, wieweit er mit den Vorstellungen der Mächte übereinstimmt, die mit uns einen Friedensvertrag abzuschließen haben.

Die Bundesregierung begründet ihre Ablehnung, in Verhandlungen über einen Friedensvertrag einzutreten, mit dem Argument, ein Friedensvertrag könne nur von einer einzigen deutschen Regierung abgeschlossen werden. Selbstverständlich ist ein Friedensvertrag mit einem einheitlichen Deutschland das allen Deutschen vorschwebende Ziel. Darüber braucht man gar nicht zu reden. Man sollte vielmehr die Wege gehen, die dahin führen. Seit Jahr und Tag muß die nicht vollzogene Wiedervereinigung, für die Bonn nicht einen einzigen Schritt getan hat, dazu herhalten, alle Vorschläge zur Entspannung abzulehnen. Seit Jahr und Tag werden Junktims und unerfüllbare Bedingungen gestellt, die jeden Fortschritt in der Wiedervereinigungsfrage unterbinden. Wenn man die Einheit, wie man vorgibt, will, aber nicht bereit ist, über die Wege zur Einheit, über gesamtdeutsche Verhandlungen, über Konföderation und Friedensvertag zu diskutieren, ja, wenn nicht einmal die Chance wahrgenommen wird, die Lösung der Berlin-Frage in einer Weise vorzuschlagen, daß Wiedervereinigung, Berlin-Frage und Friedensvertrag gleichzeitig einer vernünftigen Lösung näher gebracht werden, dann werden wir praktisch keinen Schritt weiter kommen. Die Frage, ob ein Vertrag mit beiden deutschen Staaten oder mit einem konföderierten Deutschland abgeschlossen werden soll, ist doch eine rein akademische. Es muß doch endlich Schluß damit sein, daß wir uns durch das ewige Hin und Her des „wo anfangen" von unserer nationalen Verantwortung und Pflicht abhalten lassen. Die deutsche Frage kann gelöst werden, wenn Bundesrepublik und DDR endlich in Verhandlungen eintreten. Entscheidend ist, daß endlich angefangen wird.

Chance noch einmal verpassen?

Es gibt viele, die sich im Augenblick abwartend verhalten; sie wollen die Entwicklung und den Ausgang der Konferenz abwarten. Jedes Zusehen aber heißt, der Bonner Politik das Feld überlassen, damit sie ihre Störrolle zum Schaden für das ganze deutsche Volk in Genf weiterspielen und die Chancen zur Lösung der deutschen Frage ausschlagen kann. Wir alle sind heute gebieterisch vor die Frage gestellt, wie weit die Dinge denn noch treiben sollen. Wir sollten uns erinnern, daß die Konferenz zustande kam, weil das Rad des Schreckens aufgehalten werden muß. Der Status quo der Spannungen muß geändert werden. Es muß ein Rückzug aus dem kalten Krieg angetreten werden. Es wäre also unsinnig, von der Konferenz eine Vereinbarung zu erwarten, die im Grunde alles beim alten läßt. Eine solche Vereinbarung darf und wird nicht zustande kommen.

Und was geschieht, wenn es zu keinem Fortschritt im Abbau des kalten Krieges kommt, wenn die Zweckpessimisten recht behielten, wenn Bonn die Militärpolitik unverändert fortsetzen könnte? Die Spannungen würden zunehmen, die Kriegsgefahr würde größer. Dann würde das eintreten, was William S. Schlamm, der sich in offiziellen Kreisen der Bundesrepublik einer so großen Unterstützung und Beliebtheit erfreut, im Fernsehen sagte: „Und da will ich völlig mutig sagen, daß ich ihn (den Präventivkrieg, d. V.) für moralisch vollkommen vertretbar halte. Deshalb bin ich für den Präventivkrieg. Ich sage, daß die Welt, die ich vertrete und verteidige, es wert ist, aufs Spiel gesetzt zu werden." Eine wahnwitzige Arroganz, ein erschreckender Zynismus, aber Schlamm gebührt das Verdienst, offen auszusprechen, was seine ideologischen deutschen Freunde noch meisterhaft zu tarnen verstehen: nicht der Rand des Abgrunds, der Abgrund selbst ist das Ziel, das man uns mit phrasenhaftem Heroismus schmackhaft machen will.

Im Jahre 1952 legte uns die Sowjetunion einen Friedensvertragsentwurf vor. Damals hätte die deutsche Frage mit einem Schlage gelöst werden können. Damals wurde die Wiedervereinigung verpaßt. Adenauer erklärte, er sei zu Verhandlungen mit den Russen noch nicht stark genug. Anfang 1955 bestand noch einmal die Möglichkeit, in gesamtdeutschen Wahlen die Einheit herzustellen.

Auch diese Möglichkeit wurde vertan. Adenauer betrieb den Eintritt der Bundesrepublik in die Nato. Heute gibt es wieder große Möglichkeiten für die Wiedervereinigung. Anstatt die Chancen zu nutzen, tut die Bundesregierung wieder alles, um jedes Vorwärtskommen in der deutschen Frage von vornherein zu vereiteln. Heute können wir in der Wiedervereinigung in neuer Weise vorankommen, die allerdings umständlicher ist, da inzwischen die deutsche Spaltung auf Grund der Bonner Militärpolitik vorangeschritten ist und zwei deutsche Staaten entstanden sind.

Es hängt wesentlich von uns allen ab, ob die Konferenz in Genf erfolgreich sein wird, ob wir in der deutschen Sache endlich ein Stück vorwärts kommen. Noch einmal haben wir die Chance, unsere Fragen, die mit der Sicherheit Europas und dem Frieden der Welt aufs engste verbunden sind, selbst zu lösen.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Der Weg zum Gipfel

Das Tauziehen um die Entspannung

Die Genfer Außenministerkonferenz ist zustande gekommen, obwohl starke Kräfte aus dem westlichen Lager sie mit allen Mitteln zu verhindern suchten. Die Konferenz ist auch nicht abgebrochen worden, obwohl die gleichen Kräfte sich bemühten, die Verhandlungen durch die Vorlage des bekannten westlichen „Pakets" zu blockieren. Das „Paket" wurde — im Gegensatz zu den Bonner Wünschen — schon in der ersten Konferenzphase „aufgeschnürt". Man verhandelte über einzelne Punkte, wie die Sowjetunion es gefordert hatte, und entschloß sich, nach einer zeitweiligen Unterbrechung der Konferenz die Beratungen wieder aufzunehmen. Während der wochenlangen Verhandlungen ist die Öffentlichkeit mit einer Fülle von Erklärungen und Gegenerklärungen, Vorschlägen und Gegenvorschlägen bekanntgemacht worden. Der Zweckpessimismus, mit dem die bundesamtlichen Sprecher den Verlauf der Konferenz von Tag zu Tag und Woche zu Woche kommentierten, soll die Beurteilung des tatsächlichen Geschehens und der zu erwartenden Ergebnisse erschweren. Wenn die Behauptungen der westlichen Weltpresse richtig sind, dann ist die Bundesregierung erst nach erheblichen Bemühungen Washingtons an den Konferenztisch von Genf zu bringen gewesen. Man wird deshalb gut daran tun, das Widerstreben Bonns bei allen Nachrichten über den Konferenzverlauf in Rechnung zu setzen und das Kräfteverhältnis der Gesprächspartner realistisch zu bewerten. Um Zweck und Ziel dieser zehnten Außenministerkonferenz (seit 1945) bewerten zu können, erscheint es sinnvoll, die Frage nach der Entwicklung zu stellen, die ihr Zustandekommen bedingt hat.

Das Drängen der Sowjetdiplomatie nach einer Gipfelkonferenz gehört schon seit längerer Zeit zu den entscheidendsten Merkmalen der Weltpolitik. Direkte Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten sind das erklärte Ziel intensiver Bemühungen des sowjetischen Ministerpräsidenten. Die gegenwärtige Außenministerkonferenz dürfte deshalb als Vorspiel für das weitaus bedeutendere und entscheidungsschwere Treffen „auf dem Gipfel" zu bewerten sein. Bei genauerer

Hermann Schwann

Was nun?

Die Bundesrepublik nennt sich Demokratie. In einer Demokratie liegt die Verantwortung für das Geschehen im Parlament. Bis auf die Deutsche Partei haben zudem alle im Bundesparlament wirkenden Parteien in ihrem Firmenschild das Wort Demokratie verwendet, d. h., sie bekennen sich betont zu den Grundsätzen einer Demokratie: die Freien-, Sozial- und Christdemokraten. Die Grundsätze und die Aufgaben eines Parlamentes werden aber in der Bundesrepublik mehr und mehr ausgehöhlt und aufgegeben. Schon die vor Jahren unwidersprochen von der Tribüne des Bundestages gefallene Äußerung: „Wir lassen uns nicht durch den besseren Sachverstand von unserer politischen Meinung abbringen", zeigt die Grundhaltung des Parlamentes. Seine Behandlung durch die Regierung in ungezählten Fällen ist entsprechend, von den nicht gehaltenen Versprechungen des Bundeskanzlers, die gefährlichen Verleumdungen eines Schmeisser in einem zweiten Prozeß gegen Ziebell restlos zu klären, über unwahre, ausweichende oder unrichtige Antworten auf Anfragen aus dem Parlament bis zu der geradezu unvorstellbaren Mißachtung des Parlamentes und der Minister gelegentlich der Präsidentschaftswahl. Daß aber ein Parlament in einer politisch hochgespannten Zeit, da andere über die Zukunft seines Volkes beraten, auf jede Einflußnahme verzichtet, ist in der Geschichte des Parlamentarismus wahrscheinlich einmalig.

Das Schicksal meinte es noch einmal gut mit dieser Bundesrepublik. Die politische Entwicklung ließ die Weltmächte noch einmal (vielleicht das letzte Mal in absehbarer Zeit) zusammenkommen, um die durch den Krieg und durch die Nachkriegszeit in Mitteleuropa entstandene Unordnung neu und dauerhaft zu ordnen. In diesem geschichtlichen Augenblick hätte das Parlament und hätten die politischen Parteien nur eine einzige Aufgabe gehabt: an die Westmächte zu appellieren, daß sie sich nicht darauf beschränken dürfen, nur die Berlinfrage zu lösen. Sie mußten deutlich machen, daß mit Berlin auch die Voraussetzungen für eine politische Entspannung in Europa, für einen Friedensvertrag und für die Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen werden müssen. Das Parlament mußte hart aussprechen, daß eine isolierte Lösung der Berlinfrage neue, schwere und bis zum Krieg führende Gegensätze in Mitteleuropa unvermeidlich machen könne.

Bis zu diesem Punkt wäre möglicherweise innerhalb der Parteien eine weitgehende Übereinstimmung zu erzielen gewesen. Gerade darauf aber wäre es angesichts der Absichten des Westens, sich mit einer Lösung der Berlinfrage zu begnügen, die ihnen das Gesicht nicht zerkratzt, entscheidend angekommen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien liegen einmal in der Beurteilung der bisherigen Bonner Politik, die unbestreitbar zu dem heutigen Krisenzustand geführt hat, und in dem einzuschlagenden Weg, der aus der Sackgasse herausführen kann. Die Kritik an der Vergangenheit hätte das Parlament zweckmäßig ausschalten können, zumal alle Parteien an der Politik Adenauers irgendwie mitgewirkt haben, also an der Krise mehr oder weniger mitschuldig sind. Bei der Diskussion aber über das, was zu geschehen hat, nachdem das Kind im Brunnen liegt, hätten harte Auseinandersetzungen nichts geschadet, wenn das A und O der Aussprache in der klaren Bereitschaft aller Parteien zur politischen Neuordnung in Europa bestanden hätte.

Das Schweigen des Parlamentes der Bundesrepublik aber in einer Schicksalsstunde des deutschen Volkes — die letzte außenpolitische Aussprache des Bundestages war im Oktober 1958 in Berlin — ist nichts anderes als eine völlige

Bankrotterklärung des Parlamentes. Die Volksvertreter fahren in die — Ferien zu einem Zeitpunkt, da in Genf die Großmächte über die deutsche Zukunft beraten. Die Wähler werden sich das merken müssen. Sie dürfen in diesem Zusammenhang ruhig die Frage einmal durchdenken, wofür diese Auserwählten eigentlich Monat für Monat die sehr beachtlichen Diäten einstecken. Eine Aussprache über das, was man hätte tun sollen, wenn die Konferenz vorbei ist, ist jedenfalls völlig sinnlos. Das Schweigen des Bundestages hat zudem weitere Folgen. Wer in diesem Augenblick schweigt, zeigt seine Uninteressiertheit oder will keinen positiven Ausgang der Genfer Gespräche, er entläßt damit die Siegermächte aus ihrer Verantwortung für die deutsche Teilung und gibt ihnen die Möglichkeit eines faulen, den deutschen Interessen nicht dienenden Kompromisses.

Wenn die Genfer Konferenz vorbei ist, dann stehen die Deutschen vor einem neuen Scherbenhaufen. Hinzu kommt, daß die Nato sich in voller Auflösung befindet; daran wird kein Kleistertopf etwas ändern. Das Kleinsteuropa Adenauers würde selbst dann kein Abschreckungsmittel gegen irgendwelche Angriffsabsichten sein, wenn es atomar hochgerüstet wäre. Mit dem Zerfall der Nato entfällt darüber hinaus auch jede Chance, wenigstens die westeuropäischen Völker zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zusammenzuschließen. Die europäischen Gegensätze werden verschärft in den Vordergrund treten.

Die Bundesregierung wird ohne Freunde in Europa vor der Frage stehen, ob sie ein Schutz- und Trutzbündnis mit den USA — deren Bereitschaft dazu vorausgesetzt— eingeht und sich damit weiter in Europa isoliert. Die so entstehende festungsgleiche Lage zwingt automatisch zu einer Fortsetzung der für die Praxis allerdings absolut wirkungslosen Rüstungspolitik. Im Ernstfall jedenfalls ist die Festung Bundesrepublik auf Grund ihrer geopolitischen Lage nicht zu verteidigen. Ihr Vorhandensein aber und ihre ständig steigende Rüstung wird für die europäischen Völker zu einem ernsten Problem. Es zwingt vor allem denjenigen, der sich von dieser Festung bedroht fühlt, eines Tages zu einem Prävenire, d. h. zum Krieg. Politisch und wirtschaftlich aber würde die Bundesrepublik als alleiniger Verbündeter der USA in Europa restlos abhängig werden und auf jede Eigenständigkeit verzichten müssen; denn schließlich bedeutet die Ausrüstung dieser Festung für die USA ein so großes Opfer und zugleich ein so großes Risiko, daß sie mit Recht den Verzicht auf jede die USA gefährdende Eigenständigkeit und die absolute Einordnung in ihre Interessen verlangen können.

Und das andere Deutschland, die DDR? Sie wird ebenfalls unter Verzicht auf politische, wirtschaftliche und militärische Eigenständigkeit eingegliedert in die Interessensphäre der UdSSR, wenn es in Genf nicht zu einem Abkommen langen würde, möglicherweise durch einen Sonderfrieden. Der Lebensstandard dort wird kurzfristig auf den Stand Westeuropas gehoben, das soziale Gefälle von West nach Ost wird egalisiert und damit wird im Anfang langsam, aber ständig steigend die Ost-West-Wanderung zum Stehen gebracht und allmählich eine West-Ost-Wanderung einsetzen. Die Machthaber in der DDR werden triumphieren bis zu dem Augenblick, da sie zu spüren bekommen, daß sie nur ein unbedeutendes Rädchen in dem gigantischen Räderwerk eines zentral gelenkten Machtstrebens sind. Die Teilung Deutschlands und mit ihr die Teilung Europas wird nach Abschluß dieser Entwicklung endgültig sein.

Daß die Bonner Politik der Stärke die Sowjets entgegen ihrem, von Lenin vorgezeichneten Programm und in Abwehr westlicher Bedrohung schon jetzt zu diesem Vormarsch nach Europa gezwungen hat, ist auch für sie selbst nicht ohne Bedenken. Die ideologische Expansion nach Westen sollte programmgemäß erst der Schlußstein der Weltrevolution sein. Mit ihrem Engagement in Ungarn, Polen, in der Tschechoslowakei und in der DDR sind die Sowjets in die Notwendigkeit

versetzt, die Praktizierung marxistischer Dogmen zu liberalisieren, wenn sie ihre europäische Gefolgschaft dauerhaft an sich binden wollen. Diese Liberalisierung aber — für den in der UdSSR bereits erreichten Lebensstandard durchaus vertretbar — ist für die noch am Fuße des Berges stehenden asiatischen Völker, vor allem für die Chinesen, verfrüht. Sie brauchen noch die absolute ideologische Kompromißlosigkeit, wenn ihr Aufstieg nicht verlangsamt und der Anschluß an die moderne Entwicklung nicht erheblich verzögert werden soll. Hier kommen auf die Sowjets, aber gleichermaßen auf den gesamten Westen Gefahren zu, die eines Tages die asiatischen und afrikanischen Völker von den ideologischen Überlegungen und Hoffnungen fort zum rassischen Gegensatz führen können. Der indonesische Staatspräsident S u k a r n o hat diese Entwicklung einmal angedeutet in einer viel zu wenig beachteten Rede, die er gegen die Atombomben-Testversuche in Djakarta gehalten hat: „Wenn ich den Westen kritisiere und vom Westen spreche, dann meine ich damit die antikommunistischen u n d die kommunistischen Völker." Das heißt mit anderen Worten: die antikommunistischen und kommunistischen Weltmächte haben ein Interesse gemeinsam, nämlich zu verhindern, daß der Aufbruch der Entwicklungsländer unter dem Kampfruf farbig gegen weiß sich vollzieht; denn auch die Sowjets würden bei einer derartigen Entwicklung zu der weißen Rasse gezählt werden. Alle Beteuerungen, daß sie sich niemals an einer kolonialen Ausbeutungspolitik beteiligt hätten, würde bei einer Verlagerung der Auseinandersetzung vom ideologischen auf das rassische Gebiet ungehört bleiben. Die USA und die UdSSR haben weiter bei der großen Fruchtbarkeit der asiatischen Völker gemeinsam ein Interesse daran, daß die Entwicklungsländer den Anschluß an die moderne Entwicklung so schnell wie möglich finden und damit ihre natürliche Fruchtbarkeit durch den Einfluß der Zivilisation eine vernünftige Einschränkung erfährt.

Wenn das aber das gemeinsame Ziel der Repräsentanten der kommunistischen wie der antikommunistischen Welt sein muß, wenn beide nicht eines Tages überspielt werden wollen, dann müssen alle Kräfte auf dieses Ziel ausgerichtet werden, dann muß endlich Schluß sein z. B. mit den europäischen Streitereien. Solange nämlich in Europa keine gute und dauerhafte Ordnung besteht, können weder die USA noch die UdSSR sich mit allen Kräften dieser die Zukunft entscheidenden Aufgabe zuwenden, solange sind zudem die für dieses gewaltige Werk ebenfalls unentbehrlichen europäischen Kräfte gar nicht anzusetzen, weil sie sich gegenseitig lähmen.

Wenn die Genfer Konferenz in einigen Wochen oder Monaten nur eine Einigung der Mächte über die Berlinfrage bringen wird, stellt sich an die Politik der Bundesrepublik unüberhörbar die Frage nach einem neuen politischen Weg. Dann werden die letzten Zweifel beseitigt sein über die Sinnlosigkeit der bisherigen Politik. Niemand wird mehr das Recht haben, sie weiter zu vertreten. Nach bisher gemachten Erfahrungen kann man allerdings nicht hoffen, daß ihre Repräsentanten das Ruder der Außenpolitik oder, was sie so bezeichneten, aus der Hand geben. So weit sind wir in unserem demokratischen Stilgefühl noch nicht. Es wird weiter gewurstelt, und die bisherigen Steuerleute werden — wenig glaubwürdig — das Gegenteil von dem proklamieren, was sie bis heute getan haben. Es wäre schon viel, wenn man erleben würde, daß die Irrläufer wenigstens ihren Irrweg bekennen. Noch besser wäre es allerdings, wenn sie sich auf ihr Firmenschild besinnen und das darin enthaltene Wort „christlich" endlich zum Ausgangspunkt ihres politischen Handelns machen würden. Ein Kennzeichen christlichen Tuns sollte sein die Demut und die Bescheidenheit. Es wäre schon ein gewaltiger Fortschritt als Lehre aus dem bisherigen Versagen, wenn die höchst unchristliche, allwissende Überheblichkeit und das Besserwissen einer wahrhaft christlichen

Duldsamkeit und einer aufgeschlossenen Gesprächsbereitschaft weichen würde, einer Gesprächsbereitschaft nach innen und außen.

Aber was ist, von der inneren Haltung abgesehen, konkret zu tun? Wieder sollten sich die Christdemokraten auf das Christentum besinnen und einmal darüber nachdenken, was in der Frohbotschaft gefordert wird: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen". Ein wahrhaft christlicher Politiker kann schon vom Glauben her unmöglich ein Anhänger der Ausrüstung seiner Wehrmacht mit Massenvernichtungsmitteln sein, zumal dann nicht, wenn sie die Sicherheit seines Landes nicht erhöhen, sondern gröblich gefährden. Die deutsche Politik muß sich zum Sprecher derjenigen Völker machen, die den Besitz von Atomwaffen bis zu ihrer absoluten Ächtung nur auf die drei Atomgiganten beschränken wollen. Sie hätte sich darüberhinaus die Sympathie der Menschheit erworben, wenn sie bereits vor Jahren zum Kampfe gegen die Atombombentestversuche aufgerufen hätte. Was in dieser Richtung gesündigt wurde an der Menschheit, ist in der Tat kein geringeres Verbrechen gegen die Menschlichkeit als das, was in Nürnberg nach Kriegsende abgeurteilt wurde. Jeder sollte einmal nachlesen — keine Zeitung hat bezeichnenderweise darauf hingewiesen —, was der Bundestagsabgeordnete Professor Dr. Bechert in der 75. Sitzung des Bundestages in diesem Zusammenhang die Regierung gefragt hat. Er hat natürlich von der Regierung auf diese Frage keine Antwort bekommen. Jeder Leser wird einen Begriff von der „Sicherheit" bekommen, die es für Europa angesichts der Massenvernichtungsmittel gibt.

Ein christlicher Politiker in Europa muß weiter den ehrlichen und ernsthaften Versuch unternehmen, alle europäischen Völker zu einer Konvention zusammenzuschließen, die eine kontrollierte Atomwaffenfreiheit in Europa garantiert. Die Sicherheit Europas, auch gegenüber Pressionsversuchen durch Atommächte, liegt nicht in dem Besitz von Massenvernichtungsmitteln, sondern allein in dem atomaren Gleichgewicht der angelsächsischen Mächte und der UdSSR. Ein christlicher Politiker in Europa muß ferner eine zweite Konvention anstreben, die in Europa jede Gewaltanwendung bei der Auseinandersetzung um territoriale, politische und wirtschaftliche Streitfragen ausschließt. Auf der soliden Grundlage dieser beiden Vertragswerke sollte darüber hinaus ein christlicher Politiker, dem es ernst ist um jenes Ziel „und den Menschen ein Wohlgefallen", daran gehen, die europäischen Konventionsmächte über ein Devisenabkommen, über Währungsabsprachen, über wirtschaftliche und zollpolitische Vereinbarungen zu einer europäischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen unter Aufrechterhaltung der völkischen und kulturellen Eigenarten der einzelnen Glieder und unter Achtung der verschiedenartigen politischen Systeme, d. h. ein christlicher Politiker kann nicht die Aufgabe haben, Europa in drei oder vier, sich gegenseitig erbittert bekämpfende Wirtschaftsblöcke aufzuspalten, er hat vielmehr die Verpflichtung, in Europa die Koexistenz, besser noch die Konföderation aller europäischen Völker und damit die Aussöhnung der verschiedenen Systeme zu schaffen.

Eine letzte, vielleicht die entscheidende Frage an den christlichen Politiker in Europa: Das Kolonialsystem vergangener Jahrhunderte, d. h. die Ausbeutung der Menschen und Völker in der Welt neben vielerlei Gutem ist im Zeichen des Kreuzes praktiziert worden, von der Entdeckung Amerikas an. Der heutige kulturelle und zivilisatorische Tiefstand der Völker, die wir zu den Entwicklungsländern zählen, fällt zu einem erheblichen Teil in die Verantwortung derer, die sie früher als Kolonialherren oder als Interessensphäre beherrschten. „Man sprach von Christus und meinte Kattun". Träger dieser „Politik", die mit der Vernichtung uralter Kulturen arbeitete, waren die europäischen Völker, d. h. die weiße Rasse. Muß nicht ein christlicher Politiker das innere Bedürfnis zur Wie-

dergutmachung des in Jahrhunderten unter Mißbrauch des Namens Christi begangenen Unrechts in sich spüren? Ohne jedes Pathos — nichts soll verschenkt werden —, aber die nach der Neuordnung Europas durch Verzicht auf einen höchst problematischen, die Sicherheit der europäischen Völker gefährdenden Rüstungswettlauf, die durch den Verzicht auf Gewaltanwendung erzielten Einsparungen könnten im Sinne dieser Wiedergutmachung (auch materiell) gewinnbringend und vor allem für ein wahres Christentum werbend angelegt werden zur Schaffung größter Kulturwerke in der Welt. Europa könnte die Patenschaft übernehmen beim Bau des Assuandammes, der nicht nur für die in Ägypten lebenden Menschen ein riesiger Gewinn wäre. Europa könnte sich zur Verfügung stellen bei der Regulierung des Hoangho und des Jangtsekiang — wer war nicht zutiefts erschrocken, als in diesem Jahr wieder die Meldungen von Hochwassergefahren in China laut wurden? — und damit Hunderten von Millionen Menschen Sicherheit und ein besseres Leben schenken. Europa könnte endlich in Angriff nehmen das Werk der Schaffung eines großen innerafrikanischen Sees mit über 6000 km Uferlänge durch Stauung des Kongo, der der dort in primitivster Armut lebenden Bevölkerung eine gewaltige Verbesserung des Lebensstandards bringen würde. Nur drei Beispiele, die sich beliebig vermehren lassen.

Das ist Romantik, sagen die einen, der „spinnt", meinen die anderen. Was hat das mit der Lösung der deutschen Frage zu tun? fragen die dritten. Man könnte es sich in Abwehr derartiger Kritiker leicht machen und die Gegenfrage stellen: welches Problem ist durch die Politik der Stärke der letzten zehn Jahre gelöst oder wenigstens der Lösung näher gebracht worden? Die politische Entspannung, die Abrüstung, die Frage eines Friedensvertrages, die Wiedervereinigung? Nichts — nicht ein einziges Problem ist seiner Lösung auch nur einen kleinen Schritt näher gekommen. Im Gegenteil! „Die Heere Gottes und des Teufels stehen sich hochgerüstet einander gegenüber", wobei beide Seiten sich als die Heere Gottes fühlen. Es fehlt nur der Funken in das Pulverfaß, und dieser Erdball platzt auseinander. Aber wir wollen es uns gar nicht so leicht machen, sondern nur eine seit 1949 gemachte, primitive, aber fundamentale Erfahrung immer wiederholen: „Es gibt keine Lösung der deutschen Frage, wenn sie nicht innerhalb einer Konzeption entwickelt wird, die für a l l e Mächte interessant ist."

Als die Sowjets 1947 den Rückkauf der Zone gegen 10 Milliarden Golddollar Kriegsentschädigung und freie Wahlen anboten, war das Angebot für den Westen, für Frankreich insbesondere und für England, aber auch für die USA uninteressant. Man muß einmal die Stellungnahme des damaligen französischen Außenministers Bidault oder die des englischen Außenministers Ernest Bevin auf der Moskauer Konferenz nachlesen. Für Frankreich und England war die Ablehnung des sowjetischen Vorschlages vorwiegend ein Politikum. Für die USA war es in erster Linie eine Finanzfrage. Sie wußten damals noch nicht, daß sie seitdem mehr als das Hundertfache für ihre eigene Rüstung und Hunderte von Milliarden für die Rüstung ihrer Bundesgenossen ausgeben würden. Allein die Bundesrepublik hat ein Mehrfaches der damaligen sowjetischen Forderungen für Besatzungs-, Rüstungs- und Stationierungskosten bezahlt. Als die Sowjets 1952 ein neues, wesentlich billigeres Angebot machten, träumte der Westen und mit ihm vor allem Bonn bereits den verhängnisvollen Wunschtraum der „Politik der Stärke": Die Sowjets in die Knie zwingen — Kreuzzug.

Der Preis der Sowjets ist seitdem immer mehr gestiegen, aber bis zum Jahre 1957, bis zur Londoner Atomkonferenz, gab es immer wieder sowjetische Angebote, die auf ihren wirklichen Gehalt nie geprüft wurden, sondern auf Bonner Weisung in den Papierkorb wanderten. Der Beschluß des Bundestages zur atomaren Aufrüstung (1958) hat das Faß in Moskau zum Überlaufen gebracht. Die So-

wjets reagierten: „Das werden die Bundesrepublikaner noch einmal bitter bereuen". Die Bundestagssitzung in Berlin im Oktober 1958 brachte keine konstruktive Idee, sondern erneute Provokation und erneute Verschärfung. Die zu erwartende und vorausgesagte Antwort der Sowjets: Berlin-Note und Friedensvertragsentwurf. Es ist müßig, Vorwürfe zu machen, wichtig ist nur die Feststellung: eine Lösung der deutschen Frage muß für a l l e Mächte interessant sein. Die deutsche Regierung hat es versäumt, eine Lösung zu suchen, die für alle interessant ist. Hier und vor allem hier liegt auch das Versagen des bundesrepublikanischen Parlamentes. Wenn schon die von ihm eingesetzte Regierung (nach Adenauers Wort „Meine Phantasie reicht nicht aus ...") keinen Weg wußte, dann mußte das Parlament ihr einen Weg weisen. Und wenn schon die Regierungsparteien nicht wollten, dann mußte die Opposition die Ernsthaftigkeit ihres Wollens mit allen Mitteln, gegebenenfalls durch Obstruktion oder durch eine Sondertagung der Oppositionsparteien unter Beweis stellen. Schweigen durfte sie in keinem Fall. Zumindest aber mußte die Opposition durch fortgesetzte Große Anfragen, durch Anträge und durch öffentliche Appelle die offizielle Aufhebung der H a l l s t e i n - Doktrin und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Regierungen der Erde hartnäckig verlangen. Das ist zwar an sich noch keine politische Konzeption, aber allein schon die unentwegte Forderung seitens der Opposition hätte in der Welt eine sehr positive Reaktion ausgelöst und zur Verbesserung des politischen Klimas wesentlich beigetragen.

Kein Zweifel, eine derartige Forderung des besseren Sachverstandes wäre zunächst an der politischen Meinung der Regierungsmehrheit, die in außenpolitischen Fragen die einsame Meinung eines einzelnen ist, gescheitert. Aber allein die Frage, wie man denn Außenpolitik machen will, wenn man keine Möglichkeit der direkten Unterrichtung und des direkten Gespräches hat, ist für jedermann so einleuchtend, daß zunächst einmal dieses Tabu sehr bald schon ausgehöhlt worden wäre. Vor Jahren zum Beispiel war mit dem Austausch einer ständigen Wirtschaftsdelegation mit der Volksrepublik China ein großer politischer Effekt im Sinne der Entspannung zu erzielen. Heute vertritt die Regierung der Volksrepublik China in Moskau den harten Kurs einer isolierten Berlinlösung zu Gunsten der DDR-Regierung. Dasselbe gilt für Polen und für die Tschechoslowakei. Sie können gar nicht anders, als ihren sicher nicht kleinen Einfluß in Moskau in dieser Richtung geltend zu machen. Schon die behutsame Neutralisierung einer allzu einseitigen Stellungnahme in Moskau wäre für eine großzügige Befriedung in Europa ein für alle Mächte nützlicher, ungeahnter Gewinn. Es ist kein gutes Zeichen für ein Parlament, daß man derartige Binsenwahrheiten in dieser Primitivität aussprechen muß. Wenn schon die Regierungsparteien in dieser Frage der diplomatischen Beziehungen eine dirigierte und ihnen vorgeschriebene Meinung haben, — die Opposition muß antreten. Nach Abschluß der Genfer Konferenz wird die Lage noch schwieriger sein. Ungezählte Chancen sind durch die Bonner Doktrinäre und — sagen wir es offen — bösartigen Dilettanten verpaßt, zumindest nicht ernsthaft geprüft worden. Eigene Ideen, die für alle Mächte interessant gewesen wären, sind zu keinem Zeitpunkt vorgelegt worden. Die Sowjets werden auf noch härteren Kurs gehen und ihn vor allem, was kritischer ist, der DDR erlauben. Wir aber in der Bundesrepublik werden es von unseren Regierenden wieder bis zum Überdruß zu hören bekommen: Die Sowjets sind die Störenfriede, sie wollen nicht, sie wollen ganz Deutschland kommunistisch haben. Sicher möchten sie das in Verkennung oder bei Nichterreichbarkeit der für die UdSSR wirklich nützlichen Ziele. Wenn und solange sie keine Bereitschaft finden, auch (keinesfalls nur!) ihre Interessen befriedigt zu sehen, bleibt ihnen kein anderer Weg.

Die Sowjets sind großartige Schachspieler, sie spielen ihr Spiel. Wir sind demgegenüber nur schlechte Pokerspieler d. h. Hasardeure mit einem einzigen völlig wirkungslosen „System", das sich Politik der Stärke nennt. Wer immer in der Bundesrepublik dieses primitive und erfolglose System kritisiert, wird als Anhänger einer Politik „der Schwäche" oder als sowjethörig oder kommunistenfreundlich verunglimpft und abgewürgt. Die Sowjets haben es bei dieser Partie in der Tat bis jetzt erreicht, daß das kommunistische Deutschland auf gleicher Stufe mit der Bundesrepublik zunächst beratend am Verhandlungstisch sitzt, wie überhaupt alle Ankündigungen und Voraussagen mehr und mehr Wirklichkeit werden. Schon bei der Annahme der Pariser Verträge wurde angekündigt, daß die Fortsetzung dieser Politik dazu führen müsse, die Frage der Wiedervereinigung von der Ebene Moskau-Bonn auf die Ebene Bonn-Pankow zu bringen. Das damalige westliche Niemals ist heute schon verstummt. Im Dezember 1957, vor der Natotagung, waren die Folgen einer atomaren Aufrüstung der Bundeswehr ganz klar vorauszusehen. Die deutschen Parteien hätten sich mit allen Kräften gegen diese Absichten zur Wehr setzen müssen. Mit einem einfachen Nein im Bundestag durften sie es unter keinen Umständen bewendet sein lassen. Alle späteren Folgen dieser atomaren Ausrüstung wurden damals bereits angekündigt; vom Zerfall der Nato bis zum Ausscheiden Westberlins aus dem Verband der Bundesrepublik. Und wenn dem Westen nichts Besseres einfällt als die Fortsetzung dieser absolut gescheiterten Katastrophenpolitik, die nach ihrem entscheidenden Repräsentanten „Adenauerpolitik" genannt werden muß, werden wir in den nächsten Jahren gleich mehrere bittere Kelche zu leeren bekommen.

Der erste Kelch wird bereits gefüllt, und zwar von Frankreich. Die französische Mittelmeerflotte wird dem Natooberbefehl entzogen, die französische Luftwaffe ebenfalls, und die Anlage von Raketenabschußbasen in Frankreich wird der Nato verweigert. Daß Frankreich bereits seit Jahren die Natoverpflichtung nicht einhält, auf deutschem Boden in Zahl und Bewaffnung genau umrissene Sicherungsstreitkräfte zu stationieren, und dafür überhöhte Stationierungskosten erhält, davon spricht niemand. Damit die deutsche Bevölkerung es nicht merkt, werden abends die den Franzosen zur Verfügung gestellten, leeren Kasernen hell erleuchtet. Ob in Frankreich de Gaulle regiert oder ob er dereinst (vielleicht bald schon?) abgelöst wird von einer Volksfrontregierung in Frankreich — Frankreich spielt in der Nato nicht mehr mit. Daran ändert sich selbst dann nichts mehr, wenn in einem Gespräch de Gaulle—Eisenhower die bestehenden Gegensätze noch einmal überdeckt werden.

Für die Bundesrepublik und für den Westen ist diese Auflösung der Nato nicht nur deshalb so gefährlich, weil eines Tages die Bundesrepublik als letzter kalter Krieger in Europa übrig bleibt, sondern weil der Westen für das Ausscheiden der Bundesrepublik aus einer nur auf dem Papier stehenden Nato politisch nichts mehr einhandeln kann. Nicht einmal mehr ist dafür die Freigabe der DDR aus dem Warschauerpakt zu erkaufen. Vor allem aber bedeutet das Ausscheiden Frankreichs aus der Nato die Notwendigkeit des Ausgleiches und für die Bundesrepublik wesentlich erhöhte Verteidigungslasten, damit zugleich aber auch eine erheblich größere Gefährdung. Die verstärkte Aufrüstung der Bundesrepublik steigert gleichzeitig das bereits aufglimmende Mißtrauen der übrigen Natomächte gegen die Bundesrepublik, vor allem das englische.

In jedem Fall bedeutet die Beteiligung der Bundesrepublik an dem allgemeinen Rüstungswettlauf — mit und ohne Frankreich —, daß die für West und Ost gleicherweise wichtige politische Entspannung in Europa nicht erreicht wird, daß im Gegenteil Europa ein Gebiet gefährlicher Hochspannung bleibt. Bei einer durch die weltpolitische Entwicklung zu erwartenden Verlagerung der Interessen der

Großen von Europa fort bleibt für die USA und die UdSSR nur die Verständigung über Mitteleuropa zu Lasten und über den Kopf der Betroffenen hinweg. Auch diese Kosten zahlt die Bundesrepublik. Welche politischen Konsequenzen in der Bundesrepublik selbst zu erwarten sind aus dem erneuten Mißerfolg einer unseligen Konzeption, ist schwer vorauszusagen. Beängstigend für denjenigen, der das kommunistische System für Europa nicht für einen Fortschritt hält, steht im Raum das Wort eines englischen Außenministers der Nachkriegszeit: „... Es ist mir gleichgültig, ob die Deutschen Sozialisten, Konservative oder Kommunisten sind, wenn sie nur friedlich sind ..." Die Behauptung, daß unsere derzeitige nichtsozialistische und nichtkommunistische Regierung besonders „friedlich" ist, kann man aus ihren Äußerungen und Handlungen nur sehr schwer belegen. Weder der Regierungschef noch seine Paladine wie Strauß, Schröder, Jäger, Kiesinger, von Brentano und andere haben sich in dieser Richtung werbewirksam betätigt. Das Gegenteil ließe sich schon leichter nachweisen: Die Ablehnung der Eisenhower'schen Vorschläge eines cordon sanitaire oder einer verdünnten Zone, der Kampf gegen den Edenplan, gegen Kennan, Gaistkell, Rapacki, die große Bereitschaft zur atomaren Aufrüstung usw. usw., von den harten Drohungen gegen die sowjetischen „Todfeinde" und „Banditen" gar nicht zu reden.

Wenn unsere derzeitigen Verbündeten es eines Tages leid sein werden, ihr Verhältnis zur UdSSR und damit zu den Märkten des Ostens fortgesetzt durch den westdeutschen „Störenfried" getrübt zu sehen, wenn dazu noch eine Wirtschaftskrise ihnen Schwierigkeiten macht, dann muß man die große Sorge haben, daß auch sie „aussteigen" und die Bundesrepublik ihrem Schicksal überlassen, vielleicht sogar in der stillen Hoffnung, damit gleichzeitig einen lästigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt los zu werden. Die Parole vom „Bolschewistenschreck" mag in der Bundesrepublik noch eine Zeit ziehen, die anderen Völker sehen derartige Parolen mehr unter Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten. Wenn es nützlich ist, werden sie hochgespielt, wenn es zweckmäßig ist, legt man sie auf Eis. Die Welt nähert sich der Gipfelkonferenz. Auf einem Gipfel hat man weitere Umsicht, anders als im Talkessel von Bonn, in dem man nur das nahe Vorgebirge und das Siebengebirge sehen kann. Auf dem Gipfel hat man auch kühlere und klarere Luft und kein Bonner Treibhausklima, es läßt sich besser denken und das Wichtige vom Unwichtigen scheiden.

Es wird höchste Zeit, daß wir in Deutschland umlernen, daß wir nach der Formel suchen, die uns und Europa eine neue Aufgabe im Weltgeschehen gibt. Diese europäische Aufgabe kann nicht darin bestehen, wie in vergangenen Jahrhunderten die Geschicke der Welt von Europa aus zu leiten. Gewaltige Verschiebungen der Machtverhältnisse, beschleunigt durch zwei von Europa entscheidend verlorene Weltkriege, haben neue Weltmächte innerhalb einer Generation, d. h. in vierzig Jahren wachsen lassen: die USA und die UdSSR. Weitere Weltmächte sind im Werden und im Kommen, vielleicht schon in wenigen Jahrzehnten die USA und die UdSSR von der Spitze verdrängend: Zuerst die Volksrepublik China und Indien. Überall in der Welt ringen junge Völker um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und um ihre politische Freiheit. In diesem gigantischen Prozeß, der nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschaft oder auf dem Gebiet der Politik sich abspielt, der über das Ideologische neue Gesellschaftsordnungen sucht, wird der einzelne europäische Staat, wenn man England ausnimmt, so gut wie keine Rolle mehr spielen. Dafür ist der einzelne Staat zu unbedeutend. Aber die europäischen Völker in ihrer Gesamtheit — nicht Kleinsteuropa und nicht Westeuropa — könnten noch einmal eine bedeutsame Stellung einnehmen, wenn sie, zu einer Familie zusammengeschlossen, zwischen den beiden um die Palme ringenden Systemen

eine Mittlerrolle finden, wenn sie durch ihre Vermittlung die Auseinandersetzungen zwischen Ost und West zu einem friedlichen Wettbewerb werden lassen, wenn sie selbst in einer europäischen Aktionsgemeinschaft die friedliche Koexistenz und diesen Wettbewerb vorleben. Dem deutschen Volk ist hier durch das Schicksal, durch seine Teilung eine besondere Verpflichtung zugefallen. Der eine Weg, den wir bisher gegangen sind, der Weg der Bündnissysteme vergangener Jahrhunderte, führt zur Vertiefung des Grabens zwischen Ost und West. Und dieser Graben geht mitten durch Europa, mitten durch Deutschland. Dieser Weg führt irgendwann zu dem möglicherweise letzten Krieg auf dieser Erde und endet unweigerlich mit der Auslöschung nicht nur Europas, sondern aller Nahtgebiete zwischen Ost und West.

Und bei einer zweiten Aufgabe könnte Europa mit seiner Erfahrung, seinen Kenntnissen, seinen Fähigkeiten, seinem Organisationstalent und mit seinem Wirtschaftspotential zusammen mit den angelsächsischen Mächten und der UdSSR mitwirken: Den jungen Völkern in Asien und Afrika bei ihrem Aufbruch zu helfen. Die Aufgaben sind so vielseitig und vielfältig, daß die beiden großen Machtblöcke gar nicht in der Lage sind, kurzfristig, wie es notwendig ist, die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Hilfen zur Verfügung zu stellen. Ein Europa aber, das beide Gesellschaftsformen in sich vereinigt, das in sich befriedet ist, eine eigene Ordnung hat und niemanden bedrohen kann, könnte beiden Seiten, Ost und West, ein nützlicher Helfer werden.

Hier und nur hier kann die Formel gefunden werden, die zum Nutzen aller Mächte am Krieg vorbei in eine friedliche Zukunft führt. Wenn man sich dieses Ziel aber setzt, dann muß von der Bundesrepublik aus der Weg beschritten werden, der

1. die Hallstein-Doktrin aufhebt und damit Vertrauen und politisches Klima schafft,
2. die diplomatischen Beziehungen zu allen Regierungen auf dieser Erde aufnimmt,
3. danach strebt, daß der Atomwaffenbesitz auf die drei Atommächte beschränkt bleibt,
4. eine europäische Konvention einer kontrollierten Atomwaffenfreiheit zustandebringt,
5. die europäische Konvention des Verzichtes auf Gewaltanwendung jeder Art schafft,
6. auf eine kleinsteuropäische oder westeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft verzichtet und
7. an ihrer Stelle unter Aufrechterhaltung der kulturellen und völkischen Eigenständigkeit und unter Achtung der im einzelnen herrschenden gesellschaftlichen Systeme eine Gemeinschaft aller atomwaffenfreien europäischen Staaten anstrebt.

Eine Regierung in der Bundesrepublik, die als erste Etappe dieses Programm energisch und aufrichtig verfolgt und verwirklicht, wird in Kürze schon die Zustimmung der Weltmächte und der übrigen interessierten Mächte auch für eine Lösung der deutschen Frage im Sinne dieser Zielsetzung erreichen.

Auch diese Möglichkeit wurde vertan. Adenauer betrieb den Eintritt der Bundesrepublik in die Nato. Heute gibt es wieder große Möglichkeiten für die Wiedervereinigung. Anstatt die Chancen zu nutzen, tut die Bundesregierung wieder alles, um jedes Vorwärtskommen in der deutschen Frage von vornherein zu vereiteln. Heute können wir in der Wiedervereinigung in neuer Weise vorankommen, die allerdings umständlicher ist, da inzwischen die deutsche Spaltung auf Grund der Bonner Militärpolitik vorangeschritten ist und zwei deutsche Staaten entstanden sind.

Es hängt wesentlich von uns allen ab, ob die Konferenz in Genf erfolgreich sein wird, ob wir in der deutschen Sache endlich ein Stück vorwärts kommen. Noch einmal haben wir die Chance, unsere Fragen, die mit der Sicherheit Europas und dem Frieden der Welt aufs engste verbunden sind, selbst zu lösen.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Der Weg zum Gipfel

Das Tauziehen um die Entspannung

Die Genfer Außenministerkonferenz ist zustande gekommen, obwohl starke Kräfte aus dem westlichen Lager sie mit allen Mitteln zu verhindern suchten. Die Konferenz ist auch nicht abgebrochen worden, obwohl die gleichen Kräfte sich bemühten, die Verhandlungen durch die Vorlage des bekannten westlichen „Pakets" zu blockieren. Das „Paket" wurde — im Gegensatz zu den Bonner Wünschen — schon in der ersten Konferenzphase „aufgeschnürt". Man verhandelte über einzelne Punkte, wie die Sowjetunion es gefordert hatte, und entschloß sich, nach einer zeitweiligen Unterbrechung der Konferenz die Beratungen wieder aufzunehmen. Während der wochenlangen Verhandlungen ist die Öffentlichkeit mit einer Fülle von Erklärungen und Gegenerklärungen, Vorschlägen und Gegenvorschlägen bekanntgemacht worden. Der Zweckpessimismus, mit dem die bundesamtlichen Sprecher den Verlauf der Konferenz von Tag zu Tag und Woche zu Woche kommentierten, soll die Beurteilung des tatsächlichen Geschehens und der zu erwartenden Ergebnisse erschweren. Wenn die Behauptungen der westlichen Weltpresse richtig sind, dann ist die Bundesregierung erst nach erheblichen Bemühungen Washingtons an den Konferenztisch von Genf zu bringen gewesen. Man wird deshalb gut daran tun, das Widerstreben Bonns bei allen Nachrichten über den Konferenzverlauf in Rechnung zu setzen und das Kräfteverhältnis der Gesprächspartner realistisch zu bewerten. Um Zweck und Ziel dieser zehnten Außenministerkonferenz (seit 1945) bewerten zu können, erscheint es sinnvoll, die Frage nach der Entwicklung zu stellen, die ihr Zustandekommen bedingt hat.

Das Drängen der Sowjetdiplomatie nach einer Gipfelkonferenz gehört schon seit längerer Zeit zu den entscheidendsten Merkmalen der Weltpolitik. Direkte Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten sind das erklärte Ziel intensiver Bemühungen des sowjetischen Ministerpräsidenten. Die gegenwärtige Außenministerkonferenz dürfte deshalb als Vorspiel für das weitaus bedeutendere und entscheidungsschwere Treffen „auf dem Gipfel" zu bewerten sein. Bei genauerer

Betrachtung beginnt der Weg, der zu der Genfer Außenministerkonferenz führte, mit der Botschaft, die die Sowjetregierung am 11. Januar 1958 „an alle Regierungen" der Welt richtete und in der eine Zusammenkunft führender Staatsmänner zur Regelung von Streitfragen vorgeschlagen wurde.

Diese „Botschaft" war die sowjetische Antwort auf die Dezembertagung der Nato in Paris, die zu dem verhängsnisvollen Beschluß geführt hatte, Atomwaffen an die Bündnispartner zu verteilen und amerikanische Raketenbasen in den Vertragsländern zu stationieren. Die tiefgreifende Beunruhigung der Weltöffentlichkeit über die folgenschweren Nato-Beschlüsse ließ es den drei Westmächten zweckmäßig erscheinen, die sowjetischen Vorschläge nicht rundweg abzulehnen. Frankreich, Großbritannien und die USA stimmten der „Botschaft" aus dem Kreml „im Prinzip" zu, ohne jedoch in konkrete Verhandlungen einzutreten. Die Sowjetregierung entfaltete daraufhin eine rege diplomatische Tätigkeit. Sie sandte Noten, Memoranden und Denkschriften in alle Welt, was der westdeutschen Presse zu mancherlei spöttischen Bemerkungen über die Schreibfreudigkeit Nikita Chrustschows Anlaß bot. Die Beharrlichkeit, mit der die Sowjetregierung die Frage der Gipfelkonferenz behandelte, steht nun allerdings im engen Zusammenhang mit dem Problem der europäischen Sicherheit, das durch die Atombewaffnung der Bundeswehr neue Aktualität gewann.

Der Schuß vor den Bug

Als feststand, daß der deutsche Bundeskanzler gegen die Verabredung der Parlamentsfraktion die Debatte über die Atomaufrüstung erzwingen würde, überreichte der sowjetische Botschafter Smirnow am 19. März in Bonn eine Denkschrift seiner Regierung, in der die Frage des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages aufgeworfen wurde.

Dieser Schuß vor den Bug erfolgte am Vorabend des Atomaufrüstungsbeschlusses des Bundestages vom 25. März 1958.

Mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit darf man annehmen, daß es ohne den 25. März 1958 keine Berlin-Note am 27. November 1958 gegeben hätte. Denn solange die Möglichkeit bestand, über eine atomwaffenfreie, militärisch verdünnte Zone zu einer Entspannung in Europa zu kommen, mußte dieses Problem Vorrang für West-Ostverhandlungen behalten. Um einer solchen Entwicklung zuvorzukommen, führte der Bundeskanzler übereilt die Atomdebatte herbei. Der Beschluß vom 25. März 1958 sollte die Diskussion über den Rapackiplan abwürgen oder illusorisch machen und gleichzeitig eine Annäherung zwischen den Standpunkten der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten erschweren. Das war zweifellos auch der Fall. Allerdings erwies sich — wie noch zu zeigen sein wird — die Sabotierung des Rapackiplans durch die Bundesregierung letztlich doch nicht als geeignetes Mittel, um die Erörterung des Deutschlandproblems auf einer Ost-Westkonferenz zu verhindern. Chrustschow griff am 11. Juni 1958 in seinem Brief an Eisenhower den Gedanken einer atomwaffenfreien Zone wieder auf und schlug die Verringerung der auf dem deutschen Territorium und andern europäischen Ländern stationierten fremden Truppen sowie den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und den Verzicht auf die Anwendung aller Arten von Raketen- und Kernwaffen vor.

Die Libanonkrise im Sommer ließ die Regelung der europäischen Probleme, die Chrustschow zielstrebig weiterverfolgte, zunächst in den Hintergrund treten. Sein Versuch, über Fragen des Nahen Ostens unter Hinzuziehung Nehrus zu einer Gipfelkonferenz zu kommen (Botschaft vom 19. Juli), scheiterte am hinhaltenden Widerstand der amerikanischen Regierung und wurde später von

Chrustschow selber, wohl im Zusammenhang mit seinem Besuch in Peking, aufgegeben.

Dagegen hatte er mehr Erfolg mit seinem Drängen auf das Zusammenkommen einer Expertenkonferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche. Diese Konferenz konstituierte sich sehr bald nach dem Aide-Memoire der Sowjetregierung (vom 9. Juli), leistete schnelle und gründliche Arbeit und wurde im Herbst durch die Delegiertenkonferenz im Botschafterrang abgelöst, die zur Zeit noch in Genf tagt und einen der wichtigsten Punkte für eine Gipfelkonferenz geklärt haben wird, bevor die Staatsmänner zusammentreten. Es ist damit zu rechnen, daß ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenexperimente zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht und auf einer Gipfelkonferenz unterzeichnet werden kann.

Die Berlin-Noten — eine Antwort auf den 25. März

Die Entwicklung im Sommer 1958: die Intensivierung der antisowjetischen Haßpropaganda zum Zwecke der Bändigung der starken Antiatombewegung in der Bundesrepublik, die Forcierung der Atomrüstung Westdeutschlands, die Libanonkrise und das Scheitern eines „Treffens auf höchster Ebene" — hat offensichtlich auf Seiten der Sowjetunion zu einer Änderung der taktischen Maßnahmen hinsichtlich der europäischen Sicherheitsfragen geführt. Nachdem sich erwiesen hatte, daß über den Rapackiplan einer atomwaffenfreien Zone eine Entspannung und damit auch eine Klärung der deutschen Probleme (schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten, Milderung der militärischen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen der Bundesrepublik und ihrem östlichen Nachbarn) nicht zu erreichen war, wählte die Sowjetregierung den umgekehrten Weg. Sie benutzte das Berlinproblem als Druckmittel, um die Westmächte — mit oder ohne Zustimmung Bonns — zu Verhandlungen über ein Arrangement in Europa an den Konferenztisch zu bringen. In Berlin freilich sitzen die Sowjets am längeren Hebel, und die Westmächte wissen, daß der status quo in der „Frontstadt" irgendwann einmal ein Ende haben muß, weil er nur solange aufrecht erhalten werden kann, wie die „vierte Besatzungsmacht" dies zuläßt, — es sei denn, der Westen riskiert einen Krieg.

Ließ sich also über den Plan einer militärisch entschärften Zone in Mitteleuropa die deutsche Frage (mitsamt der gefährlichen Entwicklung in der Bundesrepublik) keiner Lösung näherbringen, so ergab sich jetzt, daß mit der Aufrollung einer deutschen Teilfrage, nämlich des Berlinproblems, der ganze Komplex der mitteleuropäischen Fragen und der militärischen Entschärfung angegangen werden konnte.

Am 10. November 1958 hielt Chrustschow im Moskauer Sportpalast eine Rede, in der er die Bemerkung machte, daß es Zeit sei, das Besatzungsregime in Berlin zu beenden. Die UdSSR habe die Absicht, die Funktionen, die sich aus dem Besatzungsstatut ergeben, an die Organe der DDR zu übertragen.

Diese Mitteilung schlug wie eine Bombe ein. Drei Wochen hindurch rätselte der Westen daran herum, welche Auswirkungen eine solche Maßnahme haben würde. In Natokreisen wurden martialische Reden gehalten, aber Dulles entwickelte seine „Agenten"-Theorie und erklärte für denkbar, daß die Beauftragten Ostberlins die bisher von den sowjetischen Behörden ausgeübten Rechte wahrnehmen könnten. Diese alarmierende Nachricht aus Washington erschütterte die Grundfesten der Bonner Deutschlandtaktik. Am 27. November ließ Chrustschow die Noten zur Berlinfrage überreichen. Sie enthielten die bekannten sowjetischen Vorschläge und die Aufforderung an die Westmächte, im Laufe eines halben Jahres in Verhandlungen einzutreten, andernfalls die Sowjetunion

die schon in der Chrustschow-Rede am 10. November angekündigte Übertragung der Funktionen an die DDR vornehmen würde.

Bonn erklärte daraufhin die Noten als „Ultimatum" und versuchte den Eindruck zu erwecken, daß der Westen unter keinen Umständen bereit wäre, unter „ultimativem Druck" zu verhandeln. (Tatsächlich aber hielten es die Westmächte für geboten, die Fristsetzung zu respektieren und noch vor dem 27. Mai die Verhandlungen aufzunehmen.) Trotz der Bemühungen Bonns, in der „Berlin-Krise" eine einheitliche Abwehrfront des Westens herzustellen, sagten die Amerikaner den vorgesehenen Besuch Mikojans in den USA nicht ab. Mikojan hielt sich vom 4. bis 20. Januar in den Staaten auf, führte Besprechungen mit maßgeblichen Politikern und warb für eine sowjetisch-amerikanische Verständigung.

Wie sicher sich die Sowjetregierung hinsichtlich der Berlinfrage fühlte, zeigte sich auch darin, daß sie noch während des Mikojan-Besuches in den USA den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland den Regierungen von 29 Staaten überreichen ließ (am 10. Januar). Schon einen Tag später, am 11. Januar, lehnte der Bundeskanzler den Entwurf ab.

Aber nun zeigte es sich, daß der Westen ebensowenig eine Konzeption für die Deutschlandfrage besaß wie für die Lösung des Berlinproblems. Die Sowjetunion hatte zwei Schachzüge getan, ohne daß der Westen sich zu einem Gegenzug aufraffen konnte. Das Säbelrasseln einiger westlicher Militärs ließ den Mangel an konstruktiven Ideen um so deutlicher werden.

Indessen liefen in Moskau die Vorbereitungen zum XXI. Parteitag der KPdSU an, der vom 27. Januar bis 5. Februar stattfand und auf dem enthüllt wurde, auf welchem Hintergrund die sowjetischen Bemühungen um eine Friedensregelung zu sehen sind. Der Siebenjahresplan der Sowjetregierung sieht eine gigantische Kraftanstrengung zwecks Erreichung des wirtschaftlichen Gleichstands mit dem Westen vor. Die gesteckten Ziele wurden durch die Publikation der „Kontrollziffern" der Weltöffentlichkeit bekannt gegeben, um glaubhaft zu machen, daß die Sowjetunion eine Periode ungestörter Entwicklung anstrebt und den Frieden braucht, wenn sie in den schon seit langem propagierten wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Westen eintreten will. Die Zeiten, da man den russischen Wirtschaftsplänen mit mitleidigem Lächeln gegenüberstand, sind seit dem Erscheinen des Sputnik wohl endgültig vorbei. Der Siebenjahresplan wird sehr ernst genommen.

Einflußreiche Kreise der westlichen Industrie neigen aus den verschiedensten Gründen immer mehr dazu, verstärkte Handelsbeziehungen mit den Ostblockländern aufzunehmen. Die Fachzeitschriften der britischen Wirtschaft (Financial Times, Chemical Age u. a.) lassen den deutlichen Wunsch der englischen Unternehmer erkennen, dem kalten Krieg ein Ende zu setzen. Sie haben denn auch den Entschluß Harold Macmillans unterstützt, mitten in der „Berlinkrise" nach Moskau zu reisen und in ein direktes Gespräch mit den führenden sowjetischen Politikern zu kommen.

Der Staatsbesuch Macmillans in der Sowjetunion (vom 21. Febr. bis 3. März) erfolgte überraschend zwei Wochen nach dem XXI. Parteitag. Es dürfte nicht richtig sein, in dieser Reise lediglich ein wahltaktisches Manöver zu sehen, das der konservative Regierungschef im Hinblick auf die bevorstehenden Unterhauswahlen unternommen habe. Zweifellos spielten Überlegungen dieser Art bei dem überraschenden Vorstoß Macmillans eine bestimmte Rolle. Aber das würde auch nur beweisen, in welch hohem Grad die britische Öffentlichkeit des kalten Krieges müde ist. Wichtiger erscheint jedoch, daß sowohl Macmillan als auch Selwyn Lloyd nach ihrer Rückkehr aus der Sowjetunion mehrfach die Tendenz zur Aufnahme verstärkter britisch-sowjetischer Wirt-

schaftsbeziehungen betont haben und ihrer Überzeugung Ausdruck gaben, die Sowjetunion sei „ehrlich" an Verhandlungen und einer Friedensregelung interessiert (siehe „Times" 3. April, „Sunday Observer" 19. April).

In Bonn betrachtete man die britische Haltung mit großem Mißtrauen, das sich noch steigerte, als auch der ehemalige stellvertretende Oberbefehlshaber der Nato-Streitkräfte, Viscount Montgomery, den Spuren Macmillans folgend, nach Moskau reiste und sich danach deutlich für eine Entspannung in Europa einsetzte.

Inzwischen begann man nämlich in Großbritannien erneut das Auseinanderrücken der Militärblöcke in Europa zu diskutieren und scharfe Kritik an der starren Haltung der Bundesregierung zu üben. Die Hoffnung des Bundeskanzlers, den Westen dennoch zu einer „Politik der Härte" und der Unnachgiebigkeit bewegen zu können, zerschlug sich, als der sowjetische Ministerpräsident am 19. März die Bereitschaft der Sowjetunion zur Teilnahme an einer Außenministerkonferenz erklärte und als Termin den 11. Mai (16 Tage vor Ablauf der Berlinfrist) vorschlug.

Noch während des Macmillan-Besuches in der UdSSR hatte Chrustschow — auf einer Wählerversammlung in Moskau am 24. Februar — seinen alten Vorschlag eines Gipfeltreffens wiederholt und sich sehr skeptisch über die Möglichkeit von Verhandlungen zwischen den Außenministern geäußert. Es scheint jedoch, daß er sich zu einem Entgegenkommen bereit zeigen wollte, nachdem sich die Briten zum Fürsprecher des Gedankens einer Gipfelkonferenz gemacht hatten. Das gegenseitige Bemühen der großen Mächte, es zu keiner gefährlichen Zuspitzung der Lage kommen zu lassen, fand dann seinen Ausdruck in der Annahme des von der Sowjetunion vorgeschlagenen Termins für die Außenministerkonferenz (11. Mai) durch die Westmächte und in dem zwischen Eisenhower und Macmillan getroffenen Übereinkommen, die Deutschlandfrage auf der Grundlage „gegenseitiger Zugeständnisse" zum Gegenstand einer Gipfelkonferenz zu machen (21. März).

Die letzten Vorbereitungen

In ihrem Bemühen, die „Aufweichung" des kalten Krieges zu verhindern, fand die Bonner Regierung nur bei de Gaulle volle Unterstützung. Die französisch-britischen Spannungen in der Auseinandersetzung um die Freihandelszone, das Streben de Gaulles, Frankreichs „gloire" mit Hilfe der Atombombe wiederherzustellen, die Hoffnung auf deutsche Finanzhilfe für das Algerienabenteuer und der Wunsch, in der Nato eine Führerrolle spielen zu können, sind die Gründe, die Frankreichs Staatsoberhaupt an die Seite des Bundeskanzlers drängen. De Gaulle kann keine Entspannung gebrauchen. Sie gefährdet seine hochfliegenden Pläne für die zukünftige Gestaltung des großfranzösischen Reiches und dessen Aufnahme in den Klub der atomaren Weltmächte. So erklärte der französische Botschafter in den USA, Henri Alphand, kurz vor dem Staatsbesuch Macmillans in Moskau: „Wir (d. h. die Franzosen, d. Vf.) sind entschlossen, nötigenfalls für Berlin zu den Waffen zu greifen" (am 13. Februar), und der amerikanische Propagandist der Theorie des „begrenzten Krieges", Henry A. Kissinger, behauptete während seines Aufenthalts in Westdeutschland — vermutlich nicht ohne Grund — de Gaulle wäre bereit, für Deutschland einen Krieg zu führen. (Vgl. „Spiegel"-Interview vom 13. Februar 1959, S. 33) Aber so sehr de Gaulle im eigensten Interesse den harten Kurs Bonns zu unterstützen bereit war, sprach er sich doch für die Beibehaltung der Oder-Neiße-Grenze aus und brachte dadurch die Bundesregierung in nicht unerhebliche Schwierigkeiten.

Der sowjetische Vorstoß in Sachen Berlin und Friedensvertrag hat also klargestellt, daß keiner der Verbündeten Bonns in der Lage ist, sich mit den politischen Forderungen der Bundesregierung rückhaltslos zu identifizieren. Die mühsam aufrecht erhaltene Fiktion, daß alle die Wiedervereinigung betreffenden Fragen in der „atlantischen Gemeinschaft" bestens aufgehoben sind und der Beitritt der Bundesrepublik zur Nato die Unterstützung aller Mitgliedstaaten bei der Lösung der deutschen Schicksalsfrage (im Sinne Bonns) eingebracht habe, ist endgültig zusammengebrochen. Selbst Charles de Gaulle stimmt mit der Sowjetregierung in einem Punkte überein: die deutschen Grenzen, wie sie seit 1945 de facto bestehen, dürfen nicht verändert werden! Kein Wunder, daß die Bundesregierung so wenig Wert darauf legt, einen Friedensvertragsentwurf zu diskutieren. (Er würde die Stellung der Westmächte zur Frage der deutschen Grenzen klarstellen!) Die „Achse" Bonn-Paris bot nach der Annahme des von der Sowjetunion vorgeschlagenen Termins für die Außenministerkonferenz allein noch die Gewähr, daß die Vertreter der Bundesrepublik in Genf mit ihren Vorschlägen zum Zuge kommen würden.

Die Konferenz der westlichen Außenminister in Paris, die am 30. April stattfand, endete mit einem überraschenden Ergebnis: Der Westen hatte sich offenbar unter dem Einfluß Bonns wider Erwarten entschlossen, Junktims zwischen den einzelnen Fragen herzustellen, also ein „Paket" eng miteinander gekoppelter Probleme auf den Verhandlungstisch zu legen.

Heute wissen wir, daß das nicht ernst gemeint war und wohl zu der Taktik der Rückzugsgefechte gerechnet werden muß, die der Westen liefert, um so lange wie möglich das Gesicht zu wahren.

Daß die Sowjetunion sich nicht zu Verhandlungen über ein „Paket" bereitfinden würde, stand damals bereits fest: Am 27. und 28. April hatten die Außenminister der Länder des Warschauer Paktes getagt und in ihrem Abschlußkommuniqué ausdrücklich davor gewarnt, das Problem des Friedensvertrages und Westberlins von Fragen der Abrüstung und der europäischen Sicherheit abhängig zu machen. Die Westmächte wußten also schon bei der Vorlage des „westlichen Friedensplans" auf der Genfer Konferenz, daß er nicht angenommen werden würde.

Wie soll es weitergehen?

Die Ablehnung kam dann auch prompt, aber Gromyko erklärte am 18. Mai, daß einige Thesen, die in den verschiedenen Teilen des westlichen Stufenplans für eine Wiedervereinigung enthalten sind, der Prüfung wert seien. Er lenkte damit auf die Ausgangsposition der UdSSR zurück und brachte die Berlinfrage und den Friedensplanvertrag erneut ins Spiel. Als die Konferenz nach mehrwöchigen Verhandlungen sich für einige Zeit vertagte, war es klar, daß das westliche „Paket" beiseitegelegt worden war und man nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen, also in der 2. Konferenzphase, über die letzten Vorschläge Gromykos beraten würde. Diese Vorschläge (vom 10. Juni) sehen eine Interimslösung für Berlin und die Bildung eines paritätisch zusammengesetzten gesamtdeutschen Ausschusses vor, der die Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten fördern, Maßnahmen zur Wiedervereinigung ausarbeiten und innerhalb von 18 Monaten über Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland beraten soll. Während dieser Zeit verbleiben die westlichen Truppen, deren Zahl auf eine „symbolische Stärke" herabgesetzt werden soll, in Westberlin. Kommt im gesamtdeutschen Ausschuß keine Einigung zustande, sollen die vier Mächte erneut zu Beratungen zusammentreten.

Es war nunmehr deutlich, daß die Bonner Bemühungen, durch den „Paket"-Vorschlag die Verhandlungen zu blockieren, vergeblich gewesen waren. Die Angelsachsen wollten weiterverhandeln. Während der Konferenzpause (vom 20. Juni bis 13. Juli) unternahm die Bundesregierung den Versuch, das westliche Lager wieder zusammenzukitten. Zu offensichtlich hatte sich der Riß zwischen der „Achse" Bonn-Paris einerseits und den angelsächsischen Mächten andererseits gezeigt. Aber Bonns Vorschlag, während der Unterbrechung der Genfer Verhandlungen eine Nato-Außenministerkonferenz zu veranstalten, wurde in London und Washington abgelehnt. Der Einfluß des Bundeskanzlers auf die westliche Politik ist deutlich im Schwinden.

Als die Außenminister am 13. Juli wieder in Genf zusammenkamen, war von einem unauflösbaren „Paket" keine Rede mehr. Eine Annäherung der Standpunkte in der Frage einer Interimslösung für Berlin und der Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses war unverkennbar. Verzweifelt versuchte die westdeutsche Delegation sich der Entwicklung entgegenzustellen. Sie überreichte ein Memorandum der Bundesregierung, in dem für einen vorzeitigen Abbruch der Verhandlungen plädiert und die Einberufung einer Gipfelkonferenz (!) vorgeschlagen wird. Nach den Vorstellungen Bonns, die angeblich auf persönliche Anregungen Adenauers zurückgehen, möchte man Abrüstungsfragen und — notfalls (!) auch das Deutschlandproblem, nicht aber Berlin zum Thema eines Gipfeltreffens machen.

Die Westmächte haben sich selbstverständlich nicht bereitgefunden, die Genfer Verhandlungen sofort abzubrechen. So blieb der Bundesregierung nichts anderes übrig, als den Vorschlag eines gesamtdeutschen Ausschusses zu kontern. Was bedeutet das? Wie eh und je versucht Bonn, die Lösung des Wiedervereinigungsproblems den Alliierten zuzuschieben, obwohl jedermann klar sein dürfte, daß keine der vier Mächte bereit ist, für das deutsche Volk die Kastanien aus dem Feuer zu holen und die Sache der Deutschen zu ihrer eigenen zu machen. Sie wollen es nicht und sie können es nicht.

Im Parlament ist es üblich, einen unwesentlichen oder lästigen Antrag an irgend einen Unterausschuß zu überweisen, um ihn dort auf Eis zu legen. Wer die Schicksalsfrage des deutschen Volkes an die Geschäftsträger von vier fremden Nationen (Viermächteausschuß) abtreten will, handelt genauso.

Der gesamtdeutsche Ausschuß ist die letzte Möglichkeit, zu einer Überwindung der deutschen Spaltung zu kommen, nachdem alle anderen Möglichkeiten seit Jahren von der Bundesregierung abgelehnt worden sind. Chrustschow hat bereits im Februar angekündigt, daß er im Falle einer Ablehnung der sowjetischen Vorschläge einen Sonderfriedensvertrag mit der DDR schließen wird. Koslow hat kürzlich während seines Amerikaaufenthaltes diese Ankündigung wiederholt. Der Herr Bundeskanzler weiß besser als jeder andere, daß die Sowjetregierung wahrmacht, was sie warnend vorhersagt. Er hat es selber erfahren. („Uns bläst der Wind nicht ins Gesicht.") Was steht uns also bevor? Die Preisgabe unseres Volkes als Volk zugunsten einer Integration Westdeutschlands in das „karolingische" Wirtschaftsimperium der EWG?

In der Berlinfrage wird ein Kompromiß gefunden werden und die Annäherung Moskau-Washington wird kommen, weil sie kommen muß, — es sei denn, man befolgt Herrn Kissingers Rat und führt Berlins wegen einen „kleinen Krieg" (der Deutschland endgültig zerstören würde) oder man folgt Herrn Schlamm und beginnt um der „Freiheit" willen einen „großen Krieg" (der das Ende der Zivilisation, ja vielleicht des Lebens auf der Erde herbeiführen wird). Die Kreuzzugsideologen Kissinger und Schlamm durften durch die Bundesrepublik reisen. Sie haben uns orientiert.

Ergebnisse

Die Entwicklung seit dem Januar 1958 zeigt eindeutig, daß die Sowjetunion nach einem Ausgleich mit den Vereinigten Staaten strebt. Die Gipfelkonferenz ist das Nahziel dieser sowjetischen Ausgleichspolitik. Der Weg zum Gipfel ist nach mehreren vergeblichen Anläufen durch die Aufrollung der Berlinfrage geebnet worden. Die militärische Entschärfung Mitteleuropas, d. h. die Ausräumung einer latenten Kriegsgefahr, bleibt nach wie vor auf der Tagesordnung, so sehr sich Bonn dagegen sträuben mag. Das Auseinanderrücken der Militärblöcke (disengagement) wird solange seine Aktualität behalten, wie der Westen keine annehmbare Lösung für das Problem seines Verbleibens in Westberlin findet. Er kann Westberlin ohne Prestigeverlust nicht aufgeben, wenn keine Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten zustandekommt und die Berlinfrage auf diese Weise gelöst wird. Da Bonn sich jedoch jeder Annäherung (durch Schaffung eines gesamtdeutschen Gremiums) widersetzt, hofft der Westen über die Verlängerung des Besatzungszustandes ein Verbleiben auf Zeit aushandeln zu können. Kommt die Außenministerkonferenz zu keiner vorläufigen Vereinbarung in der Berlinfrage, dann wird diese auf der Gipfelkonferenz behandelt werden müssen. Die Sowjetunion kann — nach Lage der Dinge — den Preis für diese Regelung festsetzen. Der Westen muß sich daher durch die Haltung der Bundesrepublik in eine schwierige Verhandlungsposition gedrängt fühlen. Dementsprechend verliert Bonn an Sympathien und Gewicht für die großen Mächte. Deutschland „leidet" (lt. „Welt" vom 15. Juli) „schon heute darunter, daß es in weiten Teilen der Welt in wachsendem Maß als ‚der Störenfried' empfunden wird." Deutschland — das ist aber nicht mit der Bundesrepublik gleichzusetzen, wie es der Leitartikler tut. Deutschland existiert nicht mehr. Es kann erst wieder zum Dasein erweckt werden, wenn gesamtdeutsche Fragen gesamtdeutsch gelöst werden; denn eines hat sich bei der Genfer Außenministerkonferenz klar gezeigt: die sowjetische These von der Existenz zweier deutscher Staaten ist — wenn auch nicht juristisch, so doch faktisch — anerkannt worden.

Wenn es jetzt nicht zur Bildung einer gesamtdeutschen Kommission kommt, dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein, wann beispielsweise die afro-asiatischen Staaten diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen werden. Der Abschluß eines Separatfriedens zwischen der Sowjetunion und der DDR (der bevorsteht, wenn Bonn seine Haltung nicht ändert) wird diese Entwicklung beschleunigen. Und was wird aus Westdeutschland?

„Bonn lebt seit Jahren von den Dividenden des kalten Krieges und von der These, daß die Sowjetunion kein vertragsfähiger Staat sei," schreibt die Schweizer „Tat" am 16. Juli. „Es kennt nur einen Cauchemar (Alpdruck): daß es über irgendwelche deutsche Fragen gegen seinen Widerstand doch zu einer Einigung zwischen den Weltmächten kommen könnte. Darum läßt es alle Minen springen, um selbst die Schaffung einer gesamtdeutschen Kommission zu torpedieren, die ein Kernstück des russischen Berlin-Kompromisses bildet, aber auch von den Westmächten vorgeschlagen wurde."

Niemand kann wünschen, daß es nicht zu einer Verständigung zwischen Rußland und Amerika kommt. Es gibt keine Alternative zur Koexistenz. Soll dann die Bundesrepublik in Europa die Rolle übernehmen, die Südkorea oder Formosa heute schon in Asien spielen?

Dr. Hermann Rauschning

Das Kernproblem der Entspannung

Selbst wenn es, wie es im Augenblick der Niederschrift dieser Bemerkungen den Anschein hat, zu einem vorläufigen bedingten Einfrieren der Berliner Frage kommen sollte, um Zeit und Raum für weitere Verhandlungen zu gewinnen, so hat sich doch durch das zähe und ständig im Kreise drehende Verhandeln der Außenminister in Genf eine derartige Unvereinbarkeit in den Ausgangspunkten der Parteien gezeigt, daß man fragen muß, ob weitere Gespräche noch einen Zweck haben. Aber was dann? Diese Frage werden sich in den kommenden Wochen alle Politiker vorlegen, diejenigen, die im Hinblick auf eine künftige etwa mögliche bessere Verhandlungslage an dem gegenwärtigen Schwebezustand nicht gerührt wissen wollen, weil er im Augenblick nur schlimmer werden könnte; aber auch diejenigen, die hastig nach den spärlichen, etwa noch vorhandenen Lösungsmöglichkeiten greifen, aus Angst, auch noch die letzte Chance einer, wenn auch mageren, Lösung zu verlieren.

Versuchen wir uns von den Argumenten beider Gruppen freizuhalten und nach den tiefer liegenden Ursachen für das sonderbar unwirkliche Verhandeln der letzten Wochen zu forschen, so zeigt sich — um das im folgenden näher zu begründende Ergebnis vorweg auszusprechen —, daß nicht willkürliche Bedingungen für eine Lösung von den Verhandlungsparteien gestellt wurden, von denen beide aus Mangel an „gutem Willen", oder wie man das sonst nennen will, nicht abzugehen bereit sind, sondern daß beide aus einer anderen, sich in wichtigen Zügen nicht deckenden politischen Wirklichkeit heraus verhandelten. Beide Seiten handeln nicht willkürlich, sondern unter dem Druck einer politischen Realität, wie sie sie sehen. Es ist notwendig, dies hervorzuheben, wenn man aus der Atmosphäre unnötiger Animositäten herauskommen will. Zu wirklichen Ergebnissen einer Entspannung kann es nur kommen, wenn und insofern sich beide Seiten in der Beurteilung der entscheidenden Züge der politischen Realität genähert haben und erkennen, daß sie nicht mehr dieselbe ist wie vor ein/zwei Dezennien, aber auch noch nicht ganz eine so veränderte, wie manche es sich vorstellen.

Verfolgt man die amerikanischen Kommentare zu den Verhandlungen, so sieht man mit Befremden, wie schablonenhaft und mit wie abgegriffenen Maßstäben die Lage beurteilt wird. Nirgends ist auch nur der Versuch gemacht, die Argumente des Gegners von seinem Standpunkt aus zu verstehen. Es fällt auf, welch primitive Absichten, Mittel und Taktiken selbst ernst zu nehmende Kommentatoren den Sowjets unterstellen. Das hilft gewiß nicht einer Erleichterung der Verständigung. Man könnte eher von einer beabsichtigten Sabotage einer solchen sprechen, wenn sich darin nicht zu einem großen Teil die außenpolitische Naivität und die Neigung, alles zu simplifizieren, ausdrückte. Mit Recht hatte unlängst Bundeskanzler Adenauer, den wir hier einmal mit Genugtuung zitieren können, in einem Interview mit dem Vertreter des amerikanischen „Life" auf die Notwendigkeit hingewiesen: „Wenn man jemandes Handlungen richtig beurteilen will, dann muß man sich in seine Schuhe stellen und ihn so zu verstehen versuchen." Ist die russische Außenpolitik wirklich so primitiv, wie sie einer der bekanntesten Analytiker, J. Alsop, jüngst charakterisierte, indem er Chrustschow überzeugt sein läßt, daß Eisenhower nur bluffe und nicht ein Wort wirklich meine, was er sage, — daß er den Präsidenten und andere Persönlichkeiten der Westmächte für nichts anderes als politische Falschmünzer und Hochstapler, für „fakes, frauds und phonies" halte und überzeugt sei,

Eisenhower durch eine richtige Kombination von rüden Drohungen und sanftem Zureden aus Westberlin herausbugsieren zu können?

Man wird indessen nicht übersehen dürfen, daß die primitive Auslegung der sowjetischen Politik in den Vereinigten Staaten die Folge einer gewissen Ratlosigkeit über die russische Taktik und ihre Motive ist, wobei Moskau durch seine mitunter recht kompakte Sprache das Verständnis nicht gerade erleichtert hat. Erstaunt, ja verdutzt und enttäuscht ist die amerikanische Öffentlichkeit darüber, daß die von dem verstorbenen Außenminister Dulles schon im November vorigen Jahres als möglich angedeuteten Konzessionen ohne jede Wirkung auf die Haltung der Sowjets geblieben zu sein scheinen. Diese möglichen Zugeständnisse, die offenbar dem Verhandlungsprogramm der westlichen Außenminister zu Grunde lagen, besagten, daß der Westen auf seine bisherige Forderung nach freien Wahlen zu Beginn einer Wiedervereinigung verzichten könnte, um mit einer solchen statt dessen erst einen längeren Annäherungsprozeß der beiden deutschen Teile zu krönen. Dieses Zugeständnis schloß logisch das weitere mit ein, die demokratische deutsche Volksrepublik stillschweigend oder ausdrücklich als gleichberechtigten Partner eines vereinten Deutschlands anzuerkennen. Beides mußte dahin führen, daß der Westen sich den Ideen über eine Lösung des deutschen Problems, die Moskau in seinem Friedensvertragsentwurf niedergelegt hatte, auch in dem Punkt näherte, daß zunächst einmal die Wiedervereinigung in Gestalt einer Art Konföderation der beiden Staatsgebilde gesucht werden müßte. Aber die Logik in den Zugeständnissen ging sogar noch weiter. Wenn auch nicht ausdrücklich formuliert, so war doch ein Staatenbündnis auf die Dauer nicht möglich, wenn die beiden konföderierten Staatswesen weiter wie bisher einander feindlich gegenüber stehenden Militäralliancen angehörten. Eine Art „Bündnislosigkeit" oder Neutralität war somit die unausweichliche Folge der westlichen Zugeständnisse. Aber ging die Logik der Entwicklung nicht noch weiter? Umschloß sie nicht auch das Zugeständnis der Westmächte, daß in einem künftig vereinten Deutschland beide rivalisierenden Ordnungssysteme dauernd nebeneinander bestehen müßten? War eine solche Garantie möglich? Konnte es so etwas wie eine Neutralisierung des Ordnungskonfliktes zwischen West und Ost geben? Eine Art Gleichbegünstigungsklausel wie auf wirtschaftlichem Gebiet? Ein Umstand blieb unklar. Sollte das wiedervereinigte Deutschland nach einer gewissen Zwischenzeit die innerpolitische Freiheit gewinnen, durch Mehrheitsbeschluß die sozialistischen Ordnungselemente der jetzigen Volksrepublik zu beseitigen? Sollte sie außenpolitisch das Recht haben, sich eigenem Ermessen nach als verbündet mit dem Westen erklären zu dürfen und von diesem als Bundesgenosse aufgenommen werden?

Ohne diese Kardinalfrage auch nur zu berühren, war in den Augen der Westmächte das bereitgehaltene Paket von Zugeständnissen so ausreichend, daß damit ein Nachgeben der Sowjets in der Berliner Frage mehr als wett gemacht werden würde. Die Vorwegnahme einer Lösung der Berliner Frage mußte der Westen von seinem Standpunkt aus ablehnen, weil sie einer Präjudizierung der künftigen Bedeutung der Stadt gleichkäme, die vom Gesichtspunkt einer erstrebten Gesamtlösung nichts anderes sein konnte als die Hauptstadt des geeinten und zunächst konföderierten Deutschlands, nicht aber die eines der beiden Konföderierten. Die Außenminister der Westmächte gingen demnach mit einem gewissen gedämpften Optimismus zu den Verhandlungen. Sie hofften auf eine allgemeine Bereinigung aller Streitfragen des Kalten Krieges, soweit sie Deutschland betrafen. Aber sechs Wochen vergeblichen Ringens, berichtet ein amerikanischer Kommentator, hätten das Niveau der Hoffnungen erheblich gesenkt. Der Grund für diese Herabstimmung war, daß die angedeuteten Zugeständnisse des Westens

keineswegs die unnachgiebige Haltung der Sowjets geändert hatten. Damit schien für den Westen erwiesen, daß der russischen Regierung weniger an einer Lösung der deutschen Gesamtfrage gelegen war als an der Berliner in ihrem Sinne.

Prompt unterstellte denn auch die amerikanische Kritik den Sowjets die Absicht, Westberlin auf kaltem Wege unter der Maskierung als Freie Stadt der DDR ausliefern zu wollen. Sie akzeptierte nicht das Gegenargument, daß von Moskau aus gesehen der Vorschlag, Westberlin zu einer Freien Stadt zu erklären, ein Zugeständnis sei. Sie vermutete vielmehr ein plumpes Täuschungsmanöver dahinter, ein augenzwinkerndes Einverständnis mit Amerikas Prestigebedürfnis, das eine offene Preisgabe nicht zuließ, und somit einen „dezenten Schleier für einen betrügerischen Handel" wünschenswert erscheinen ließ, wie es ein Kommentator bezeichnete. Der Unnachgiebigkeit der Sowjets begegnete der Westen mit Schärfe. Präsident Eisenhower erklärte, in der Berliner Frage nicht einen Zoll zurückweichen zu wollen. Der Westen behauptete seinen Standpunkt nicht nur hinsichtlich seines Rechtes, überhaupt in Berlin zu sein, sondern auch in der juristischen und politischen Begründung des Rechtsanspruches. Es bleibe dahin gestellt, ob nicht eine entgegenkommende Sprachregelung USA's der Sache selbst mehr gedient hätte. Wahrscheinlich war die starke Sprache um der „inneren Front" willen in den Vereinigten Staaten notwendig. Immerhin ist eine integrale Lösung des Deutschlandproblems die Hauptsache. Eine solche nicht zu erschweren, war das wichtigste. Kommt es nicht zu einer solchen, so ist Westberlin nicht zu halten, ob sein Status der einer Freien Stadt ist oder der gegenwärtige Zustand weiter bestehen bleibt. Westberlin kann auch unter den Augen der westlichen Besatzungsmächte verloren gehen. Mit Recht wies der amerikanische Spitzenkommentator Walter Lippman darauf hin, daß die Westmächte es versäumt hätten, für eine Art von Versprechen, geschweige denn für eine kontraktliche Garantie Westberlins Sorge zu tragen. Und, setzte er hinzu, „wenn Westberlin nicht diese Zusage hat, dann hat es wahrlich eine sehr ungewisse Zukunft." Man wird hinzufügen müssen: auch wenn sie eine solche hätte, wie soll sie von USA honoriert werden? Denn „selbst wenn es zu keiner Blockade oder einem offenen Akt gegen Westberlin kommt", gehen die Argumente Lippmans weiter, „so ist diese Ungewißheit, so ist dieses Bestehen als eine Art Sackgasse angesichts der schauerlichen geographischen Lage der Stadt eine gefährliche Form der Unsicherheit. In einer im westlichen Sinne kapitalistischen Wirtschaftsverfassung, wie sie Westberlin hat, ist Zuversicht unentbehrlich und der Glaube an die Zukunft eine Notwendigkeit."

Die Haltung der Sowjets in der Berliner Frage und die Nichthonorierung der vom Westen in Aussicht gestellten Zugeständnisse für eine integrale Lösung des deutschen Problems stärkte in den Vereinigten Staaten alle jene Kreise und Argumente, die von vornherein ein Verhandeln mit Moskau abgelehnt hatten. Es weckte das Mißtrauen auch der zum Entgegenkommen Bereiten über das eigentliche Ziel der durch das Heraufbeschwören der Berliner Krise notwendig gewordenen Verhandlungen. Dieses Mißtrauen wurde durch weitere alarmierende Nachrichten verstärkt. Präsident Eisenhower erhielt, verläßlichen Berichten nach, von Allen Dulles, dem Direktor der CIA, dem Zentralen Nachrichtenbüro, die Warnung, daß USA und Rußland zur Zeit einem Kriege näher stünden als je zuvor seit der bolschewistischen Revolution. Größte Besorgnis erregte das Gespräch, das der frühere amerikanische Botschafter in Moskau und Gouverneur des Staates New York, Averell Harriman, mit Chrustschow hatte. Harriman nennt es schreckenerregend, schockierend. Es wurde von der an Alarm interessierten Presse groß aufgemacht. Alarmierend scheint Harriman schon die Persönlichkeit Chrustschows, die im Vergleich mit Stalin beides, die Vorsicht wie die be-

rechnende Schlauheit des alten Georgiers vermissen lasse. Trotz der Beachtung, die dieses Interview gefunden hat, würde es zu weit führen, ausführlich darüber zu berichten. Der Hauptnachdruck scheint zudem auf einer Warnung über die Gefahr der Lage im Fernen Osten zu liegen. Kraß und klar erklärte der russische Premier, daß, wenn es den chinesischen Kommunisten geeignet erscheine, die Vereinigung Formosas mit dem Hauptlande zu erzwingen, Rußland helfen würde und daß die die Formosastraße patrouillierende 7. amerikanische Flotte durch China zur Verfügung gestellte Atomraketen immobilisiert werden würde. Was Berlin anlangt, drohte er, so würde er von sich aus handeln, wenn es zu keiner Einigung käme. Das Gerede der Generale, die Position des Westens in Berlin mit Gewalt aufrecht zu erhalten, sei Bluff. „Wenn Sie den Krieg wünschen, so können Sie ihn haben. Aber erinnern Sie sich daran, daß es „Ihr" Krieg sein wird. Unsere Raketen werden automatisch fliegen."

Es war in der Tat eine scharfe und besorgniserregende Sprache, und man fragt sich, wie die amerikanische Öffentlichkeit anders als mit Versteifung in der eigenen Verhandlungsbereitschaft antworten konnte. Sollte die Absicht, wie dies fast allgemein vermutet wurde, gewesen sein, die Amerikaner zur Nachgiebigkeit zu bewegen, so wäre das psychologisch das ungeeignetste Verfahren gewesen. Diese Äußerungen des maßgebenden Politikers der Sowjetunion veranlaßten Mitglieder des Kongresses, von dem neuen Außenminister H e r t e r eine der realen Lage besser angepaßte Konzeption zu fordern. Sie tadelten die vorsichtige Führung der Verhandlungen, verlangten amerikanische Initiative und eine harte und zähe Politik statt des bisherigen Nachgebens. Einflußreiche Kreise sprachen von der Unvermeidbarkeit des Krieges. Amerika sei nicht offen genug gewarnt worden über den möglichen Ernst der Lage, hieß es. Es wäre besser gewesen, diesen Ernst sichtbar zu machen; etwa durch die von der Bonner Botschaft empfohlene teilweise Evakuierung der Tausende von Angehörigen der Westmächte in Westberlin. Ungeduldige Elemente fragten, ob Herter der richtige Mann sei, um nicht nur Rußland gegenüber „tough" zu sein, sondern auch den Alliierten gegenüber, um die westliche Alliance fest in der Hand zu behalten.

Staatssekretär Herter genießt den Ruf eines ruhigen, freundlichen, ausgleichenden Charakters. Er scheint damit besonders berufen, nach der turbulenten außenpolitischen Periode „am Rande des Abgrundes" von Dulles als der Wegbereiter einer Entspannung zu wirken. Aber solche auszeichnenden menschlichen Qualitäten sind nicht immer für den Politiker ein Vorteil. In die Enge gedrängt und gezwungen, seinem eigenen Naturell entgegen zu handeln, tun solche Persönlichkeiten oft des Guten zu viel. Das klassische Beispiel dafür ist die tragische Verstrickung, in die ein ähnlich veranlagter Politiker, Anthony E d e n , geriet. Mit gewisser Sorge sehen tiefer denkende Politiker einer neuen Konzeption Herters entgegen. Er verfügt zudem nicht über das Gehör des Dulles bei dem Präsidenten, der seinem früheren Staatssekretär gegenüber eine Achtung hegte, die an „Heldenverehrung" grenzte, wie es J. Alsop bezeichnete. Diesem Berichterstatter nach ist der Präsident entschlossen, ohne Rücksicht auf die Kosten in der Berliner Frage nicht einen Zoll zurückzuweichen. Er habe sich vielmehr zu dem Entschluß durchgerungen, daß alles besser sei als ein Nachgeben in diesem Punkt, selbst ein Wasserstoffbomben-Krieg. Der Präsident habe furchtlos „in den Abgrund gesehen". Das will bei Eisenhower etwas bedeuten, ergänzen andere Kommentatoren; denn er sei allen alarmierenden Nachrichten gegenüber äußerst abgeneigt. Im Zusammenhang mit der Möglichkeit eines Atomkrieges stehen denn auch die erneuten Anstrengungen, die Masse aus ihrer Apathie gegenüber der tödlichen Bedrohung aufzurütteln. Im Staat New York ist soeben unter dem republikanischen Gouverneur R o c k e f e l l e r ein Schutzprogramm gegen radioaktive Aus-

fallschäden Gesetz geworden. „Life" kritisiert, daß Hilflosigkeit kein gesunder Grund für die allgemeine Apathie sei. Die amerikanische Militärpolitik sei auf der Möglichkeit eines Kernwaffenkrieges begründet, in dem die USA den ersten Schlag zu erhalten, nicht selbst zu erteilen erwarte. Trotzdem sei die defensive Bereitschaft gleich Null, was nicht nur die Abschreckungsgewalt des Strategischen Luftkommandos schwäche, sondern auch das Verhandlungsgewicht der Politiker.

Der Präsident, der in jüngster Zeit, wie überwiegend festgestellt wird, wieder an Statur als eigentlicher Führer der Nation gewonnen hat, verhält sich diesen beunruhigenden Nachrichten gegenüber zurückhaltend, auch wenn er im Ernstfall nicht vor einem Kriege zurückschrickt. Er glaube nicht, lautet der Bericht, daß Rußland töricht genug sei, wegen Berlin die Welt in einen Krieg zu stürzen. Er hat es denn auch abgelehnt, dem Rat der Vereinigten Stabschefs zu folgen, das Strategische Luftkommando zu ständiger Tag- und Nachtbereitschaft zu alarmieren, obwohl auch Herter diesem Vorschlag zugestimmt haben solle. Statt dessen sind einige „ruhige Vorsorgemaßnahmen" — „quiet precautions" getroffen worden. Eine dieser ist die Umstationierung von neun Squadrons der Angriffsluftwaffe der Nato von französischen Luftbasen, wo infolge des Widerspruchs General de Gaulles keine Atomwaffendepots sind, nach England und der Bundesrepublik. Diese Verlagerung ist zwar durch de Gaulles Politik veranlaßt. Aber die prompte amerikanische Reaktion darauf ist die Folge von Vorstellungen General Norstads, die ihm aufgetragene Sicherung der Zufahrtswege nach Berlin ohne die volle Kernwaffenschlagkraft, die nur bei sofortiger Greifbarkeit von Atomwaffen möglich sei, nicht durchführen zu können.

Diese beunruhigte Geschäftigkeit und das Hochspielen alarmierender Nachrichten sind indessen keine Hilfe für das Lösen schwieriger Probleme, die vor allem Besonnenheit und Ruhe erfordern. Fruchtbar ist die Frage, ob nicht der Alarm über dunkle sowjetische Absichten auf einer Verkennung der machtpolitischen Lage seitens der Westmächte beruhe, einer Lage, die sich auch als Druck auf die Entscheidungen der sowjetischen Führung, wie etwa in der chinesischen Frage, auswirke. Kehren wir für einen Augenblick noch einmal zu dem Harriman'schen Interview zurück und prüfen wir, ob er nicht den eigentlichen Sinn der Warnungen des russischen Premierministers mißverstanden habe. Wenn z. B. Chrustschow sagt: „Sie können versichert sein, daß ich nicht einer Wiedervereinigung (Deutschlands) zustimmen werde, die nicht Raum für ein sozialistisches System läßt, so sicher ich gleicherweise bin, daß Sie nicht eine Wiedervereinigung wünschen, die nicht Sorge trägt für Ihre Form des politischen Systems", so ist damit nichts anderes gesagt, als daß für ein wiedervereinigtes Deutschland eine Gestalt gefunden werden müsse, die für beide Ordnungen einen Geltungsbereich sichert. Es besagt aber nicht, daß eine Wiedervereinigung nur möglich sei, wenn ganz Deutschland die sozialistische Ordnung annähme, oder daß eine Wiedervereinigung überhaupt nicht möglich sei. Allerdings, setzte er hinzu, zweifle er, daß überhaupt eine der Großmächte aufrichtig eine Wiedervereinigung wünsche. Er wiederholte damit indessen nur, was seit Jahren die namhaftesten Kommentatoren Amerikas mit aller Vernehmlichkeit von den Dächern riefen, nämlich daß man im Grunde nur, um das deutsche Volk der Bundesrepublik bei der Stange zu halten, für dieses politische Ziel „Lippendienst" leiste. Man kann daher allerdings aus dieser Bemerkung Chrustschows einen Wink an die Westmächte herauslesen, warum sie sich überhaupt in das dornenvolle Problem eines zu vereinigenden Deutschlands hinein mischten. Er läßt keinen Zweifel darüber, daß für ihn das Kernproblem Berlin in Verbindung mit einer machtpolitischen Entspannung und daher einer Abrüstung ist. Deshalb erwähnt er die bekannten Radiovorträge George F. Kennans und seinen Vorschlag eines schrittweisen Rück-

zuges der beiderseitigen Truppen als mit seinen eigenen zum Teil übereinstimmend. Auf die Frage Harrimans, ob das auch für die Truppen Osteuropas gelte, erwiderte er, „unter gewissen Bedingungen ja". Aber auch in anderen in dem Interview berührten Fragen, wie etwa über den Stand der Dinge im Fernen Osten, tut man gut, den Sinn der Chrustschow'schen Warnungen als einen Hinweis auf eine unvermeidliche, einer unaufhaltsamen Logik folgende Entwicklung, der auch Chrustschow nicht Einhalt gebieten könne, statt als polternde Drohung aufzufassen.

Worauf es in diesem Zusammenhang ankommt und was offenbar von der amerikanischen Politik nicht genügend gewürdigt wird, ist das eigentliche Kernploblem der Entspannung. In der Bereinigung des Berliner Konfliktes, bei einer integralen Lösung des deutschen Problems, in der Gestaltung eines gemeinsamen europäischen Sicherungssystemes, überall ist die sowjetische Grundbedingung die, daß die definitiven Lösungen den Sowjets keinen Verlust im derzeitigen Geltungsbereich ihres politischen und sozialen Ordnungssystems zumuten dürften. Der Grund ist offensichtlich. Ein Nachgeben in diesem Punkt ist nicht durch die machtpolitische Lage begründet Es ist psychologisch selbst für einen Führer von der Machtfülle Chrustschows den obersten Körperschaften der Sowjets gegenüber nicht vertretbar. Aber in dieser Unmöglichkeit, an gewissen Punkten nicht einen Zoll zurückweichen zu können, stimmt der Osten mit dem Westen überein. Für den Westen wäre der Rückzug aus Berlin nicht im militärischen Sinne ein Verlust, der ins Gewicht fiele. Ausschlaggebend ist für ihn der Verlust im Geltungsbereich seiner politischen und sozialen Ideen, und die Folgen, die ein solcher haben müßte. So hart es die Politiker des Westens ankommen mag, anzuerkennen, daß hier dem einen recht ist, was dem anderen billig ist, dies ist die entscheidende Voraussetzung bei der Lösung aller Probleme im Rahmen eines großen Entspannungsversuches. Das setzt in allen Fällen, vor allem aber in der Lösung der deutschen Einheitsfrage, eine enge Kooperation zwischen der liberalen, privatkapitalistischen mit der kommunistischen, staatskapitalistischen Ordnung voraus. Wer dies nicht für möglich hält, der muß weitere Entspannungsverhandlungen als nutzlos abbrechen, denn darauf läuft im Grunde eine Entspannung hinaus, einen modus vivendi der bisher um die ausschließliche Geltung in der Welt ringenden Ordnungsblöcke zu schaffen.

Der Westen hat bisher nicht klar erkennen lassen, daß er diese Grundbedingung anzunehmen und das damit verknüpfte Risiko in Kauf zu nehmen bereit ist. Solange das der Fall ist, liegt über dem entscheidenden Punkt das Zwielicht der Zweideutigkeit und versteckter Absichten. Solange ist das Mißtrauen Moskaus verständlich, daß der Westen statt durch eine Politik der Stärke auf vertraglichem Wege den Einflußbereich der Sowjets „zurückrollen" will. Ehe nicht dieses wechselseitige Mißtrauen überwunden ist, ehe nicht auf beiden Seiten klar bekundet wurde, daß mit Lösungsversuchen der Krise keine versteckten Nebenabsichten verbunden sind, ist an einen Erfolg von Verhandlungen nicht zu denken, ob sie nun auf höchster Ebene stattfinden oder als vertraulicher Gedankenaustausch einzelner führender Politiker oder als Expertentagung unternommen werden. Das Schicksal der Entspannung und einer Lösung der deutschen Frage hängt somit davon ab, ob die Großmächte zu Lösungen bereit sind, die die machtpolitischen Spannungen im engeren Sinne verringern, ohne den Geltungsbereich der gegnerischen Ordnungssysteme zu verändern. Auf das deutsche Problem angewandt heißt das, ob der Westen einschließlich der Bundesrepublik bereit ist, eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Gebietsteile in Angriff zu nehmen, ohne den bisherigen Besitzstand des westlichen Liberalismus und des östlichen Sozialismus in dem vereinten Deutschland zu verändern und eine gemeinsame Ord-

nung zu versuchen, die die beiden entgegengesetzten Systeme überwölbt. Wer nicht glaubt, diese gewiß schwierige Grundbedingung annehmen zu können, dem bleiben nur zwei andere Möglichkeiten offen: eine gewaltsame Lösung durch Krieg, — es gibt in der Tat zahlreiche Kreise, die eine solche für unabwendbar halten —, oder ihm bleibt überlassen, abzuwarten und alles beim alten zu lassen. Aber worauf soll er warten; und kann alles beim alten belassen werden? Die politische Realität befindet sich in einem Zustand revolutionärer Umgestaltungen. Gewiß können unerwartete günstige Ereignisse eintreten, die Lösungen erleichtern würden. Aber wahrscheinlicher sind Entwicklungen, die sie in Zukunft noch mehr erschweren. Wenn man sich der Lage erinnert, die noch zur Zeit der Berliner Konferenz vor sechs Jahren für eine Lösung des deutschen Problems bestand, wie sie sich zwei Jahre später auf der Genfer Außenministerkonferenz entschieden verschlechtert hatte und dem die gegenwärtige Lage des Westens gegenüberstellt, so kann kaum eine Hoffnung auf eine grundlegende Verbesserung als berechtigt gelten. Und in welchem Sinne verbessert? Wir versagen es uns hier, die offenkundige allgemeine Verschlechterung der Positionen der Westmächte anzudeuten. Sie ist von den amerikanischen Kommentatoren in der jüngsten Zeit klar genug analysiert worden. Dem gegenüber helfen keine Appelle, „tough" zu sein.

„Tough" zu sein, kann in der gegenwärtigen Lage nur noch einen Sinn haben: den harten, zähen Wettkampf mit den Sowjets in friedlicher Auseinandersetzung aufzunehmen. Nicht in der bloßen Abwehr, nicht mit dem Pochen auf alte Rechte und Vorrechte, sondern in der entschlossenen Hinnahme der „Herausforderung" — der „challenge" im Sinne der Toynbee'schen Geschichtsphilosophie — durch die der eigenen entgegengesetzten Ordnung und Lebensweise. Wer sich im Westen nicht zutraut, in der Zusammenarbeit mit dem Osten sich in seinem Charakter und Wesen behaupten zu können, der hat bereits kapituliert, und wenn er noch so viel von Selbstbehauptung hinter einem Cordon sanitaire oder einer Maginotlinie redet. „Trojanische Pferde" aber sind nur gefährlich, wenn man nichts von den verborgenen Gefahren ahnt.

Es soll nicht die Schwierigkeit einer Lösung der brennenden Probleme abgestritten werden. Alles, was versucht werden soll, muß gewissermaßen unter dem kaudinischen Joch hindurch, das Unvereinbare miteinander vereinbar zu machen. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß die Bedingungen einer Verständigung im Grunde eine solche bereits voraussetzen. Aber versuchen wir diese Aufgabe nicht kleinlich und eng zu beurteilen, sondern in der ganzen Größe und Weite einer schicksalvollen weltpolitischen Entscheidung. Die Antike wußte um die Notwendigkeit der Einheit der Gegensätze. Sie erkannte, daß das Wesen der „Polis" darin bestehe, eine „widerständige Harmonie" zu verwirklichen, Hepalos harmonia. Mehr noch als für die nationale ist für eine im Werden begriffene universale Polis eine Harmonie der Gegensätze die unerläßliche Voraussetzung.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Vom kalten zum heißen Krieg

Die Offenbarungen des William S. Schlamm

Immer mehr wächst die Zahl der Bundesdeutschen, die sich verzweifelt fragen, warum der Abbau des kalten Krieges nicht schneller vonstatten geht. Chrustschow und seine Parteigänger werden nicht müde, dem Westen Koexistenz, atomare und konventionelle Abrüstung, militärischen Rückzug aus Mitteleuropa, sowie Kultur-, Wirtschafts- und Nichtangriffsverträge vorzuschlagen. Jahrelang hat der Westen auf solche Angebote mit der Behauptung reagiert, daß der „Weltbolschewismus" stündlich zum Generalangriff gegen die „freie Welt" antreten könne und daß alle diese Vorschläge eitel Lug und Trug seien. Aber allmählich beginnen auch die leichtgläubigen Massen in den westlichen Ländern an der Richtigkeit solcher Prognosen zu zweifeln, und selbst führende Politiker des kalten Krieges wie Adenauer sprechen von der Wahrscheinlichkeit, daß Moskau keinen Krieg wolle, weil es für die Durchführung seines Siebenjahresplanes den Frieden braucht. Aber die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis bleiben aus. Nur zögernd ist man unter dem sowjetischen Berlindruck an den Konferenztisch gekommen, um schon kurz darauf wieder mit dem Abbruch zu drohen. Planmäßig holt man aus der politischen Mottenkiste Vorschläge hervor, von denen man weiß, daß Moskau nie über sie verhandeln wird.

Während die Genfer Atomkonferenz im Schneckentempo weiter geht, wachsen die Rüstungen in progressiver Steigerung. Woher dieser Widerspruch? Die Erklärung für dieses hinhaltende Verfahren kann nur in Gründen liegen, die nicht offen ausgesprochen werden. Darum ist es dankbar zu begrüßen, daß von Zeit zu Zeit ein General oder ein Publizist die heimlichen Gedanken solcher Strategen ausplaudert und ohne Schüchternheit von „Präventivkrieg", vom „großen Atomschlag" und vom „Ausradieren" spricht. Wir begrüßen daher das Erscheinen einer Schrift, die mit seltener Offenheit geheimste Gedanken der kalten Krieger ausspricht und deshalb in politisch interessierten Kreisen der USA und der Bundesrepublik starkes Aufsehen erregt hat. Wir meinen die Schrift von William S. Schlamm „Die Grenzen des Wunders, ein Bericht über Deutschland" (erschienen im Europa-Verlag, Zürich, 1959).

Als der Autor noch Willi Schlamm hieß, war er im kommunistischen Großverlag des Willi Münzenberg in Berlin tätig und redigierte 1933 die nach Prag emigrierte „Weltbühne". Nach Amerika ausgewandert, änderte der Exkommunist seine politischen Ansichten um 180 Grad. Er gelangte über „Life" und „Time" zur „National Review" des verstorbenen Senators McCarthy, wo er sich an der weltweiten Hexenjagd gegen alles beteiligte, was als kommunistisch gilt. Schlamm hat, wie er seinen Lesern erzählt, ein volles Jahr in der Bundesrepublik verbracht und mehr als tausend Deutsche um ihre Meinung befragt. Das Resultat ist eine Schrift, deren einzelne Kapitel eine Fülle von Widersprüchen und Ungenauigkeiten aufweisen, aber in ihrer dialektischen Geschliffenheit und der Verwegenheit ihrer Thesen aufreizend genug sind, um aus dem Buch vielleicht einen Bestseller zu machen. In Salons und Militärstäben diskutiert man das Buch, in Rundfunk und Presse ist darüber ein heftiges Für und Wider entbrannt. Es erfüllt also immerhin die Aufgabe, die Leser zu einer Stellungnahme zu zwingen.

Der Exkommunist Schlamm ist überzeugt, daß die Sowjetunion keinen Krieg will und wollen kann. „Die ungeheuerliche Essenz des Konfliktes zwischen dem Kommunismus und dem Westen . . . ist es, daß der Kommunismus am Frieden gedeiht, Frieden will, im Frieden triumphiert. Keine Verzweiflung der Mensch-

heitsgeschichte kann sich mit dieser vergleichen: Das Übel schießt hoch in jenem Lebenszustand, den alle westlichen Religionen uns gelehrt haben, in Gebeten zu erflehen — im gesegneten Lebenszustand des Friedens." Und der Westen? Er „geht an seiner Friedensgier zugrunde", denn ohne die Bereitschaft, einen Krieg nach dem anderen zu führen, gibt es — nach Schlamm — keine Rettung für den Westen. Welch ein erschreckendes Armutszeugnis für eine Welt, die sich frei nennt und sich der östlichen Welt unendlich überlegen wähnt! Noch nie in der Geschichte sind echte geistige Bewegungen — und als solche anerkennt Schlamm den Kommunismus! — mit militärischen Mitteln überwunden worden; im Gegenteil, ideelle Kräfte pflegen am Widerstand zu wachsen. Der Verfasser erinnert selber daran, daß der Kommunismus seit seinen Anfängen viele Gefahren zu bestehen hatte und daß er noch aus jedem Kampf stärker hervorgegangen ist. Aber der Westen kann sich nach Schlamms Meinung weder auf seine sittlich religiösen Werte noch auf die Werbekraft der demokratischen und sozialen Ideen verlassen, sondern nur auf die Treffsicherheit seiner Kernwaffen. Das ist ein vernichtendes Urteil über die Daseinsberechtigung der westlichen Lebensform. Träfe es zu, so würde es die endgültige Abdankung der abendländischen Völker bedeuten. Denn, so sagt der Autor, „Geschichte war immer das, was die Flamme der abstrakten Idee Menschen tun ließ." Demnach machen nur noch die Kommunisten Geschichte. Die Abendländer können ihr allenfalls durch Totalvernichtung ein Ende setzen.

Leider bleibt der Autor dieser provozierenden Behauptung jede Erklärung dafür schuldig, was er unter Kommunismus versteht. Er kennzeichnet den Kommunismus als die Welt der Wissenschaftsgläubigkeit, als wenn das allein für die Kommunisten kennzeichnend wäre. Er verzichtet auf jede Würdigung der sehr differenzierten Gesellschafts- und Wirtschaftsformen, die in den einzelnen kommunistischen Ländern heute bestehen. Er spricht vage von dem „Wachstum der Sowjetunion von einem zerstörten Staat von zweihundert Millionen zu einem mächtigen Imperium von einer Milliarde Untertanen." In schrecklicher Vereinfachung behandelt also Schlamm alle östlichen Länder einschließlich China als Teil des Moskauer Herrschaftsbereiches. Er geht auch sehr großzügig mit der Zeitgeschichte um. Für ihn sind die Sowjets Eindringlinge, die im Gegensatz zu den Westalliierten nichts in Europa zu suchen haben. „Im Jahre 1945 hätten die alliierten Armeen die Sowjets zwingen können, den Wünschen der Sieger (!) zu entsprechen und Europa zu räumen." Offenbar weiß der Verfasser nicht, daß Hitlers Angriffskrieg es war, der den russischen Koloß in Bewegung setzte, und der Sieg über Hitler ohne die Sowjets kaum möglich gewesen wäre.

Der Exkommunist Schlamm behauptet, daß man in der westlichen Welt das Wesen des Bolschewismus noch immer nicht begriffen habe. Seine Behauptung ist nicht neu, daß die kommunistische Revolution eines der ganz großen Erdbeben in der Menschheitsgeschichte sei, das den Menschen zwinge, seine ganze Existenz und seine Zivilisation noch einmal zu überprüfen. Nach Schlamm ist der Kommunismus „eine Mutation des Geistes, ein geistiges Abenteuer, die Synthese vieler Jahrhunderte von häretischer aber geistiger Unruhe in unserer Zivilisation." Nun, es hat mehrere solcher Revolutionen in der Menschheitsgeschichte gegeben, auch sie haben der Welt ihren Stempel aufgeprägt, ohne jemals ein letztes Wort zu sein. Die eschatologische Phantasie des Autors schießt weit über das Ziel hinaus, wenn er von einer „Endphase" redet, in der der Kommunismus „zum letzten Gefecht" antritt. Der Kommunismus sei zur Welteroberung mit unblutigen Mitteln angetreten, „er nähert sich seinem strategischen Ziel mit einer Präzision, deren noch keine Verschwörung (!) in der Weltgeschichte fähig war." Gegen diese Expansion einer zukunftsgläubigen, wissenschaftsgläubigen optimistischen Ideologie gibt es nach seiner Meinung nur noch das Risiko des Vernichtungskrieges, es sei

denn, der Kommunismus würde freiwillig kapitulieren. Vielleicht verrät sich hier der instinktive Haß des Renegaten, der sich einmal selbst dieser kommunistischen Idee verschrieben hatte. Seine Schrift erinnert jedenfalls an jenen „Hexenhammer", der im ausgehenden 15. Jahrhundert die schrecklichen Hexenverfolgungen eingeleitet hat.

In seiner Argumentation bedient sich der Verfasser aller Schlagworte und Kurzschlüsse des kalten Krieges und führt sie zugleich durch dialektische Übersteigerung ad absurdum. Für ihn ist jedes Verhandeln und jeder Kompromiß mit dem „Weltbolschewismus" gleichbedeutend mit der Kapitulation, Neutralität der politische Selbstmord, militärische Stärke die einzige Sprache, die der Osten versteht, falls er stündlich mit ihrem Einsatz rechnen muß. Für ihn gibt es keine Wahl zwischen Koexistenz und Vernichtung des Kommunismus. Das Roll back darf weder an der Oder-Neiße-Linie noch an der Weichsel Halt machen, denn solange der Bolschewismus besteht, wird er versuchen, die Welt zu unterjochen. Wer das nicht begreift, den trifft des Autors blutiger Hohn. Er spottet über Tagträumer und Kompromißler wie K e n n a n und L i p p m a n n, die sich einbilden, der Kommunismus werde eines Tages „von selbst" zusammenbrechen. Er macht sich lustig über E i s e n h o w e r s Wort, daß der Krieg undenkbar sei; er, Schlamm, hält ihn für denkbar, für wünschbar, ja für unvermeidlich. Der amerikanische Präsident ist für ihn kein harter Krieger, sondern ein politischer General, der „in offen eingestandener Hilflosigkeit" nicht begreife, daß für einen General der Krieg aber denkbar sein m u ß. Denn „wenn Kriege undenkbar würden, dann würden auch Außenpolitik und nationale Souveränität undenkbar." Für Herrn Schlamm ist heute noch der Krieg nichts anderes als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Dieser präventive Vernichtungskrieg muß und kann nur mit Kernwaffen geführt werden. In seinen Ausführungen über den „Kernskandal" erreicht der Autor den Höhepunkt seines Zynismus. Er zürnt bitter den Atomphysikern, diesen politisch schwachbrüstigen und ahnungslosen Zeitgenossen, die durch ihre Aufrufe die deutsche Atompanik ausgelöst hätten. Angeblich sollen diese Manifeste nur dem Zweck dienen, die Welt gegen die Vereinigten Staaten aufzubringen, weil diese nicht auf ihre Atomwaffen verzichten wollen. Um deren Harmlosigkeit zu erweisen, treibt der Autor ein rabulistisches Spiel mit Zahlen, gestützt auf Angaben des bekannten Pioniers der atomaren Rüstung, Edward T e l l e r. Warum haben, so sagt er zu den Schäden durch die Versuchsexplosionen, die Naturwissenschaftler nicht längst für die Einstellung der Autoproduktion plädiert, da dem Kraftverkehr doch jährlich Zehntausende von Menschen zum Opfer fallen? Wieviele Millionen, so fragen wir zurück, werden in Sekundenschnelle getötet und verstümmelt werden, wenn die Kernwaffen auf die großen Städte niedersausen, hundertmal größer als die Bombe von Hiroshima, die mehr als 200 000 Menschen das Leben gekostet hat? Oder weiß Herr Schlamm nicht, daß eine einzige Wasserstoffbombe die gesamte Explosivkraft aller Sprengkörper des zweiten Weltkrieges übertrifft, daß die Kernwaffenvorräte der Welt längst ausreichen, um die gesamte Weltbevölkerung mehr als zehnmal auszurotten. Er dekretiert nachdrücklich, daß wir die Anwendung der Kernwaffen der „Kapitulation" vor dem Kommunismus vorzuziehen haben, daß die gesamte Konzeption der Nato gegen den Kommunismus ausschließlich auf dem Einsatz der Kernwaffen aufgebaut ist. Er will mit Zahlen beweisen, daß das Stärkeverhältnis der Nato zur Sowjetunion an konventionellen Waffen 1 : 24 betrage, daß daher die konventionellen Streitkräfte des Westens nur dazu dienen könnten, die Atombasen gegen einen sowjetischen Überfall zu schützen. Natürlich wünscht der Autor ein Scheitern jeder atomaren Abrüstung. Seine große Sorge ist es, die Sowjets könnten sich vielleicht doch mit einer internationalen Atomkontrolle einverstan-

den erklären, um damit die atomare Entwaffnung des Gegners zu erreichen. Seine Sorge war nicht unbegründet, wie die sowjetische Bereitschaft auf der Genfer Atomkonferenz gezeigt hat. Freilich, ohne die Mobilisierung der öffentlichen Meinung durch die Stimmen der Naturwissenschaftler wäre an Atomstop heute noch nicht zu denken. Was aber die Stärke der konventionellen Waffen betrifft, so verschweigt uns der Autor, daß Moskaus Vertreter auf der vorjährigen Vollversammlung der Vereinten Nationen nachdrücklich eine Angleichung der konventionellen Rüstungen der Großmächte vorgeschlagen hat, und zwar auf der Basis von je 2,5 Millionen Mann für die USA und die Sowjetunion und je 1,75 Millionen für England und Frankreich. Schlamm verschweigt das, weil er seinen Atomkrieg haben will. „Für die unbestimmten, inkohärenten, phrasenhaften Gegner des Atomtodes habe ich nichts übrig als Verachtung."

Wie soll nun die westliche Atomoffensive gegen die friedensgierigen Sowjets durchgeführt werden? Europa ist in den Augen des Autors auch heute noch der Machtschwerpunkt der Welt und Deutschland das Einfallstor nach West und Ost. Daher muß der Angriff von Deutschland aus gegen den Weltkommunismus vorgetragen werden. Schlamm liebt diese Deutschen nicht, in deren Herzen der Antisemitismus noch nicht erloschen ist. Aber er schätzt sie als gute Soldaten und hält den amerikanischen Lesern vor, daß die Deutschen nach dem Zusammenbruch einen Wiederaufbau geleistet haben, der einen Weltrekord darstellt. Den Welteroberungszielen der Sowjets will er die „Mobilisierung der deutschen Kräfte für eine westliche Entschlossenheit" entgegensetzen. Die Nato ist ihm viel zu schlapp, zu unentschlossen, er hält nicht viel von der französischen Natotreue, der englischen oder gar der italienischen Waffenhilfe. Aber die Deutschen, die sich in 10 Jahren nach der schwersten Niederlage ihrer Geschichte aus eigener Kraft regeneriert haben, die nächst den USA heute der stärkste Wirtschaftsfaktor der westlichen Welt sind und die bereits wieder die beste Armee des Kontinents besitzen, die Deutschen allein zählen als Faktor im Kampf gegen den Kommunismus. „Wenn Amerika die Chance ergreift, könnte dasselbe Deutschland, das die Anständigkeit des Alltags erlernt hat, den Westen retten." Anständigkeit des Alltags — so nennt Schlamm die deutsche Bereitschaft zur atomaren Selbstvernichtung!

Wie der Autor seinen amerikanischen Lesern den deutschen Bündnispartner ins hellste Licht stellt, so winkt er den Deutschen mit verlockenden Aussichten: „Befreiung" des von den Sowjets geraubten Landes, Wiederherstellung der Grenzen von 1933, Rückführung der deutschen Flüchtlinge in die verlorene Heimat. Freilich muß dazu das deutsche Volk erst „moralisch" aufgerüstet werden. Schlamm hat auf seiner Entdeckungsreise durch die Bundesrepublik festgestellt, daß die meisten Menschen in Wohlleben und Selbstzufriedenheit ersticken, daß ihnen das Schicksal der 17 Millionen herzlich gleichgültig ist, daß sich die Flüchtlinge schon weitgehend in ihrer neuen Umwelt zurecht gefunden haben. Er bezeichnet die Deutschen von heute im Gegensatz zu früher als das pragmatischste, nüchternste, ideenfernste Volk der Welt. Es gebe in Deutschland, so schreibt er, keine Partei mehr, nur noch Kunden; die SPD sei gegen die Sowjetunion aus Anständigkeit wehrlos, die Presse schreibe durchweg neutralistisch (!), die Intellektuellen litten an Aufweichungserscheinungen. Nur die Massen sind noch gesund, nämlich konservativ, sie stehen mehrheitlich hinter Adenauer. Der Bundeskanzler ist zwar kein Genie, aber ein „elementarer Mensch von festem Schritt", zuverlässiger Antikommunist und Amerikafreund und jedenfalls ein einzigartiger Glücksfall für die Deutschen. Aber Amerika, so drängt der Autor, müsse sich beeilen, denn auch dieser Mann ist sterblich, und sein Tod könnte schwere Folgen haben, schwerer als der Tod des Führers in einer Diktatur — weil in der Demokratie die Massen unpolitisch und träge seien! Schlamm sieht nur einen Mann,

der Adenauers Erbe gemeinschaftlich mit den USA vollenden könnte: Strauß. „Dieser junge Mann ist wahrscheinlich das einzige politische Talent, das in Adenauers unfruchtbarem Regierungsgarten gewachsen ist." So also malt sich in den Augen eines heißen Kriegers die abendländische Mission der Bundesrepublik.

Schlamms großer Plan ist das Militärbündnis zwischen Washington und Bonn gegen die Sowjetunion. Vorher sollen die USA ihren Sonderfrieden mit „Deutschland" schließen — für ihn ist die Bundesrepublik der einzige Rechtsnachfolger des Reiches, der einen einklagbaren Anspruch auf die Herausgabe der widerrechtlich von den Sowjets besetzten Zone hat. Daher gibt es für ihn auch weder Gespräche noch Anerkennung. Noch eine Konföderation, „in der Ulbrichts Verschwörerbande die Staatsmacht in der Bundesrepublik erlangt und damit Westeuropa für die Sowjets erobert." Das ist eine Tonart, die selbst die kältesten Krieger bei uns erblassen läßt. Die Vereinigten Staaten müßten der Sowjetunion begreiflich machen, „daß eine fortgesetzte Besetzung Ostdeutschlands nicht nur eine Verletzung der deutschen Souveränität und des Völkerrechts, sondern auch ein feindseliger Akt gegen die Vereinigten Staaten sei." Der Sowjetunion bleibt also nach Schlamm nur die Wahl, sich vor der vereinigten amerikanisch-deutschen Atomdrohung zurückzuziehen und als Regime und Staat zu kapitulieren oder „ausradiert" zu werden. Welch zaghaftes Unternehmen war gegenüber dieser Schlamm-Strategie das Roll back der Staatssekretäre Acheson und Dulles, obgleich auch sie kühn genug hart am Rande des Abgrundes zu balancieren liebten. Wer nur balanciert, braucht nicht zu fallen. Aber dieser Stratege will geradezu vornüber fallen in den aufgesperrten Rachen der atomaren Totalvernichtung. Denn wann in aller Welt gab es eine Großmacht, die ohne Widerstand vor einem feindlichen Ultimatum kapituliert hätte: Die Moskauer Atomraketen sind ebenso schnell und wahrscheinlich ebenso präzise wie die amerikanischen.

Schlamms Schrift strotzt vor Überspitzungen, Widersprüchen, Herausforderungen. Bei aller dialektischen Geschliffenheit ist seine Argumentation nicht aus Vernunfturteilen, sondern aus Emotionen geboren, und er selber leugnet dies nicht. Wir sollten daher nicht jedes seiner Worte auf die Goldwaage legen. Aber das Unheimliche ist, daß die von ihm entwickelte Strategie den Schlüssel für viele sonst unbegreifliche Worte und Taten gewisser mächtiger Kreise des Westens darbietet. Daß diese Schrift gerade in maßgebenden militärischen und zivilen Kreisen der Bundesrepublik größeres Aufsehen erregt hat als ähnliche frühere Publikationen aus den USA, zeigt, daß hier geheimste Gedanken und Sehnsüchte ans Licht gebracht wurden, genau so emotional und vernunftwidrig wie in den Konzeptionen unserer kalten Krieger.

Diese Konzeptionen schonungslos enthüllt zu haben, wie William S. Schlamm in den „Grenzen des Wunders" tut, darin liegt sein Verdienst.

Dr. Achim von Borries

Der Mythos der 5. Republik

Mit einem merkwürdigen Schau-Spiel feierte Frankreich in diesem Jahr den 14. Juli, seinen traditionellen Nationalfeiertag, der das Gedächtnis des revolutionären Bastille-Sturms, die Erinnerung an den Aufstand des Volkes von Paris 1789 bewahrt. Die Regierung de Gaulle hatte schon vorher verkündet, es werde der „großartigste" quatorze juillet seit Menschengedenken werden. Nun — die spektakuläre Show wurde zu einem getreuen Spiegelbild all der widerspruchsvollen Elemente, die heute den Gaullismus und mit ihm das „neue" Frankreich bestimmen. Es war eine organisierte Festlichkeit, mit riesigem Aufwand inszeniert von André Malraux, dem bedeutenden Schriftsteller, ehemals linksradikalem Spanien-Kämpfer, heute Kulturminister der Regierung, eingeschworen auf die „Persönlichkeit" von „Le General"! Einer „glanzvollen" Militärparade folgte ein ausgedehntes Volksfest. In wohltönenden Reden hörte man viel von Liberté, Egalité und Fraternité. Scheinbar beschwor das autoritäre Regime von 1959 die revolutionär-demokratischen Traditionen von 1789. In Wahrheit aber feierte es nur sich selbst, und die Massen wurden herbeigerufen, einer peinlichen Maskerade beizuwohnen. Das autoritäre Frankreich usurpierte die in der 3. und 4. Republik entleerte Überlieferung des Demokratischen, um auf diese Weise den Massen die „nationale Erneuerung" zu suggerieren, die der General de Gaulle als seine Mission ansieht*). Es wäre falsch, in all dem lediglich einen üblen Volksbetrug oder das übliche panem et circenses zu sehen. Vielmehr dokumentierte dieser 14. Juli die Tendenz des Regimes de Gaulle, einen neuen nationalen Mythos zu schaffen und durch diesen Mythos die Volksmassen an sich zu binden. Der Mythos setzt die Massen in Bewegung, als Gefolgschaft des Generals, und er verdeckt zugleich die tiefen Widersprüche zwischen Ideologie und Wirklichkeit im heutigen Frankreich. Durch die scheinbare Anknüpfung an die Tradition von 1789 wird diese Wahrheit vollends pervertiert — von einer Regierung, die den Parlamentarismus ganz offen zu einem politischen Leichnam, das Parlament selbst zu einem Statisten auf der politischen Bühne erklärt hat und in der der mehr oder weniger offen faschistische Jacques Soustelle Ministerkollege des „Persönlichkeits"-Anhängers mit linksradikaler Vergangenheit André Malraux ist. Von Liberté, Egalité und Fraternité war aber auch noch in anderem Zusammenhang die Rede, wie denn überhaupt der stark deklamatorische Charakter des Regimes unverkennbar ist. Dieser 14. Juli sollte — und auch das gehört zu jenem Mythos — auch der Tag der neu geschaffenen „Communauté", der „Französischen Gemeinschaft", das heißt der nach wie vor von Frankreich geleiteten Gemeinschaft ehemaliger französischer Kolonialgebiete sein. Am 15. Juli wurde in Paris der „Senat der Communauté" eröffnet, am Tage zuvor hatte General de Gaulle selbst diese „neue Gemeinschaft" emphatisch als einen „Dienst Frankreichs an der Menschheit" gefeiert. Dies alles, daran sei nur kurz erinnert, in einem Augenblick, da das Frankreich von 1959 in Algerien noch immer einen erbarmungslosen Ausrottungskrieg gegen die für die Liberté, Egalité und Fraternité des algerischen Volkes kämpfende Unabhängigkeitsbewegung führt! —

Bombastische Reden, prunkvolle Aufzüge, viel Dekoration: das charakterisiert

*) Bekanntlich hatten auch die kolonialistisch-faschistischen Putschisten des 13. Mai 1958 in Algier die Tradition des revolutionären demokratischen Frankreich usurpiert, indem sie sich in „Wohlfahrtsausschüssen" organisierten ...

nicht nur den 14. Juli der 5. Republik, sondern diese selbst. All das ist die Inszenierung eines „neuen" romantischen, in erster Linie militärischen Nationalismus. Die 3. und die 4. Republik hatten in den kleinbürgerlichen Schichten Frankreichs eine fortschreitende Staatsverdrossenheit, in der Arbeiterschaft eine beträchtliche Staatsfeindschaft hinterlassen und damit ein ideologisches Vakuum, das nun der neue Mythos der 5. Republik aufheben soll. Diese Mobilisierung der Massen steht im Zeichen der zwei mythischen Begriffe, die de Gaulle immer wieder beschwört: „Grandeur" und „Gloire", deren Subjekt „La France" ist. Zur Massenwirkung dieser Beschwörung eines romantischen Nationalismus trägt wesentlich bei, daß der General offensichtlich selbst dem Zauber der von ihm propagierten Ideologie verfallen ist — während ein großer (und vermutlich der einflußreichste) Teil seiner Hintermänner in diesem nur ein Mittel sieht, die Massen für bestimmte Sonderinteressen marschieren zu lassen. General de Gaulle ist selbst ein Teil des Mythos der 5. Republik: als die charismatische „Persönlichkeit", die emphatisch erklären kann: „La France c'est moi", als „Le General", dessen Eingebungen man blind vertraut. Dieser charismatische Führer war 1958 der „Retter" der „Nation" — vor Chaos, Bürgerkrieg, Kommunismus, Faschismus. Die Faschisten, die wußten, in welchem Sinne sie sich seines großen Nimbus bedienen konnten, erpreßten die Nation, indem sie sie vor die Alternative stellten: entweder ein autoritäres Regime de Gaulle von Gnaden der extremen Rechten oder der offene Kolonial-Faschismus von Gnaden der Armee! Seitdem gilt das autoritäre Regime innerhalb und außerhalb Frankreichs als „das kleinere Übel" — jenseits der Herrschaft von Faschisten oder Kommunisten. Aber es ist nicht mehr zu übersehen, daß gerade dieses „kleinere" Übel der Keim weit größerer Übel werden kann. Auch der Mythos kann darüber nicht hinwegtäuschen. Ja er selbst erweist sich als widerspruchsvoll. Denn dem „Retter" im ersten Akt sollte ja der „Erneuerer" folgen: und als solcher hatte de Gaulle sich selbst angepriesen. Aber niemand wußte genau, von welcher Art diese „Erneuerung" sein sollte, er selbst und seine Gefolgsleute ließen sich darüber nicht aus, doch gerade das Unbestimmte der volltönenden nationalen Verheißungen wirkte in einer ehemals stolzen und mächtigen, von nationaler Eitelkeit niemals freien, in den letzten Jahrzehnten aber infolge einer wahrhaft blinden Cliquen-Interessen-Politik politisch degenerierten und international immer neu gedemütigten Nation. Niemand hatte eine genaue Vorstellung von der großen, mächtigen, erhabenen Zukunft, ja niemand wußte, wie sie überhaupt aussehen könnte angesichts der Realitäten des 20. Jahrhunderts. Aber der Gedanke an „Grandeur" und „Gloire" schmeichelte um so mehr, als er in den Kundgebungen des Generals verbunden war mit einem neuen Missions-Bewußtsein, mit dem Gedanken an die „Aufgabe" Frankreichs — an „Europa", an der „Zivilisation", an der „Menschheit". Fraglos hatte und hat diese unermüdliche Agitation ihre massenpsychologischen Wirkungen. Und diese Wirkungen werden vermutlich das heutige Regime selbst überleben, dessen zweideutiger Übergangs-Charakter sich heute schon erkennen läßt. Damit aber berühren wir eines der Grundprobleme dieser 5. Republik. Wie steht es, jenseits von Mythos und Deklamationen, in Wirklichkeit um die verheißene „Erneuerung" der „grande nation"? Es ist nur legitim, nach zwölf Monaten „charismatischer" Herrschaft diese Frage zu stellen.

Die Wirklichkeit

Die 5. Republik krankt heute schon in lebensgefährlicher Weise daran, daß allzuviele und ganz verschiedenartige, ja einander geradezu widersprechende Hoffnungen sich mit der „Machtübernahme" de Gaulles verbanden. Sobald der Gene-

ral wirklich Politik machen, konkrete Entscheidungen treffen mußte, mußten auch diese Gegensätze hervortreten. Und das bedeutsamste Faktum in der heutigen politischen Wirklichkeit Frankreichs, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind, ist denn auch dies: es gibt heute weniger denn je einen einheitlichen Gaullismus, und zwar weder eine relative Einheit der politischen Zielsetzung noch eine der ideologischen Bindung. In den Machtkämpfen innerhalb der Union für die Neue Republik (UNR), ja in den Machtkämpfen im Schoße der Regierung selbst fällt in diesen Monaten eine Vor-Entscheidung über das Schicksal der gaullistischen Bewegung, Frankreichs und auch — de Gaulles. Die „linken" Gaullisten, unter Chalandon und Michelet (die, wie de Gaulle selbst, eine ‚liberale' Algerien-Lösung befürworten und auch das autoritäre Regime im Mutterland relativ ‚liberal' zu halten wünschen, vor allem aber die unbedingte Autorität des Generals anerkennen) werden heftig bedrängt von den Anhängern einer faschistischen „Lösung" in Frankreich und einer rein militärischen in Algerien. Daß Macht und Einfluß dieses von Soustelle und Delbecque geführten Flügels immer größer werden, stellen alle Beobachter der französischen Szene übereinstimmend fest. Man hat in den letzten Monaten innerhalb und außerhalb Frankreichs immer wieder die beschwichtigende Erklärung vernommen, de Gaulle selbst sei doch „kein Faschist". Abgesehen davon, daß der General zumindest alles andere als ein Anhänger des parlamentarisch-demokratischen Systems ist, abgesehen davon auch, daß seine politischen Gesinnungen und Ziele bis heute nicht eindeutig feststellbar sind, und schließlich auch einmal davon abgesehen, daß er sein persönlich-autoritäres Regime nur mit Hilfe der faschistischen Kräfte in den eigenen Reihen hat etablieren können: politisch entscheidend ist heute nur noch, ob und wieweit er sich überhaupt gegen diese seine faschistische Gefolgschaft noch durchsetzen kann! Und zwar in den entscheidenden Fragen durchsetzen kann. Das heißt: welche effektive Macht hat er noch, ein langsames Abgleiten seines Regimes in einen militant-nationalistischen Faschismus zu verhindern? Es ist eine Tatsache, daß die Extremisten um Soustelle heute schon die wichtigsten Schlüsselstellungen des Staatsapparates besetzt halten, daß sie die öffentliche Meinung „machen" und kontrollieren. Es ist bekannt, daß sie geradezu feindselig reagieren auf alle Andeutungen des Staatschefs hinsichtlich einer liberalen Algerien-Lösung. Der Gaullismus ist heute mehr denn je gespalten, und der rechte Flügel identifiziert sich keineswegs mehr mit dem Mann, der als „Retter" Frankreichs auch der UNR zur Macht verholfen hat, dessen „Erneuerung" aber nicht radikal genug ist nach der Meinung dieses rechten Flügels und auch einflußreicher Kräfte in der Armee. Bereits scheint der General auch dieses Machtinstruments keineswegs mehr absolut sicher zu sein*). Schon jetzt hat de Gaulle Mühe, sich gegen die extremen Kräfte in den eigenen Reihen zu behaupten — kann er überhaupt noch daran denken, seine eigenen politischen Konzeptionen gegen sie durchzusetzen? Konzeptionen, deren konkreter Gehalt ohnehin niemand genau kennt, die vielmehr völlig umnebelt werden von jener romantisch-nationalistischen Ideologie, zu deren Gefangenen sich der General selbst gemacht hat. Es gehört zu diesem nationalpolitischen Mythos der 5. Republik die Vorstellung, die Lebensprobleme einer mit kolonialistischen Hypotheken schwer belaste-

*) Siehe die Feststellung des stets ausgezeichnet unterrichteten Korrespondenten der Stuttgarter Zeitung und des Rheinischen Merkur in Paris, Alfred Lang, im Rh. M. vom 5. Juni 1959: „De Gaulle war bei dem traditionell mit der äußersten Rechten verbündeten Offizierskorps und besonders bei der Marine nie beliebt. Er hat sie unter sein Joch gezwungen. Wenn das Joch fällt, werden sie sich an der Republik rächen wollen. Die faschistischen Bünde sind bereit, mit der Armee zu marschieren."

ten, innerlich zerrissenen Industrienation wie Frankreich ließen sich durch eine charismatische Ein-Mann-Herrschaft „lösen". Diese irrationale Vorstellung, die Flucht in den blinden Glauben an die „Persönlichkeit" ist ein entscheidendes Element aller autoritären Bewegungen des 20. Jahrhunderts. In Wahrheit ist auch der „Führer" de Gaulle auf einen Apparat angewiesen, mit dem er regiert. Die Frage ist somit: w e r sitzt in diesem Apparat an den entscheidenden Posten und wessen „Erneuerung" meinen d i e s e Kräfte, wenn sie von der „Erneuerung Frankreichs" sprechen, um die Massen zu mobilisieren? Die Soustelle und Delbecque haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß Nimbus und Stellung de Gaulles für sie nur ein Mittel sind, das sie in ihr eigenes politisches Spiel eingesetzt haben, ohne daß sie sich an es gebunden fühlen. Sie würden nicht zögern, den General abzuschieben, wenn er ihr Spiel ernstlich durchkreuzen oder auf die Dauer hindern würde. Vorläufig bereiten sie ihre faschistische Machtergreifung hinter der Nebelwand des gaullistischen Mythos vor, von dem sie erhoffen, daß er i h n e n auf die Dauer die aufgeputschten Massen zutreiben werde, vor allem das nationalistisch fanatisierte Kleinbürgertum. Wer hindert heute diese dynamischen Faschisten in der gaullistischen Bewegung an einer fortschreitenden stillen Eroberung der wichtigsten Staatsorgane? Dem Parlament — in der Nationalversammlung haben die Regierungsparteien, die gaullistische UNR und die Unabhängigen und Bauern P i n a y s ohnehin die Mehrheit — ist erst kürzlich vom Verfassungsrat der Republik seine Ohnmacht drastisch bestätigt worden*). Die Regierung D e b r é regiert also faktisch ohne wirksame Kontroll- und ohne effektive Einspruchs-Möglichkeit von seiten irgendeiner gewählten, nicht-gouvernementalen Instanz. Und es wird längst bezweifelt, ob Monsieur Debré die Politik des Staatschefs oder nicht vielmehr seine eigene, d. h. die des rechten Flügels der Gaullisten treibt. Jedenfalls ist schon heute der Spielraum des „Retter-Erneuerers" gegenüber seinen eigenen Gefolgsleuten sehr eingeengt: ein rechtsextremer Gaullismus ohne de Gaulle, der den General geradezu des „Verrats" an der „Erneuerung" bezichtigt, ist durchaus denkbar! (Während ein de Gaulle ohne rechten Gaullismus vorerst nicht mehr ist als — die vorletzte Hoffnung der demokratischen Mitte und Linken!)

All das tritt an dem Problem zutage, das auch für die 5. Republik das Schlüsselproblem ist: A l g e r i e n. An diesem Problem scheiden sich wie in der 4. so auch in der 5. die Geister. Seine Schatten fallen auf jede Lebensäußerung des heutigen Frankreich. Und wenn General de Gaulle von den einen in der Hoffnung herbeigerufen wurde, er allein könne noch eine primär politische, liberale Lösung, ohne katastrophalen Ausgang für Frankreich, durchsetzen — und wenn die anderen von ihm gerade die „absolute" militärische Lösung mit anschließender ‚Integration' erwarteten — a l l e diese so diametral entgegengesetzten Hoffnungen hat er bisher enttäuscht. Es gibt keinen Sektor des öffentlichen Lebens der Nation, der davon nicht berührt würde. Und wie immer es um die „wirtschaftliche Gesundung" Frankreichs in den letzten Monaten stehen mag — eine „Gesundung" überdies, die vor allem der Großbourgeoisie zugute gekommen ist und auf Kosten der Lohn- und Rentenempfänger geht, so daß sie die sozialen Span-

*) Der Verfassungsrat entschied am 30. Juni, daß einmalige wöchentliche Interpellationen an die Regierung und anschließende Abstimmungen im Senat und in der Nationalversammlung n i c h t zulässig seien. — Der Pariser Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen schrieb dazu: „Erst jetzt scheint man sich Rechenschaft darüber zu geben, in welch großem Ausmaß dem Parlament Kontroll- und Mitspracherecht genommen sind." (FAZ, 2. 7. 59.)

nungen weiter erhöht hat*) — all das bleibt vorerst sekundär gegenüber der Tatsache, daß Algerien noch immer die offene Frage ist, die es schon für die 4. Republik war. Die fatale Ohnmacht de Gaulles gegenüber seinen eigenen faschistisch-kolonialistischen Gefolgsleuten, aber auch das Wirklichkeitsfremde seiner eigenen Konzeption eines ‚mittleren Weges' zeigt sich darin, daß er es in diesen mehr als zwölf Monaten nicht vermocht hat, das Problem der verheißenen ‚liberalen' Lösung (bei der Frankreich das Gesicht wahren und doch auch dem Selbständigkeitsanspruch der Algerier entgegengekommen werden soll) näher zu führen, geschweige eine solche Lösung durchzusetzen. Diese, die entscheidende Machtprobe hat er noch nicht bestanden. Und es erscheint sehr zweifelhaft, ob die Zeit für ihn arbeitet. Faktisch hat de Gaulle, wenn auch ideologisch etwas verklausuliert, die Algerien-Politik der 4. Republik übernommen, indem er den Algeriern die staatliche Unabhängigkeit verweigert und den Krieg fortsetzt. Noch immer steht ein gewaltiges militärisches Aufgebot von beinahe einer halben Million Mann in Algerien: und diese Armee hat es in einem mehr als vierjährigen furchtbaren Krieg nicht fertiggebracht, die von den Franzosen noch immer als „Aufständische" und „Terroristen" deklarierte algerische Freiheitsbewegung niederzukämpfen oder sie auch nur so entscheidend zu schwächen, daß sie auf die Unabhängigkeitsforderung verzichtet. Das allein ist Beweis genug dafür, daß es sich hier um einen von der Mehrheit des algerischen Volkes unterstützten Freiheitskampf, auf französischer Seite aber um nichts anderes als einen verzweifelten Kampf zur Aufrechterhaltung kolonialistischer Herrschaftsformen handelt. De Gaulle selbst scheint noch der illusionistischen Vorstellung anzuhangen, der Unabhängigkeitswille der Algerier, der in den Jahren des Kampfes nur gewachsen und durch einen furchtbaren Blutzoll besiegelt worden ist, lasse sich noch beschwichtigen. Indes dürfte heute mehr denn je außer Zweifel stehen, daß die Anerkennung der Unabhängigkeit eines algerischen Staates die politische und psychologische Voraussetzung jener Partnerschaft zwischen Frankreich und Algerien ist, von der de Gaulle so oft spricht. Das Programm de Gaulles kommt offensichtlich zu spät. Die fanatischen ‚Integrationisten' halten in ihrer Forderung nach dem „militärischen Triumph" fest, und sie werden von der immer mehr in die Bahnen eines verschwommenen Elite- und Missions-Gedankens geratenden Armee mehr oder weniger offen unterstützt. So geht denn das Morden weiter. Der Mythos von „Rettung" und „Erneuerung" zerstiebt hier, wo sich hart im Raume die Dinge stoßen. „Grandeur" und „Gloire" — sie können diese Wirklichkeit nicht mehr verdecken: den alltäglich gewordenen, unbarmherzigen Terror und Gegenterror, das entsetzliche Elend der mehr als 1 Million Algerier, die ihr Dasein in französischen ‚Umsiedlungs'- und Konzentrationslagern fristen, den Hunger und das Dahinsterben von Müttern und Kindern. Militärisch kann Frankreich diesen Krieg nicht gewinnen — politisch und moralisch hat es ihn längst verloren. Aber gerade das dumpfe Wissen darum steigert nur wieder den verzweifelten Fanatismus, mit dem es dieses hoffnungslose, zermürbende kolonialistische Rückzugsgefecht austrägt. Haß, Rache, Terror nehmen weiter zu,

*) Es ist eine bemerkenswerte Nuance im Entwicklungsprozeß des gaullistischen Faschismus, daß die Extremisten in der UNR gerade diese Begünstigung der Großbourgeoisie durch die Wirtschaftspolitik de Gaulles und Pinays gegen de Gaulles autoritären „Liberalismus" ausspielen: die antikapitalistischen Ressentiments vor allem des nationalistischen Kleinbürgertums werden von Soustelle und Delbecque ideologisch und politisch zugunsten des Kolonial-Faschismus organisiert. Jenes Unbehagen gegenüber dem Großkapital soll in die Bahnen eines „nationalen Sozialismus" geleitet werden, als dessen „Führer" sich vor allem Soustelle empfiehlt.

auf beiden Seiten. Der Abgrund wird immer tiefer. Kann Frankreich diesen Krieg schon nicht gewinnen — so lautet die Ideologie dieses Terrors — so soll es doch das algerische Volk erst noch so weit wie möglich dezimieren und ausrotten. Gewiß, es ist eine fanatisierte Minderheit, die dergleichen propagiert, den blindwütigen Rassen-Haß hochpeitscht. Aber dieser Minderheit ist heute, in der Aera de Gaulles, das öffentliche Leben Frankreichs ausgeliefert, auch wenn der Staatschef selbst sich nicht mit ihr identifiziert. Sie erstickt die Stimmen der Vernunft und Menschlichkeit, sie schürt die kleinbürgerlichen Ressentiments gegen die kritischen Intellektuellen, die der neuen nationalpolitischen Mythologie entgegentreten*). Auch diese Feindschaft gegen „die Intellektuellen", die von Soustelle und Co. pauschal als „Kommunistenjünger" deklariert werden, ist ein präfaschistischer Zug. De Gaulle selbst hat eine gefährliche Saat gesät mit seinem Mythos von „Grandeur" und „Gloire" und seiner primär militärischen Auslegung dieser Begriffe! So wird die „Erneuerungs"-Ideologie immer mehr zur Fassade des kolonialistischen Nationalismus. Gerade das Mißverhältnis zwischen den effektiven nationalpolitischen und kolonialistischen Möglichkeiten des heutigen Frankreich und diesen neu erweckten nebulösen Hoffnungen und Ansprüchen ist besonders gefährlich: droht doch der Umschlag in einen neuen Radikalismus aus Enttäuschung, wenn der „Erneuerer" nicht bald die „Mission" erfüllt, die er selbst propagiert. Die Soustelle und Co. werden sich auf das Geschäft verstehen, d i e s e Enttäuschung faschistisch auszubeuten. Sie werden „Verrat" rufen und dem heutigen Regime „Schwäche" gegenüber „Kommunisten" und „Intellektuellen" vorwerfen. Die wirklichen Kommunisten aber werden gerade in einer solchen fortschreitenden Selbstzerstörung eines radikalisierten Frankreich ihre große Chance sehen. Noch immer war es die Taktik der extremen Linken wie der extremen Rechten, den Massen zu suggerieren, es gäbe n u r noch die Alternative: Kommunismus o d e r Faschismus! Es ist durchaus denkbar, daß eines nicht allzu fernen Tages die Massen in Frankreich von dem Glauben an die Unausweichlichkeit dieser Alternative überwältigt werden. So ist denn die Gefahr einer bürgerkriegsartigen Entwicklung keineswegs gebannt. Dieser Bürgerkrieg aber würde zugleich ein Rassenkampf sein.

D i e F l u c h t n a c h v o r n

Der Mythos der 5. Republik putscht die irrationalen nationalistischen Instinkte auf, er verheißt eine „Dynamik" und „Bewegung", ohne eindeutig das „Wohin" dieser Bewegung zu bestimmen. So erschwert er die Besinnung auf die Erfordernisse einer verantwortungsbewußten, konstruktiven, nüchternen Politik. Die algerische Misere und die innenpolitische Labilität des Regimes sollen nun im nationalpolitischen Bewußtsein der Franzosen verdrängt werden durch den Aufbau einer neuen großen Militärmacht, auf den die Repräsentanten des Regimes immer wieder hinweisen. Es ist nur natürlich, daß diese Militärmacht mehr und mehr zum einzigen konkreten Inhalt jenes Missions-Nationalismus wird, zu dem sich de Gaulle bekennt und den wir als den Mythos der 5. Republik erkannt haben. Im Mittelpunkt dieser Aktivität steht nach wie vor die Arbeit an der französischen A t o m b o m b e. Sie soll Frankreich, nach dem erklärten Willen de Gaulles, dazu verhelfen, weltpolitisch wieder „die Rolle zu spielen, die ihm

*) Die Regierung Debré ließ Mitte Juni die gesamte Auflage des in den Editions de Minuit, Paris, erschienenen Buches „La Gangrène" (Das wuchernde Geschwür) beschlagnahmen, in dem über die Folterung von fünf algerischen Studenten, die verdächtigt wurden, Verbindungen zu den Aufständischen zu haben, durch die Pariser Polizei berichtet wird.

zukommt". Damit aber wird der nationalpolitische Ehrgeiz Frankreichs auch ein weltpolitisches Problem, wie er längst ein Nato- und ein Europa-politisches Problem ist. Für de Gaulle ist die französische Atombombe in erster Linie eine Prestige-Angelegenheit, und zwar auch seines eigenen innenpolitischen Prestiges. So werden in Paris alle anderen außenpolitischen Überlegungen ihrem Bau untergeordnet. Das geschieht in einem Augenblick, da die ganze Welt noch immer auf einen Erfolg der Genfer Verhandlungen der bisherigen Atommächte über einen Stop aller Nuklearwaffen-Versuche hofft und die Bemühungen weitergehen, aus Gründen der weltpolitischen Sicherheit eine Ausdehnung dieses Kreises der Nuklearmächte zu verhindern. Frankreich hat bereits erklärt, es werde sich an keinerlei Übereinkommen der anderen Großmächte gebunden fühlen. Auch die Taktik des französischen Vertreters auf der Außenministerkonferenz in Genf ist nur in diesem Zusammenhang zu verstehen. Die französische Regierung fürchtet heute jede relative weltpolitische Entspannung, die zu Abrüstungsgesprächen und zu einer gewissen Annäherung der beiden deutschen Staaten führen könnte. Zweifellos hofft General de Gaulle auch, die Existenz der französischen Atombombe werde Frankreich in die Lage versetzen, auch innerhalb der Nato in verstärktem Maße jene „Ansprüche" gegenüber den Verbündeten durchzusetzen, die kürzlich zur abrupten Verlegung amerikanischer Luftwaffen-Einheiten von Frankreich nach der Bundesrepublik und nach Großbritannien geführt haben. Die eigensinnig-nationalistische Militärpolitik Frankreichs hat bereits die bisherige Struktur der Nato wesentlich aufgeweicht, wie die Anti-Freihandelszonen-Politik der französischen Regierung die europäische Zusammenarbeit beträchtlich kompliziert hat. — So ist auch die nationale Bombe ein Element des neuen nationalpolitischen Mythos, der die Politik de Gaulles bestimmt. Auch sie soll — als eine angesichts der realen Machtverhältnisse tragikomische, aber nichtsdestoweniger sehr gefährliche weltpolitische Hochstapelei — offensichtlich die Franzosen darüber hinwegtrösten, daß die eigentlichen Lebensprobleme Frankreichs nach wie vor ungelöst sind. Je länger aber eine Lösung d i e s e r Probleme auf sich warten läßt, desto unheilbarer krank wird Frankreich, trotz aller Ideologie der „Grandeur" und „Gloire"! — Aber nicht nur das. Der ungehemmte nationale Atombomben-Ehrgeiz hat auch bereits zu einer neuen Belastung des ohnehin heiklen Verhältnisses Frankreichs zu den unabhängigen west- und mittelafrikanischen Staaten geführt. Vor einiger Zeit kündigte Paris an, in Kürze würden in der Sahara die ersten französischen Atombomben-Versuche stattfinden. Daraufhin protestierten Ghana, Liberia und Ostnigerien bei der französischen Regierung, weil sie von diesen Experimenten nicht ohne Grund eine Gefährdung ihrer eigenen Territorien befürchten. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Ghana sind seit Anfang Juli besonders gespannt, da die Regierung in Accra die algerische Exilregierung de facto anerkannt hat. Es zeigt sich auch hier, zu welchen gefährlichen, nicht nur Frankreich angehenden Weiterungen der algerische Krieg je länger desto mehr führt. Denn es ist nur allzu begreiflich, daß die afrikanischen und arabischen Völker den Freiheitskampf des algerischen Volkes moralisch, materiell und wo es geht auch politisch unterstützen, daß sie in Frankreich den Erzfeind des Unabhängigkeitsstrebens der Farbigen sehen*).

Kann nun die C o m m u n a u t é — auch sie Teil des neuen Mythos, des Missions-Nationalismus — dazu beitragen, diese Feindschaft und dies Mißtrauen einzudämmen? Sie ist am 14./15. Juli in Paris mit viel Vorschußlorbeeren begrüßt

*) Die algerische Exilregierung ist bisher anerkannt von: der Vereinigten Arabischen Republik, dem Irak, dem Libanon, Libyen, Tunesien, Jemen, Marokko, dem Sudan, Indonesien, der Volksrepublik China, Nordkorea, Nordvietnam und der Äußeren Mongolei.

worden. In Wirklichkeit aber ist sie vorerst mehr ein Versprechen als die Erfüllung dieses Versprechens. Wieweit wird es Frankreich ernst sein mit der verheißenen „Liberté, Egalité, Fraternité"? Wird de Gaulle — man denke an seine Ohnmacht in der Algerien-Frage — das damit gegebene Versprechen erfüllen können? Niemand weiß heute schon, ob ein solches von Frankreich geführtes Gebilde lediglich halb-souveräner Staaten auf die Dauer den wirtschaftlichen und den psychologischen Realitäten in den betreffenden Gebieten gerecht zu werden vermag, ob es diesen Völkern die Entwicklungsmöglichkeiten (wirtschaftlich, geistig, politisch) gibt, deren sie bedürfen. Zweifellos stellt die Communauté einen Versuch dar, die fortschreitende Desintegration des französischen Kolonialreiches „aufzufangen". Ihrem Geiste und ihrer Struktur nach ist sie gewissermaßen liberal-paternalistisch, aber doch immer noch paternalistisch. Das unterscheidet sie grundlegend vom britischen Commonwealth, das einen Zusammenschluß souveräner Staaten darstellt. Was wird, wenn die Glieder der Communauté eines Tages die volle Unabhängigkeit begehren? Wenn sie, nach einer Übergangszeit, ähnlich wie in Algerien heute, zu einer Zusammenarbeit mit Frankreich nur unter der Voraussetzung bereit sind, daß ihnen diese Unabhängigkeit zugestanden wird? Wie wird der in Frankreich jetzt gezüchtete neue militante Missions-Nationalismus dann reagieren? Oder wird die Communauté sowieso von Anfang an eine Fiktion bleiben und damit zu neuen unabsehbaren „Algeriens" führen? Auch hier, wie in Algerien, liegen alle entscheidenden Probleme und Machtproben noch vor de Gaulle! Und wie sehr die verschiedenartigen Tendenzen in der Regierung auch hinsichtlich der Probleme der Communauté einander widerstreiten, hat jüngst erst der Fall des Dr. Raseta deutlich gemacht*). Es bleibt durchaus offen, ob es diesem Frankreich des nationalen Mythos und der inneren Widersprüche, des Atombomben-Ehrgeizes und des latenten Faschismus gelingen wird, die afrikanischen Völker von seiner Vertrauenswürdigkeit als Partner zu überzeugen.

Algerien, die NATO und Bonn

Nationaler Mythos und nationale Missions-Ideologie, Atombombe und Communauté — sie alle können die furchtbare, menschlich und politisch trostlos anmutende französisch-algerische Wirklichkeit nicht vergessen machen. Man weiß in Paris vermutlich selbst, daß Frankreich entgegen allen anderslautenden Versicherungen (wird doch in regelmäßigen Abständen immer wieder die „entscheidende" Niederlage der Rebellen und ein „entscheidender" Fortschritt in der „Befriedung" gemeldet ...) diesen Krieg militärisch nicht mehr gewinnen kann. Andererseits ist es rein militärisch immer noch in der Lage und heute offenbar auch willens, einen jahrelangen Ausblutungskrieg gegen das algerische Volk zu führen, auch wenn dieser Krieg seine eigene Substanz immer mehr angreift. Zu der einzig sinnvollen und erfolgversprechenden politischen Lösung, die einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Algerien den Weg bereiten könnte: zur Anerkennung der Unabhängigkeit Algeriens, ist General de

*) Dr. Raseta war einer der drei Führer des Unabhängigkeitskampfes auf Madagaskar 1947. Er vertrat Madagaskar im französischen Parlament. Nach der Niederwerfung des Aufstandes wurde er zum Tode verurteilt, später aber begnadigt mit der Auflage, in Frankreich im Exil zu bleiben. Anläßlich seines Besuches in Tananarive im Sommer 1959 gewährte General de Gaulle den drei seinerzeit verurteilten madegassischen Politikern die volle Freiheit. Als Dr. Raseta am 9. Juli von Paris nach Madagaskar zurückflog, wurde er indes in Dschibouti (Franz. Somaliland) von der Polizei abgefangen, drei Tage später mit einem Militärflugzeug nach Frankreich zurückgebracht und erneut in Haft gesetzt. Diese Intervention erfolgte auf Geheiß des Premierministers Debré ...

Gaulle nicht bereit. In dieser Situation werden in Paris die Tendenzen stärker, den militärisch aussichtslosen, politisch wahnwitzigen Krieg zugunsten des französischen Kolonialismus der Nato aufzubürden. Zwar verlangt Frankreich ansonsten die Respektierung einer Sonderrolle im atlantischen Bündnis und hat bisher jede Stellungnahme seiner Bündnispartner zum Algerien-Problem mit Emphase als eine „Einmischung" abgelehnt. Doch scheint jetzt der Augenblick zu einer Art „Flucht nach vorn" gekommen. So forderte am 9. Juli Maurice Schuman, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung, das Algerien-Problem müsse im Nato-Rat erörtert werden, die Nato müsse die französischen Truppen unterstützen, denn Algerien gehöre zum Nato-Gebiet. Bereits am 24. Juni hatte Premierminister Debré im Senat erklärt, dem Westen müsse endlich klar werden, daß Frankreichs Kampf in Algerien ein Kampf für die ‚Sicherheit und Zukunft' des Westens selbst sei ... Dazu gehört, daß neuerdings in Paris die These propagiert wird, bei dem Befreiungskampf des algerischen Volkes handele es sich um einen „Akt der Aggression", weshalb gemäß der Nato-Satzung die anderen Nato-Mächte Frankreich bei der „Abwehr" dieser Aggression (sprich: der gewaltsamen Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft) zu unterstützen hätten. So widersinnig solche Konstruktionen sind, die Gefährlichkeit der damit begründeten Forderungen ist nicht von der Hand zu weisen. Sie lassen das schon jetzt übersteigerte Selbstbewußtsein des „neuen" Frankreich der 5. Republik erkennen. Indirekt ist die Nato ohnehin schon seit langem im Algerien-Konflikt zugunsten Frankreichs engagiert, insofern sie der Verlegung nahezu aller französischen Streitkräfte nach Algerien zugestimmt hat. Aus dieser stillschweigenden Duldung des Algerien-Krieges soll nun, nach dem Willen gewisser französischer Kreise, eine offene Unterstützung werden. Die Agitation für eine solche wird verbunden mit dem, was man den „Eurafrika"-Mythos nennen kann. Es wird erklärt, Frankreich hätte die ‚Mission', Nordafrika für Europa „vor dem Kommunismus zu retten", und dieser Aufgabe diene auch der Krieg gegen die algerischen „Rebellen", die doch nur eine Vorhut des internationalen „Kommunismus" seien. Das heißt, der Kampf zugunsten der französischen Kolonialherrschaft in Algerien wird ideologisch umgefälscht in einen Teil des „Kreuzzuges" gegen den Weltkommunismus. Auf dem Umwege über diese Ideologie soll die Nato dem neuen französischen Nationalismus willfährig gemacht werden. Gleichzeitig wird von den „gewaltigen Chancen" Frankreichs und Europas in einem „vor dem Kommunismus geretteten" Afrika gesprochen, und auch diese Fata Morgana ist als Köder gedacht.

So soll der intransigente Kolonialismus Frankreichs in Nordafrika in allerletzter Stunde noch eine „europäische" Rechtfertigung und Weihe erhalten, durch den Appell an jenen unqualifizierten blinden Antikommunismus, der in Wirklichkeit der Wegbereiter des Faschismus und des — Kommunismus selbst ist. Denn eine offene, sei es politische, sei es gar militärische Nato-Unterstützung des französischen Algerien-Krieges müßte zu einer grenzenlosen Erbitterung aller farbigen Völker gegen den Westen führen, müßte sie immer weiter in die Arme des Weltkommunismus und an die Seite der Sowjetunion treiben, die ihnen, aus welchen Motiven immer, Unterstützung in ihrem Emanzipationsstreben verspricht. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Eingreifen des Westens in Algerien vermutlich sofort eine entsprechende östliche Reaktion zugunsten der Algerier heraufbeschwören, damit aber den Algerien-Konflikt zu einem neuen weltpolitischen Brandherd machen würde. Mit der relativen Ausklammerung des afrikanischen Kontinents aus dem „Kalten Krieg" wäre es vorbei. Eine neue Phase des „Kalten Krieges" hätte begonnen. Der Westen aber müßte der unbedingten Feindschaft der Völker Afrikas gewiß sein.

Das wären die Folgen einer Nato-Schützenhilfe für Frankreich! Daß ein weiteres Stück der politisch-moralischen Glaubwürdigkeit der Nato verspielt würde, wenn sie sich von den französischen Nationalisten und Kolonialisten gegen das algerische Volk einspannen ließe, braucht kaum noch erwähnt zu werden. — Eine Zusammenarbeit zwischen den hochindustrialisierten europäischen und den unterentwickelten afrikanischen Völkern ist für beide Teile wirtschaftlich und politisch eine Lebensfrage. Eine solche Zusammenarbeit darf aber nicht von kolonialistischen Hypotheken belastet sein, und wenn es ein indirekter ‚paternalistischer' Kolonialismus ist. Respektierung des Unabhängigkeitswillens ist die Voraussetzung jener Partnerschaft, die allein „Eurafrika" begründen und den afrikanischen Kontinent davor bewahren kann, in einer Zwangslage mit dem Weltkommunismus zusammenarbeiten zu müssen.

Die von den Interessen kleiner Cliquen beherrschte Nordafrika-Politik Frankreichs ist verantwortlich für die politische Katastrophe im Mutterland und für das entsetzliche menschliche Elend in Algerien. Heute nun versucht Frankreich, diese blindwütige „Politik" dem ganzen Westen zu oktroyieren. Unfähig, rechtzeitig eine konstruktive politische Lösung des Konfliktes zu finden, setzt es das Morden endlos fort. Die „Rettet-Afrika"-Ideologie und der besinnungslose, jeder positiven Zielsetzung bare, nur auf „Macht" und „Herrschaft" gerichtete fanatische „Antikommunismus" sollen ihm selbst und Europa ein „gutes Gewissen" bei diesem Morden geben. — Der Hinweis auf solche gefährlichen Bestrebungen ist gerade in der Bundesrepublik besonders aktuell. Man weiß um das Zusammenspiel zwischen Bonn und Paris. Gewisse Äußerungen des Bundeskanzlers in seinem Juni-Interview mit Life lassen den kaum erstaunlichen Schluß zu, daß die Bundesregierung Frankreich bei derartigen Tendenzen innerhalb der Nato zu unterstützen gewillt ist. Der Eurafrika-Mythos ist ein Teil auch der politischen Vorstellungswelt Dr. Adenauers, und zwar jener falsche, unkonstruktive Eurafrika-Mythos, den heute Paris aus purem nationalem Egoismus propagiert. Bemerkenswerterweise hat kürzlich General Speidel, in Begleitung anderer hoher Nato-Offiziere, Algerien einen Besuch abgestattet. Und die Aufmerksamkeit sei schließlich auf die Artikelserie des Militärfachmannes der Frankfurter Allgemeinen, Adelbert Weinstein, über die französische Algerien-Armee gelenkt (FAZ vom 4., 11. und 15. Juli), die in sehr geschickter Weise, indirekt, um „Verständnis" für das politische Glaubensbekenntnis dieser Armee wirbt und darauf hinweist, daß auch sie von jenem Eurafrika-Mythos infiziert ist ... Je eher diese Versuche, die deutsche Öffentlichkeit zugunsten einer weiteren indirekten oder einer offenen Unterstützung des Algerien-Krieges zu beeinflussen, erkannt und durchschaut werden, desto leichter lassen sie sich, unter Hinweis auf ihre Gefährlichkeit, bekämpfen. Auch hier gilt das „Wehret den Anfängen". Algerien ist längst, politisch und moralisch, ein europäisches Problem, aber in anderem Sinne, als es die französischen Kolonialisten verstanden wissen wollen ...

In Frankreich selbst gibt es noch immer Kräfte, die zu einer vernünftigen, nicht-kolonialistischen Lösung bereit sind, wenn sie auch kaum mehr zu Wort kommen und gewahr sein müssen, des „Verrats" bezichtigt zu werden. Es sind dieselben Kreise — und wir sprechen hier nicht von den Kommunisten —, die sich von dem neo-nationalistischen Mythos nicht benebeln lassen, der General de Gaulle und mit ihm die gaullistische Bewegung an die Macht gebracht hat und der heute sein liberal-autoritäres Regime ideologisch stützt. De Gaulle beschwört die „Grandeur" und „Gloire", er huldigt einem romantischen Nationalismus in der Innen- und Außenpolitik, aber das allein ist noch keine konstruktive Politik, noch keine Lösung der Lebensprobleme Frankreichs. Im Gegenteil, der

Mythos droht die Lösung weiter zu verzögern und zu komplizieren. Die Ideologen des Generals haben eine „Bewegung" entfesselt, von der heute niemand mit Sicherheit zu sagen weiß, daß de Gaulle, als das „kleinere Übel", ihr Herr bleiben wird!

So steht es um die „Erneuerung" Frankreichs. Abgesehen von der an dieser Stelle schon wiederholt erörterten Problematik der Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris, ergibt sich in diesem Augenblick aber auch noch eine andere direkte Nutzanwendung für die Westdeutschen daraus. Daß Dr. Adenauer mit dem „persönlichen Regime" de Gaulles aus tiefstem Herzen sympathisiert, weiß man. Hinter ihm stehen, wie dort die Delbecque und Soustelle, die Schröder und Strauss, die Manager der Macht und Manipulatoren des Massenwillens. De Gaulle hat Frankreichs „Aufgabe" und „Mission" beschworen und rechtfertigt damit seinen dynamisch-militanten Neo-Nationalismus. Es ist durchaus nicht unmöglich, daß auch in Deutschland eines nicht sehr fernen Tages wieder einmal „aufgerufen" wird, sich der „Größe" und der „Aufgabe" Deutschlands endlich wieder zu erinnern, daß auch in Deutschland neue Waffen geschmiedet werden unter dem Hinweis auf diese „Berufung", die man nun lange genug, im bloßen Wohlleben, vergessen habe. Das unverkennbare ideologische Vakuum in der nationalpolitisch unbefriedigten Wohlstandsgesellschaft der Bundesrepublik kommt je länger desto mehr solchen Tendenzen entgegen. Mag das vermeintliche Ziel nun die „Rettung des christlichen Abendlandes" oder die „Wiedervereinigung" (auf dem Wege des antikommunistischen Kreuzzuges) oder die „Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete" sein, mag als Mittel ein deutsch-amerikanisches oder ein deutsch-französisches Bündnis empfohlen werden — es sind allemal dieselben falschen Propheten, Nachfahren jener, die vor 1933 dem Frieden, der Vernunft und der politischen Besonnenheit abgeschworen hatten. Das Mißtrauen gegenüber jedem neuen nationalen Mythos, der Mut zur Vernunft allein kann auf die Dauer die heute noch ungelösten nationalen Lebensprobleme Deutschlands und Frankreichs lösen. Und einzig in dieser Bewährung einer aktiven, konstruktiven nationalen Vernunft und eines nüchternen Willens zur Partnerschaft und zum Interessenausgleich mit allen anderen Völkern besteht heute die „Mission" der europäischen Nationen!

Prof. D. Dr. med. Karl Stoevesandt

Zur atomaren Bewaffnung

Difficile est satiram non scribere, zu deutsch, es ist schwierig, keine Satire zu schreiben. Da wird vor dem radiumbelegten Zifferblatt der Armbanduhr gewarnt und dem ahnungslosen Träger vorgerechnet, welchen Mengen tödlicher Strahlen er sich damit während seines Lebens aussetzt. Im Kampf gegen die Tuberkulose hat sich als sicherstes Mittel die regelmäßige Röntgenreihenuntersuchung mit dem kleinen sogenannten Schirmbild erwiesen. Diese Untersuchung als gesetzliche Maßnahme einzuführen, gelingt nicht, weil die Bevölkerung so mit Atomangst gefüttert ist, daß sie sich dem Zwang zu dieser überaus kurzen, harmlosen und seltenen Strahleneinwirkung widersetzt. In der ärztlichen Sprechstunde haben wir nicht selten mit dem Bedenken des Patienten gegen eine einfache

Durchleuchtung des Brustkorbes zu kämpfen. Aber, und das ist geradezu verblüffend, die Atombomben oder die Atomraketen, die der Verteidigungsminister für unentbehrlich erklärt, dies Vorhaben bejaht man, oder mindestens schweigt man dazu. Es ist wirklich grotesk! Ist es Gedankenlosigkeit, ist es Resignation unter dem Motto: „Wir können nichts dabei machen; die da oben beschließen es, und wir werden nicht gefragt"? Oder ist es die Flucht in die vage Hoffnung, daß die atomare Bewaffnung nur ein Spiel mit dem Feuer ist, ein dringlicher und überlegter Schachzug, der den beabsichtigten Zug des Gegners ablenkt und unwirksam macht? Es wäre zu wünschen, doch ist man dessen nicht sicher, daß es so sein wird. Aus dem Spiel kann Ernst werden, weil es hier keine Spielregeln wie beim Fußball gibt. Zudem ist dabei mehr zu erwarten als ein Knöchel- oder Kniescheibenbruch.

Nein, die Sache ist jetzt schon außerordentlich ernst. Denn die Würfel sind gefallen, der Einsatz ist gewagt, seit bei der Regierung und der Volksvertretung eine Majorität für die Aufrüstung mit dieser mörderischen Waffe besteht. Ein schlimmer Gegensatz ist entstanden. Wenn man das Volk befragen könnte oder wollte, es würde mit überwältigender Mehrheit anders entscheiden. Man sage ja nicht, daß es der Masse an Einsicht fehle. Zugegeben, der Bürger und die Bürgerin sind in subtilen Fragen der Gesetzgebung im allgemeinen nicht zuständig; das meiste, was es da zu regeln gibt, ist zu kompliziert. Politik erfordert Kenntnisse und Erfahrung. Aber sich hier bei der Einführung dieser Waffengattung, die angeblich eine der Zeit folgende Entwicklung ist, auf politische Einsicht zu berufen, ist ein sachlicher Irrtum im Sinne einer Kompetenzüberschreitung. Wir übrigen sehen klar, daß es hier um Sein und Nichtsein im wörtlichen Sinne geht; die Fähigkeit zu dieser Einsicht kann man uns nicht absprechen. Da müssen und wollen wir gefragt und gehört sein. Denn hier entscheidet es sich für jeden einzelnen, ob es für ihn noch Sinn hat, Kinder großzuziehen, Wohnungen zu bauen (erst recht mit Luftschutzkeller!), Schulformen zu erörtern, überhaupt Kultur zu pflegen. Angesichts der Atomwaffendrohung, mit der sich Ost und West mühsam — wie lange noch? — in einem höchst labilen Gleichgewicht halten, gleitet die Menschheit hinein in das blasphemische Wort: „Lasset uns essen und trinken, denn morgen sind wir tot!" Oder wir schließen beide Augen zu, tappen unseren Weg, lassen uns blindlings führen und verspielen damit nicht nur die Demokratie, sondern auch unsere Existenz. Wir wissen, wohin die Reise dann geht, wir sind gewarnt und wollen bei brennenden Fragen laut und deutlich zu Worte kommen.

Es lohnt fast nicht mehr, die durch Atomwaffen verursachten Schäden medizinisch zu erörtern, es sei denn vor den ewig Vergeßlichen. Die Untersuchungen, die in Hiroshima und Nagasaki an Toten, Verletzten, Kranken und Siechen gemacht worden sind, sind Beweis genug. Die Veröffentlichungen sind jedermann zugänglich und haben auch in der Tagespresse ihren Niederschlag gefunden. In der nächsten Umgebung des Ortes der Explosionen ist alles Leben vernichtet worden, im weiteren Umkreis sind in wenigen Jahren zahlreiche unheilbare Blutkrankheiten entstanden, die Häufung bösartiger Geschwülste ist zu erwarten, und was an Keimschädigung in den folgenden Generationen zutage kommen wird, ist noch gar nicht abzusehen. Und dabei sind, gemessen an den heutigen, damals nur kleine Bomben gefallen, zynisch möchte man sagen, vergleichbar einem ersten Laboratoriumsversuch.

Aus einem „gelungenen Experiment", oder besser, aus solch fürchterlichem Unglück sollen wir lernen. Die technische Verwendung der Atomspaltung und ähnlicher Vorgänge wird fortschreiten. Hiroshima hat die Welt aufhorchen lassen. Es hat gezeigt, mit welchen Gefahren der Umgang mit dieser Energiequelle

verbunden ist. Die Naturgesetze zu erforschen, die Naturgewalten zu unserem Gebrauch zu bändigen, ist unsere Aufgabe. Ist es eine tragische Fehlentwicklung oder menschliche Hybris gewesen, daß man diese elementaren Kräfte zuerst in zerstörerischer Absicht entbunden hat, um danach mit dem Versuch zu beginnen, sie nutzbringend für die Kultur (das Wort bedeutet Pflege!) einzufangen? Noch sind wir in dem verzweifelten Zustand des Zauberlehrlings: Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los! Zuerst müssen wir Menschen wohl Unglück anrichten, dann besinnen wir uns auf die lösende Formel. Die zahlenmäßig doch noch wenigen Unternehmen, den Atomzerfall in gelenkte Energie zu zwingen, besitzen bei weitem nicht die Bedeutung, die die aufgestapelten Atomwaffen im Konkurrenzkampf der Völker haben.

Die Wissenschaft bemüht sich um Methoden, wie man in der Technik die mit dem Atom arbeitenden Menschen schützt; die Abfallprodukte, für die der beschwichtigende Ausdruck Atommüll geprägt ist, bilden allein schon ein schwer lösbares Problem, obwohl es sich dabei nur um eine Nebenwirkung handelt.

Ungleich größer ist die schwelende Gefahr der bereitliegenden Atomwaffen. Sie vergiften die internationale Atmosphäre. Vielleicht wünscht man sie allerseits weg — diesen Wunsch unterstelle ich auch den Ostblockstaaten. Aber das Gegenteil tut man: während der langwierigen Verhandlungen über diese verabscheute Apparatur häuft man dies Produkt des Hasses und der Angst in verborgenen Arsenalen auf und verwehrt Außenstehenden den Einblick. Selbst kleine Staaten wie die Schweiz trachten aus Prestigegründen nach dem Besitz solcher grandioser Feuerwerkskörper, denn zu mehr, als damit zu prunken, wie weiland Goliath mit seiner Rüstung, werden sie keine Gelegenheit haben: die Schleuder des mindestens mit größerer Rücksichtslosigkeit Bewaffneten wird sie, die kleinen Staaten, und uns getroffen haben, bevor wir einen Streich haben tun können.

Es scheint aussichtslos zu sein. Die Völker haben sich festgerannt, ein jedes auf seinem Wege, einstweilen zum Glück so, daß sie noch nicht aufeinander gestoßen, sondern daß beide ratlos stehen geblieben sind. Da hilft keine vernünftige Mahnung an die Gegner unter dem Hinweis, daß Friede billiger ist als Krieg, ist doch schon der kalte Krieg ein Hindernis für das Zusammenkommen der Völker. Der verblendete Egoismus der Nationalstaaten hat die allerdings wohl vorwiegend in Deutschland pflegten Ideen zu einem auf Vernunft aufgebauten Kosmopolitismus hinweggefegt. Stattdessen haben die aller mäßigenden Vernunft entbehrenden Einheitsbestrebungen der Diktatoren nach dem Schlage eines N a p o l e o n und eines H i t l e r — sie meinten Europa unter der Knute einigen zu können — den Abschluß der Staaten voneinander nur noch verstärkt. Der als Dichter entthronte W i e l a n d brauchte als Vorkämpfer für ein vereintes Europa nicht ganz vergessen zu werden.

Also, mit Vernunft ist offenbar nichts zu machen. Geht es etwa auf dem ethischen Wege nach dem Gebot „Du sollst nicht töten"? Vorausgesetzt auch, daß alle Welt nicht nur aus Anstand so im allgemeinen dies Gebot anerkennen würde, so weiß doch gerade der aufrichtige und um seinen Glauben bemühte Christ, daß der Mensch ein Übertreter des Gebotes bleibt, solange er lebt. Wer das in bezug auf dies Gebot bestreitet, der lese in der Bergpredigt nach, in welchem Umfange es zu verstehen ist und daß niemand ihm gegenüber schuldlos bleibt. So können wir nie Pazifisten sein, und das Himmelreich wird auch nicht auf Erden gekommen sein, wenn der Krieg abgeschafft ist. Gewiß, es gäbe dann eine Dummheit weniger, und das wäre schon etwas.

Auch hier befinden wir uns in einer grotesken Lage. Der Streit um die Todesstrafe flammt immer von neuem auf. Ich rechne mich unter ihre Gegner, schon

weil ich als Arzt weiß, wie unmöglich es ist, Maß und Grenze der Zurechnungsfähigkeit eines Mörders zu bestimmen. Der Richter mag die Schwierigkeit des lückenlosen Beweises hervorheben, so daß man kaum je ganz sicher sein kann, ob man den Richtigen strafweise in den Tod gegeben hat. Und schließlich, der Menschenfreund wird dafür plädieren, dem Verbrecher eine Chance, wie man heute sagt, auch noch dort im Zuchthaus zu geben. Der Christ wird sich in seiner Argumentation auf das Wort „Die Rache ist mein, spricht der Herr" berufen. Er könnte aber auch im Widerspruch dazu seinen Finger auf Röm. 13 legen, wo es heißt, daß die Obrigkeit Gottes Dienerin ist uns zugut, daß sie das Schwert nicht umsonst trägt, sondern zur Strafe über den, der Böses tut. — Dieses Schwert wagen wir nicht mehr zu führen, weil wir die Unsicherheitsmomente zu genau sehen und zu „human" sind. Dem Krieg gegenüber nehmen wir jedoch ein gutes Gewissen aus Röm. 13. Aber kann man bei den Massenvernichtungsmitteln überhaupt noch vom Schwert reden, das Böse bestraft, den Unschuldigen zugut?! Die Kernwaffen treffen die Gerechten und die Ungerechten, die Männer und die Frauen, die Greise und die Kinder. Von Bestrafung des Bösen kann keine Rede mehr sein.

Weil im Dritten Reich mit Hinrichtungen, standrechtlichen Erschießungen und dem einfachen Umbringen von unerwünschten und mißliebigen Menschen ein so gewissenloser Mißbrauch getrieben worden ist, haben wir den heilsamen Schrekken bekommen und bestrafen auch den abgefeimtesten Verbrecher nicht mehr mit dem Tode.

Das Töten im Kriege geht noch heute unter dem Titel der erlaubten oder gar gebotenen Notwehr, wenn der Staat angegriffen wird. Es ist noch das alte Problem des iustum bellum, das mindestens seit Augustin die Gemüter erregt. Diese Frage ist inzwischen entschieden oder vielmehr ad absurdum geführt: schuldig ist immer der Unterlegene, der Besiegte; er ist der Kriegsverbrecher, der Strafe verdient hat. Und mit seinen Massenvernichtungsmitteln hat sich der Krieg selber ad absurdum geführt. Nichts von dem, was früher ein „gerechter Krieg" leisten wollte: Schutz der Grenzen, Schutz des Landes, Schutz der Bewohner, ist heute noch möglich. Ausrottung, gegenseitige Ausrottung ist vielleicht nicht das Ziel, aber rettungslos das Ergebnis eines modernen Krieges. Angebahnt ist ein solcher Ausrottungskrieg schon durch die Luftwaffe. So schauerlich die Luftangriffe waren und so ohnmächtig die Bevölkerung sich preisgegeben fühlte: im Vergleich mit dem, was ein Kernwaffenangriff bedeuten wird, waren sie nur kleine Gewitter.

Wir sind mit Recht weder in Sachen der Todesstrafe noch hinsichtlich eines kommenden Krieges aus der Verantwortung der Menschlichkeit entlassen. Derweilen trägt man bei Regierungen und Parlamenten kein Bedenken, das noch nie so dagewesene Unrecht und den Wahnsinn der Massenvernichtung des eigenen und eines anderen Volkes vorzubereiten, indem man sich Atomwaffen anschafft, weil die anderen das auch tun. Ja, könnte einer einwenden, wir müssen uns mit solcher Dezimierung unseres Volkes um der Zukunft willen abfinden, wir werden uns davon erholen, wie die Menschen und Kulturen sich auch nach den großen Zügen des schwarzen Todes im Mittelalter verjüngt und wieder erholt haben. Aber der Vergleich stimmt nicht. Die etwaigen Überlebenden werden nur noch eine verkümmerte Erbmasse weiterzugeben haben, so daß die Nachkommen den „jungen Völkern", die allein übrig bleiben werden, hoffnungslos unterliegen müssen, ganz abgesehen davon, daß der von uns jetzt bewohnte Raum in unfruchtbare Steppe, in tote Erde verkehrt sein wird.

Todesstrafe und das Töten im Kriege? — dieser Tod wird ein Strafgericht ohne Erbarmen sein.

Gibt es keinen Ausweg? Sind wir ohne Atomwaffen der Eroberung durch eine fremde Macht, komme sie von Osten oder sonstwo her, wehrlos ausgesetzt? Nein, wir brauchen nicht wehrlos zu sein. Unsere Abwehr, die Abwehr des Abendlandes, das sich wohl noch immer das schmückende Beiwort „christlich" zulegt, kann nur auf der inneren Besinnung beruhen. Der Feind, der einmarschiert, wird um des eigenen Machtzuwachses willen sich der Atomwaffe nicht bedienen, wenn wir es nicht tun. Seine eigentliche Waffe, mit der er sich die Früchte des Sieges sichern will, ist der dialektische und atheistische Materialismus, vermöge dessen er die Menschen knechtet, weil er der Überzeugung ist, die Befolgung und Erfüllung der materialistisch verstandenen Naturgesetze werde der Menschheit das Heil bringen. Dasselbe Lied haben uns die Nazis noch kurz vor ihrem Abgang emphatisch gesungen. Darin besteht das Wesen der Gegnerschaft, mit der wir es heute wie damals zu tun haben. Die Wirtschaftsform hat sich auch bei uns gegen die Formen früherer Jahrhunderte grundlegend geändert, und es mögen weitere Wandlungen folgen, unter denen sich ebenso recht und schlecht leben lassen wird wie heute und wie immer. Die Frage ist nicht unwichtig, aber sie ist zweitrangig. Im Hintergrunde, man kann auch sagen, ganz vorn steht die richtende Frage an uns, ob auch wir im Begriff stehen, dem Prozeß der Vergötzung der Naturkräfte und der Naturgesetze anheimzufallen. Theoretisch sind wir noch nicht so weit, aber in der Praxis droht uns dieser Absturz. Dann sind wir anfällig und bald wehrlos.

Das ist der geheime und doch so offenbare Grund unserer Angst! Angst macht blind. Wir sollten aber unser Augenmerk auf die Zurüstung zum inneren Widerstand richten. Um nur eines zu nennen: Haben wir die Flüchtlinge aus den weiten Gebieten jenseits Oder und Neiße so bei uns aufgenommen, daß sie die westdeutschen Verhältnisse bejahen und nicht etwa irgendwelchen Verlockungen von ganz anderer Seite erliegen werden? Doch das ist eine Teilfrage. Auf die grundsätzliche Besinnung kommt es an. Ob auf russisch, chinesisch oder afrikanisch uns die Bedrohung naht, wir können ihr nur etwas entgegensetzen, wenn wir die Sprache des Wortes Gottes wieder verstehen und reden lernen. Wer sich uns gegenüber zum Herrn aufwirft und uns nicht nur politisch, sondern auch geistig unterjochen will, dem kann nur geistig widerstanden werden, und das allein kann Erfolg haben.

Es wird peinlich genug sein, wenn ein sowjetisches Regierungssystem über uns kommen sollte. Wir klammern uns an Wirtschaftswunder und Wohlstand. Wer wäre nicht dankbar für das Erreichte! Aber bedeutet das im Grunde nicht das Lob der Materie und den ungeistigen Rückzug auf diesseitigen Lebensgenuß? Genau wie drüben? Ohne daß wir Askese predigen wollen, die Bibel nennt solche Haltung Mammonsdienst, der sich mit Gottesdienst nicht verträgt. Die Siegesgewißheit der Politik des Ostens bedient sich zwar der Stärke ihrer Wirtschaft und ihrer militärischen Rüstung, sie beruht aber letztlich auf der Unerschütterlichkeit des weltanschaulichen sogenannten Wissenschaftsglaubens.

Hier ist es, wo wir schuldhaft unterlegen sind. Wir sind beunruhigt, weil wir keinen Boden unter den Füßen haben. Den Fortschrittsglauben an die Macht der Technik bringen wir nach den gemachten Erfahrungen nicht mehr auf; vielleicht hindert uns auch im Unterbewußtsein ein schwacher Rest christlicher Tradition an solch naivem Vertrauen. Aber „die Furcht Gottes, die der Weisheit Anfang ist", ist unserem Volke entschwunden, und das heißt zugleich, daß es uns am Maßstab für letzte Verantwortlichkeit fehlt, und weiter, daß wir keinen Herrn über uns wissen und also fürchten müssen, einer gewaltsamen irdischen Herrschaft, wie gesagt, politisch und noch mehr geistig mit dem Verlust der inneren Freiheit anheimfallen zu müssen. Wie die äußeren Verhältnisse auch sein mögen, unser

Leben kann Wert und Würde behalten, wenn wir anders gegründet sind als auf dem, was so gemeinhin als Lebensziel erachtet wird.

Hat das noch etwas mit Politik zu tun? Ich bin durchaus dieser Meinung. Wir verfallen mehr und mehr auf allen Gebieten dem Spezialistentum, und so ist auch die Politik zu einem Fach mit Scheuklappen geworden. Daher die Fruchtlosigkeit aller Besprechungen auf höchster Ebene bis hinauf zu Gipfelkonferenzen. Politik sollte indessen etwas Weitumfassendes sein. „Suchet der Stadt Bestes", hat der Prophet Jeremias in aussichtsloser Situation geschrieben, als jedenfalls mit Waffengewalt nichts auszurichten war. Das ist genau unsere Lage. Die Machtmittel, die als solche gelten, sind uns aus der Hand geschlagen, weil wir sie mißbraucht hatten. Es gilt jetzt, dies geschichtliche Faktum hinzunehmen und es in einer Neubesinnung zum Besten zu kehren. Damals, als sich das Abendland gestaltete, sind die Schriften Augustins über den Staat — den Gottesstaat! — das politische Lehrbuch der Fürsten gewesen; Luther hat zu den Türkenkriegen nicht so sehr aus den Gründen weltlicher Macht aufgerufen, sondern weil er in der Diesseitsreligion Mohammeds den Feind Christi und des deutschen Volkes sah. Um das gleiche geht es heute, um Waffen, die uns nicht entwunden werden können. Sie zu schmieden, sollte das Ziel unserer Politik sein.

Dr. Werner Gerth

Militärische Entspannung ohne Wiedervereinigung?

Randbemerkungen zur Warschauer Konferenz für europäische Sicherheit

Am 4. und 5. Juli trafen sich in Warschau 120 Menschen aus 22 europäischen Nationen zu einer „Konferenz für Entspannung und Sicherheit in Europa". Sie sprachen zwei Tage lang über die brennenden politischen Probleme des europäischen Raumes, die Atombombengefahr, die Aufrüstung der Bundesrepublik, die deutsche Wiedervereinigung, die Schaffung einer militärisch verdünnten Zone und die Notwendigkeit einer Gipfelkonferenz. In schwierigen Verhandlungen wurde eine Erklärung, ein „Appell an die öffentliche Meinung Europas" erarbeitet, in dem auf die Gefahr eines Atomkrieges in Europa hingewiesen wird, die jetzt am größten sei, und Maßnahmen zur Entspannung vorgeschlagen und gefordert werden.

Menschen verschiedener religiöser, politischer und philosophischer Anschauungen aus zehn Nationen hatten zu dieser Warschauer Zusammenkunft aufgerufen, unter ihnen aus der Bundesrepublik Frau Professor Clara Maria Faßbinder und Graf von Wedel, aus der DDR Arnold Zweig, Otto Buchwitz, der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, und Emil Fuchs, Theologieprofessor an der Universität Leipzig. Albert Chatelet aus Frankreich, Baron Allard und Madame Isabelle Blume aus Belgien, der katholische Abgeordnete Ugo Bartesaghi und Professor Bianchi-Bandinelli aus Italien, Prof. Jablonski, Sekretär der polnischen Akademie der Wissenschaften, Antonin Fiala, der Vizepräsident des tschechischen Parlaments, und Ilja Ehrenburg gehörten neben anderen zu den Einberufern der Konferenz.

Die Zukunft Europas, das Schicksal der europäischen Völker steht auf dem Spiel, da genügt es nicht, wenn sich nur die Außenminister des Großmächte zusammensetzen, wenn eine Gipfelkonferenz angesetzt wird, die notwendiger denn je ist, wenn Atomexperten und Wissenschaftler auf die ungeheuerliche Gefahr eines Atomkrieges hinweisen. Die Völker selber müssen an ihre Regierungen, an das Gewissen und die Vernunft der Mächtigen appellieren und ihren Willen bekunden für ein friedliches Miteinander in Europa und der Welt. Aus dieser inneren Verpflichtung heraus hatten sich die 120 Menschen in Warschau zusammengefunden, und es wurde deutlich, daß trotz mancher Verschiedenheiten in Sprache, Herkunft und Weltanschauung der Wunsch allgemein war, Wege zur Verständigung und friedlichen Koexistenz zu finden. Das kam in den Ansprachen fast aller Redner immer wieder zum Ausdruck.

Die Tatsache, daß die Konferenz in Warschau stattfand und daß zu den Einberufern auch prominente Vertreter kommunistischer Staaten gehörten, werden gewisse Kreise zum willkommenen Anlaß nehmen, sie als kommunistisch gelenkte Tagung zu bezeichnen, gilt ihnen doch jedes Gespräch mit dem kommunistischen Partner als verdächtig. Man muß immer mehr den Eindruck gewinnen, als seien sie nicht in der Lage, die eigene Position geistig zu verteidigen, oder als seien sie nicht gewillt, ihre geistigen Verteidigungsgründe dem deutschen Volke offen darzulegen. Ihre Konzeptionen sind entweder wirklichkeitsfremd oder entspringen einer Phraseologie des wilhelminischen Deutschland: „Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter!"

Wie sehr hier in Warschau aber wirklich um die Probleme gerungen wurde, wie wenig eine vorgefaßte kommunistische Entschließung vorlag, der sich die anderen Teilnehmer hätten beugen müssen, wurde allen unvoreingenommenen Beobachtern klar. Der Text des Appells an die öffentliche Meinung Europas wurde in einer Zehnerkommission in stundenlangen Beratungen entworfen. Fast an jedem Satz wurde gefeilt und manches gestrichen, wenn nur einige Stimmen dagegen waren. Man wollte keine Mehrheitsbeschlüsse, man wollte Einigkeit unter allen Teilnehmern erzielen, und so wurde auch der Appell bei einer einzigen Stimmenenthaltung und keiner Ablehnung angenommen.

Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik erfüllt alle europäischen Völker mit Sorge, nicht nur die Menschen der Ostblockstaaten, sondern auch die westlichen Nationen. Adenauers Politik ist auf dem besten Wege, die Bundesrepublik in eine gefährliche Isolierung hineinzumanövrieren. Eines Tages werden wir Deutschen wieder allein dastehen, wenn unsere westlichen Verbündeten einsehen, daß ihr Weg der Stärke, auf dem Dr. Adenauer so tapfer voran schreitet, ein Irrweg ist. Dann wird für uns die Umkehr zu spät sein. Diese Gefahr, in die wir uns begeben, ist gar nicht so abwegig, und es wäre Wahnsinn, sie bagatellisieren zu wollen. Hat nicht de Gaulle selbst schon öffentlich von der Oder-Neisse-Linie als fester Grenze gesprochen und sein Desinteressement an der deutschen Wiedervereinigung bekundet? Auch unter den englischen Politikern werden die kritischen Stimmen immer lauter, und es ist längst kein Geheimnis mehr, daß sich das deutsch-englische Verhältnis merklich abgekühlt hat. Wie nun, wenn eines Tages auch die USA ihr Desinteresse an der deutschen Wiedervereinigung bekunden würden?

Wir können zwar den Großmächten ihre im Potsdamer Abkommen übernommene Verpflichtung, für eine Wiedervereinigung Deutschlands zu sorgen, nicht abnehmen. Aber außer dem sowjetischen Außenminister haben auf der Genfer Konferenz auch die westlichen Vertreter durchblicken lassen, daß die Wiedervereinigung Sache der Deutschen sei. Und sie ist unsere Sache, nur müßte auf der Gipfelkonferenz beiden deutschen Staaten die Verpflichtung auferlegt werden,

sich an einen Tisch zu setzen und ihre Wiedervereinigung in die Wege zu leiten.

Dazu gehört allerdings auch die de-jure-Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß, staatsrechtlich gesehen, die Sowjetzone ein Staat ist. Vor dieser Tatsache die Augen zu verschließen, bedeutet, eine unrealistische Politik zu betreiben. Die Fiktion, daß die Bundesregierung der einzige legitime Sprecher für Deutschland sei, entbehrt der Logik und entspricht nicht den Tatsachen. Daran ändert auch nichts die Haltung der Westmächte, die die DDR nicht anerkennen. Es sei nur daran erinnert, daß die USA auch die Sowjetunion länger als ein Jahrzehnt nicht anerkannt hatten, trotzdem dieser Staat existent war und eine sehr gewichtige Politik trieb. Erst viel später trugen die USA den politischen Gegebenheiten Rechnung, erkannten die Sowjetunion an und nahmen die diplomatischen Beziehungen zu ihr auf.

Es ist also keineswegs ausgeschlossen, daß sich heute das gleiche Spiel mit der Deutschen Demokratischen Republik wiederholt und die Fakten stärker sind als illusionistische Wunschträume, mögen sie noch so schön sein. Wir Deutschen aber haben nicht die Zeit, so lange zu warten, wollen wir nicht unsere echten Chancen, die wir heute noch als Partner im europäischen Spiel haben, verlieren, denn die Zeit arbeitet nicht für, sondern gegen uns. Je mehr die Bundesrepublik aufrüstet, desto schwieriger wird der Weg zur Verständigung. Das Wort eines Konferenzteilnehmers „Es ist besser, tausend Stunden zu verhandeln, als eine Stunde Atomkrieg" genügt heute nicht mehr. Wir müssen so bald als möglich uns an den Verhandlungstisch setzen, sonst rückt die Wiedervereinigung in immer weitere Ferne.

Die anderen europäischen Nationen haben nur insoweit Interesse an einer deutschen Wiedervereinigung, als sie der Ausgangspunkt zu sein scheint für eine Entspannung der Fronten, für ein erstes Gespräch über die Grenzzäune hinweg. In Wahrheit fürchten die westlichen Völker genau so wie die östlichen Nachbarn ein geeintes Deutschland, das sich dann auf die eine oder andere Seite schlagen könnte. Der Militarismus, dem die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik Gelegenheit gibt zu neuen politischen Eskapaden, die morgen in kriegerische umgewandelt werden können, läßt die Angst der Nachbarvölker nicht ruhen, zumal, wenn sich zu den militaristischen noch revisionistische Tendenzen gesellen.

Gegen eine beschränkte Wiederaufrüstung zur Verteidigung der Bundesrepublik hätte kaum jemand ernstliche Einwendungen erhoben, sehen doch auch die vielerlei Entspannungspläne nationale Truppenkontingente vor. Der Bau aber von Abschußrampen für Raketenwaffen und die Lagerung atomarer Waffen im Raum der Bundesrepublik bedeuten eine Gefährdung für die Nachbarn wie für das deutsche Volk selbst.

Für die deutschen Teilnehmer an der Konferenz war es deshalb keine Überraschung, wohl aber ein ernstes Menetekel, wenn die Vertreter Hollands, Belgiens und Norwegens diese Gefahr ansprachen. Wiedervereinigung und militärische Aufrüstung schließen sich aus. Das zu erkennen, hieße, an den Realitäten, an der Stimme der Völker vorübergehen. Man kann nur eines von beiden wählen, und Dr. Adenauer hat sich offenbar für die Aufrüstung entschieden, womit der Wunsch auf Wiedervereinigung immer geringere Aussicht auf Erfüllung findet. Wohl erklärt der Bundeskanzler immer wieder, daß er eine Wiedervereinigung wolle, er hat auch eine Art Konzeption, von der er aber wissen müßte, daß sie für die andere Seite unannehmbar ist. So hängen seine Erklärungen im luftleeren Raum und finden keinen Widerhall bei den Partnern, die sich für eine Wiedervereinigung einsetzen könnten.

Es ist sehr wohl möglich, daß in der Gipfelkonferenz eine Einigung erzielt werden könnte über eine militärisch verdünnte Zone. Damit könnte einer der großen

Brandherde für einen neuen Krieg neutralisiert werden. Die Völker Europas würden aufatmen und im gleichen Augenblick ein Interesse an der deutschen Wiedervereinigung verlieren. Manchmal fragt man sich, ob dieser Weg gewollt wird oder zumindest als sehr willkommene Möglichkeit einkalkuliert wird bei den Gesprächen hinter verschlossenen Türen. Militärische Entspannung ohne Wiedervereinigung? Für manche europäischen Mächte sicherlich die ungefährlichste Lösung. Aber für uns Deutsche darf sie nicht in Frage kommen. Für uns muß die Parole heißen: Wiedervereinigung und Entspannung.

Für beides sind schon viele Vorschläge unterbreitet worden, angefangen vom Disengagement an der Atombewaffnung im Rapackiplan über die Pläne der SPD, der FDP, Gaitskell, Herter, der Nenni-Sozialisten Italiens bis zu Vorschlägen der Einbeziehung der Balkanstaaten in ein militärisch kontrolliertes und verdünntes Entspannungsfeld. Es war überraschend für viele Teilnehmer der Warschauer Konferenz, zu erfahren, wie viele derartige Pläne es gibt, von denen die wenigsten einem größeren Kreis bekannt sind. Es wäre ein wichtiges Anliegen, diese Pläne einmal zu sammeln und auf ihre Gemeinsamkeiten hin zu prüfen. Man würde sicher zu der erstaunlichen Feststellung kommen, daß in allen die gleichen Grundtendenzen vorhanden sind und daß sich aus ihnen ein gemeinsamer Anknüpfungspunkt herauskristallisieren ließe, von dem aus die Fäden für die Entspannung und Sicherheit in Europa weiter gesponnen werden könnten.

Wichtig ist aber, daß wir gegenseitig überhaupt ins Gespräch kommen, nicht mit großen Verhandlungspaketen Danaergeschenke verteilen, sondern mit einer kleinen Geste die Hand reichen, in die der Partner getrost einschlagen kann, ohne besorgt zu sein, in einen Hinterhalt zu fallen. Um dies zu erreichen, muß zunächst das Mißtrauen abgebaut werden, das auf beiden Seiten wie eine unüberwindliche Mauer aufgerichtet wurde.

Das war die schöne menschliche Seite der Warschauer Konferenz. Trotz mancher Vorbehalte, trotz mancher Meinungsverschiedenheiten gab es kein Mißtrauen gegenüber der ehrlichen Gesinnung und dem ehrlichen Friedenswillen des Gesprächspartners. Freidenker saßen mit evangelischen Theologen und katholischen Abgeordneten an einem Tisch, Kommunisten mit Liberalen. Sie alle verband nur der eine Wunsch einer friedlichen Völkerverständigung.

In seiner Begrüßungsansprache sagte Professor Stanislaw Kulczynski, Polen, unter anderem: „Nous croyons, que la nécessité d'une telle discussion est évidente et pressante", daß die Konferenz wichtig und dringend ist, daß es höchste Zeit sei, den gefährlichen Kurs der Atombewaffnung anzuhalten und ein Ende zu setzen der Teilung Europas in zwei feindliche Militärblöcke. Ende der Atombewaffnung, Beginn der militärischen Entspannung und dazwischen das Deutschlandproblem, dessen Lösung die Beseitigung eines Unruheherdes in Europa bedeutet.

Auf der Konferenz wurde bewußt vermieden, das heiße Eisen der deutsch-polnischen Grenze zu berühren. Noch ist hier eine Verhärtung der Standpunkte festzustellen. Revisionistische Tendenzen von deutscher Seite sind genau so verfehlt, wie der polnische Standpunkt, überhaupt nicht darüber zu diskutieren. Wir wissen, daß wir in der Frage der deutschen Ostgrenze schwere Opfer bringen müssen. Wir möchten aber um Verständnis werben auf polnischer Seite für die Nöte unserer Heimatvertriebenen. Vielleicht ist dann ein fruchtbares Gespräch möglich, das uns Deutschen den Stachel zu nehmen vermag, den ein unnachsichtiges Diktat hinterlassen würde. Es geht nicht um das „Recht auf Heimat", denn auch die Polen — unschuldig am Krieg und den Leiden, die sie durchmachen mußten, — haben rund acht Milionen Menschen umsiedeln müssen, die heute in Schlesien und Pommern eine neue Heimat gefunden haben. Die Oder-Neiße-

Grenze zu verschieben, hieße, auch eine Revision der polnischen Ostgrenze anzustreben, die schon gar nicht im Interesse der Sowjets liegt, aber auch von den Westmächten weder gefordert noch gewünscht wird. Aber es könnte andere Möglichkeiten der Entschärfung geben, wenn beiderseits der Wille zum friedlichen Miteinander vorhanden ist.

Im Zeitalter der Düsenflugzeuge, der Raketen und Weltraumflüge sollten die Grenzen eigentlich nur noch Organisationscharakter haben. Sie sollten keine scharfe Trennungslinie der Völker bedeuten, sondern nur Trennungslinien staatlicher Verwaltungsbezirke. Auf keinen Fall aber dürfen sie zu sogenannten „Lebensfragen" eines ganzen Volkes gemacht werden, um derentwillen selbst Kriege geführt werden müssen. Warnendes Beispiel ist der deutsch-französische Grenzkampf um Elsaß-Lothringen. Die Oder-Neiße-Linie darf nicht zum angeblichen Grund werden für einen dritten Weltkrieg, bei dem mehr auf dem Spiel stünde als nur eine Grenzberichtigung, bei dem das Leben aller Menschen und Völker in Gefahr wäre. Aber sprechen dürfen über diese Probleme, das möchten wir mit unseren polnischen Nachbarn, ohne daß sie darin gleich revisionistische Tendenzen erblicken müssen. Wir möchten um Verständnis für unsere Lage werben und auch hier eine ehrliche Entspannung finden. Eine andere Frage, die auf der Warschauer Konferenz nur am Rande gestreift wurde, ist das Berlin-Problem. Auch das wird von den anderen Nationen als eine deutsche Angelegenheit betrachtet und als eine Voraussetzung für die Entspannung, mit der sich die Außenminister und die Gipfelkonferenz zu beschäftigen haben. Es ist nicht zu lösen von der Frage der Wiedervereinigung, denn alle Teillösungen bedeuten ein Provisorium, das so lange bestehen bleibt, solange die beiden deutschen Staaten nicht zusammengefunden haben. Deshalb ist der Gedanke einer militärischen Entspannung in Mitteleuropa ohne die deutsche Wiedervereinigung, der manchen europäischen Völkern willkommen wäre und für sie das Ei des Kolumbus darstellte, keine wirkliche Lösung. Eine solche militärische Entspannung würde auch nur ein Provisorium bleiben mit sehr fragwürdigen Komponenten. Es gibt zweifellos auch bei deutschen Politikern derartige Wunschträume. Aber sie sind genau so wirklichkeitsfremd und illusionistisch wie die Leugnung der Tatsache, daß es nun einmal zwei deutsche Staaten gibt.

Es wird höchste Zeit, daß die deutsche Politik zurückkehrt zum Grundsatz der Realpolitik. Mag Dr. Adenauer noch einige Zeit die Zügel fest in der Hand haben, so darf er doch überzeugt sein, daß mit ihm auch seine Politik am Ende ist. Daran ändern auch nichts seine Manipulationen der letzten Monate um die Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten und einen möglichen Kanzlernachfolger, mit denen er sich viele Sympathien im westlichen Ausland verscherzt hat, im neutralen Österreich sowohl wie in der Schweiz, in Italien, Frankreich und Belgien. Mag Dr. Adenauer sich für den besten Politiker seiner Partei halten. „Der beste Mann, det bin doch ich", soll er in einer Fraktionssitzung geäußert haben. Die Meinung vieler Deutscher und der anderen Völker ist das allerdings nicht.

Wie schwierig die Lösung der Berlin-Frage ist, wurde auf der Warschauer Konferenz deutlich, als die beiden deutschen Delegationen eine gemeinsame Erklärung erarbeiteten. Von Berlin ist in dieser Erklärung mit keinem Wort die Rede. Es könnte den Anschein erwecken, als habe man dieses Problem nicht für wichtig genug gehalten, um besonders erwähnt zu werden. Im Gegenteil waren sich beide Delegationen einig in der Meinung, daß es mit das entscheidendste deutsche Problem sei. Aber eine gemeinsame schriftliche Festlegung scheiterte schon an der Formulierung. Berlin ist zu wichtig, um nur in einer unverbindlichen Form und phraseologisch angesprochen zu werden. Ein verbindlicher Text, in dem beide Standpunkte Platz gehabt hätten, war aber in der Kürze der für die Erklärung zur

Verfügung stehenden Zeit zu erarbeiten nicht möglich. So unterblieb zum Bedauern aller ein Ansprechen der Berlin-Frage in dieser Erklärung, die in ihrer Gesamtheit aber nicht scheitern sollte an dieser Frage.

Sie ist ein Kompromiß, wie alle Absprachen zwischen Menschen und Völkern. Aber sie ist entscheidend dafür, daß es möglich ist, gemeinsame Formulierungen zu finden, wenn es um die Frage der Wiedervereinigung oder der Atombewaffnung geht. Es heißt da unter anderem: „Das Prinzip der Verhandlung muß zum obersten Grundsatz für die Lösung aller Streitfragen zwischen den beiden deutschen Staaten erhoben werden ... Gemeinsam fordern wir, daß auf deutschem Boden keine Atomwaffen stationiert, hergestellt oder erprobt werden. Wir unterstützen die Bildung einer Gesamtdeutschen Kommission zur Vorbereitung eines Friedensvertrages und der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Gleichberechtigung beider deutscher Staaten." Außerdem wird der Wunsch ausgesprochen, daß beide deutsche Regierungen „auf jede Form von Gewaltanwendung oder der Drohung mit Gewalt" verzichten.

Das mag jenen gesagt sein, die Angst davor haben, daß bei einer Wiedervereinigung der Kommunismus mit Brachialgewalt sich die Macht erobern könnte. Auf j e d e Form von Gewalt soll verzichtet werden. Und wem diese Formulierung noch zu wenig besagt, der kann ja außer den Regierungen noch andere Institutionen wie Parteien oder Wehrmachtsteile usw. in eine solche Formel einbeziehen. Ein Weg ließe sich hier bestimmt finden. Nur müßte ein offizieller Anfang gemacht werden. Da aber Dr. Adenauer von sich aus diesen Schritt nicht gehen wird, müßten die Außenminister oder die Gipfelkonferenz einen Beschluß darüber fassen und den beiden deutschen Staaten die Verpflichtung zum gemeinsamen Gespräch auferlegen.

In dem „Appell an die öffentliche Meinung Europas", der von den Teilnehmern der Warschauer Konferenz veröffentlicht wurde, ist dieses Problem nur am Rande angesprochen. Eine exakte, klare Formulierung war nicht möglich. Es heißt darin nur: „Es ist die Aufgabe der Deutschen, a l l e s zu unternehmen, um die Frage ihrer Wiedervereinigung durch Verhandlungen und mittels Organen, die ihnen geeignet erscheinen, zu lösen. Aber es ist die Pflicht der Gipfelkonferenz, eine erste Zone des militärischen Auseinanderrückens in Mitteleuropa zu schaffen". In diesem „aber" liegt der Angelpunkt, liegt die Verknüpfung der beiden Probleme, die einander bedingen. An einer anderen Stelle der Erklärung ist von der Außenministerkonferenz die Rede. „Wir meinen, daß diese Konferenz zunächst das Klima und die unbedingt erforderlichen Voraussetzungen für eine s c h r i t t w e i s e Lösung der deutschen Frage bringen muß". Auch das bedeutet, daß die Lösung der deutschen Frage, also die Wiedervereinigung, zunächst auf internationaler Ebene geregelt und in Gang gebracht werden muß, ehe die deutschen Gesprächspartner zusammenfinden.

In der „Botschaft an die Genfer Konferenz für die Einstellung der Atomwaffenversuche" steht der Satz: „Die Warschauer Konferenz nimmt zur Kenntnis, daß in einigen Punkten in Genf bereits eine Einigung erzielt wurde, und erläßt den dringenden Appell, es möge ein endgültiges Abkommen geschlossen werden. Die Öffentlichkeit ist überzeugt, daß niemand die Verantwortung dafür übernehmen kann, den Abschluß eines Abkommens, von dem das Schicksal der Menschheit abhängt, noch weiter zu verzögern".

Außer diesen Erklärungen brachte die Warschauer Tagung auch viele bedeutsame und schöne menschliche Kontakte, die sich bei einer anschließenden Fahrt nach Krakau, dem Stahlkombinat Nowa Huta und dem Konzentrationslager Auschwitz noch vertieften. Und auch das ist ein Weg zur Lösung der Probleme, die menschliche Begegnung zwischen den Völkern.

Hans Lipinsky-Gottersdorf

In Genf nichts Neues?

Seit die Regierung der Sowjetunion ihre ehemaligen Alliierten daran erinnerte, daß die Zeit gekommen sei, jetzt, vierzehn Jahre nach Kriegsende, den unnormalen Zustand in der Mitte Europas zu beenden, seit sie vorschlug, zu diesem Zweck den Hitlerkrieg mittels eines förmlichen Friedensvertrages zu liquidieren und den Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands auf eine den Realitäten entsprechende Weise in Gang zu bringen — seitdem, so scheint es, ist die Periode weltpolitischer Erstarrung vorbei; die Räder einer Entwicklung, die zumindest in Mitteleuropa über mehr als ein Jahrzehnt hin mühsam aufgehalten wurden von den Metternichs des zwanzigsten Jahrhunderts, haben sich wieder in Bewegung gesetzt und drehen sich weiter. Niemand, der in diesen Tagen scheinbarer Windstille kurz vor Beginn des zweiten Abschnitts der Genfer Konferenz sich kritisch mit den Ereignissen der letzten Monate befaßt, wird dieser Erkenntnis ausweichen können — sie mag ihm nun gefallen oder nicht. Die Dinge sind zu Entscheidungen gereift, und der Druck der Tatsachen erschüttert vor allem die heimlichen Grundfesten der Bonner Politik: ich meine die zynischen Sätze, daß einmal nichts so dauerhaft sei wie die Provisorien und zum anderen nichts so sicher wie das schlechte Gedächtnis der Menschen, diese beiden Sätze, auf die Adenauer jahrelang Divisionen und Ministerien, die karolingischen Abendlandsideologien aber ihre gefährlich wirklichkeitsfernen Pläne bauten. Nur wer mit dem Bundeskanzler seine Hoffnungen im tiefsten auf dergleichen Machiavellismen setzte, wird heute enttäuscht und entsetzt sein, nur er wird in wütende Beschuldigungen ausbrechen gegen den, der ihn unsanft aus seinen Träumen weckte. Freilich ähnelt sein Handeln verzweifelt dem einer alternden Frau, die den Spiegel und die Jahre anklagt, weil ihre Brüste schlaff und ihr Gesicht runzlig wurden.

Daß nun dem eigensinnigen Besitzer des Bonner Kanzlerstuhles der Gang der Zeit nicht behagt, daran gibt es keinen Zweifel. Als Beleg für seine Aufgestörtheit mögen nicht nur die verschiedenen ungraziösen Hupfer dienen, die er sich in der letzten Zeit zum Entsetzen seiner Anhänger leistete, um der ihm enteilenden Göttin der Geschichte auf den Rock zu treten. Viel aufschlußreicher sind seine Versuche, mit Hilfe einer, nach kurzem Aufmucken wieder zur Räson gebrachten Presse den großen Aufbruch dieser Monate zu bagatellisieren. Es habe sich, so heißt es da beschwörend, im Grunde absolut nichts geändert, die Konferenz der Außenminister sei praktisch schon gescheitert, eine Gipfelkonferenz aber werde höchstwahrscheinlich überhaupt nicht zustande kommen — und so weiter. Nichts anderes drängt sich dem Leser solcher Verlautbarungen auf als der Eindruck, man habe in Bonn nur den einen Wunsch, alle Verhandlungen so schnell wie möglich beendet zu sehen, um endlich zurückkehren zu können in die vertrauten Stellungen des kalten Krieges, wo zwar alle Aussichten auf eine Wiedervereinigung ebenso wie die vom Kanzler ohnehin schwer angeschlagene parlamentarische Demokratie sehr rasch endgültig an innerer Auszehrung zu Grunde gehen würde, wo es sich jedoch recht behaglich leben und träumen läßt, wenn man nur die Augen fest genug vor der Zukunft und ihren apokalyptischen Möglichkeiten verschließt.

Nun, diesen Weg zurück, ich glaube, es gibt ihn nicht mehr, er ist ungangbar geworden. Der Trümmerhaufen der Politik der Stärke türmt sich vor ihm auf. Es ist zu vieles geschehen inzwischen — drinnen wie draußen. Die Dulles-Adenauersche These vom militanten Antikommunismus als der einzig möglichen

Basis westlicher Politik ist fragwürdig geworden; mindestens dem nüchternen Wirklichkeitssinn britischer Staatsmänner hat sie nicht auf die Dauer standhalten können. Auch dem unrealistischen Versuch, die Existenz der DDR als eines zweiten deutschen Staates zu ignorieren, war sein natürliches Ende beschieden. Seit Delegationen der Bundesrepublik und der DDR in Genf gleichberechtigt nebeneinander saßen, hat die mühsam erzwungene und aufrecht erhaltene Fiktion von der Bundesrepublik als dem einzigen Staatswesen auf deutschem Boden ein gewaltiges Loch. Die Folgen können und werden nicht ausbleiben. All das hat den Schleier des Illusionismus zerrissen, der uns, den Bürgern der Bundesrepublik, den Blick auf die Wirklichkeit, in unsere konkrete historische Situation — die der Angehörigen eines Volkes, das einen entsetzlichen Krieg verlor — verhängte; die Fetzen dieses Schleiers fliegen im Wind der Konferenzen davon.

Die Folgen dieses Krieges sind es, die uns heute auf den Leib rücken, nicht die vorgebliche Aggressivität weltrevolutionärer Pläne der Sowjetunion. Es ist wichtig, sich das bewußt zu machen. Berlin sei bedroht, so heißt es bei uns, stehts in der Presse, tönt es aus Bonn, die Sowjetunion habe mit dem Angriff auf die Freiheit der zweieinhalb Millionen Westberliner begonnen. Aber das hält auch einer flüchtigen Überprüfung nicht stand. Die Noten aus Moskau haben auf gewisse unwiderlegliche Fakten hingewiesen, die aus der in den letzten Jahren vollzogenen Teilung Deutschlands in zwei Staaten entstanden sind. Diese Fakten, der Zwang, sich realistisch auseinanderzusetzen mit einer unsinnigen und widernatürlichen Situation, haben die Konferenz von Genf zustande gebracht. Wer will uns glauben machen, daß ein mutwilliges Ultimatum Moskaus die Weltmacht USA zu Verhandlungen hätte zwingen können? Wer von einem Ultimatum spricht, tut das aus Verlegenheit.

Kein Zweifel: der derzeitige Status von Berlin ist bedroht, oder präziser: sein interimistischer Charakter, fast schon vergessen, ist wieder sichtbar geworden. Die gemeinsame Besetzung und Verwaltung der deutschen Hauptstadt war von Anfang an gebunden an die Bemühungen um die e i n e von z w e i möglichen Lösungen der deutschen Frage: jene durch Wiedervereinigung. Amerikaner, Briten und Franzosen kamen 1945 nach Berlin zu dem Zweck, von dort aus Deutschland gemeinsam zu verwalten und dem Kontrollrat allmählich einen gesamtdeutschen Verwaltungskern zu attachieren, aus dem später eine neue und demokratische deutsche Regierung hervorgehen sollte. Dieser Status Berlins mußte also Sinn und innere Berechtigung verlieren, als nicht nur jener ursprüngliche Plan — am Veto der Franzosen — gescheitert war, sondern auch im Laufe der Jahre immer sichtbarer wurde, daß die Regierung in Bonn, die Regierung jenes deutschen Staates, der nach einem harten und treffenden Wort Kurt Schumachers „im Vatikan gezeugt und in Washington geboren wurde", kein Interesse an einer Wiedervereinigung hatte und statt dessen die kleineuropäischen Integrationsbestrebungen Adenauers zu verwirklichen suchte. Damals, als Adenauer jede Politik der Verständigung mit der Sowjetunion hintertrieb, als er Rosenbergs und Goebbel's Erbe und Mitarbeiter übernahm und unter gleichzeitiger Aufstellung von Divisionen, als einzig akzeptable Form der Wiedervereinigung, den „Anschluß der Zone", die Einbeziehung Ostdeutschlands in den Militärblock der Nato deklarierte — damals bereitete er vor, was heute sich vollzieht und was er dem deutschen Volk als Ergebnis finsterer bolschewistischer Machenschaften hinstellen möchte. Er ist immer wieder auf die sicheren Folgen seiner Politik hingewiesen worden; er nahm solche Mahnungen nicht zur Kenntnis und bootete, so weit ihm das möglich war, die unbequemen Nörgler aus. Es war ja klar, daß die Sowjetunion vor der Machtpolitik Konrad Adenauers nicht in die Knie gehen würde;

sie hat das oft und deutlich genug gesagt. Es war auch klar, daß unter solchen Umständen jeder neue Schritt in der von Adenauer gewünschten Richtung die ursprünglich angestrebte Lösung der deutschen Frage — die Wiedervereinigung, die allein den Status Berlins rechtfertige — in den Hintergrund rücken und die andere Lösung, die der Bildung von zwei deutschen Staaten, aktuell machen mußte. Die Bundesregierung tat diese Schritte, wie sie der Kanzler befahl, und zog damit den Besatzungsmächten in Berlin Stück um Stück des Bodens unter den Füßen fort.

Wir würden die Fähigkeiten Konrad Adenauers sträflich unterschätzen, wollten wir ihm unterstellen, daß ihm solche Folgen, da er doch jeden, der von ihnen sprach, mit beträchtlicher Energie mundtot machte, selbst nicht bewußt gewesen seien. Wir würden es uns auch zu leicht machen, wenn wir die Gründe für seine Handlungsweise ausschließlich in seiner zweifellos ungewöhnlich geringen Sympathie für Berlin, die Wesensart seiner Bewohner und die von dieser Stadt repräsentierten Entwicklungsstränge deutscher Geschichte erblickten. Ein gewisses, rein taktisch bedingtes Interesse an Berlin als der „Frontstadt", als dem wichtigen Vorposten im kalten Kriege, ist natürlich da, gehört es doch zu der aggressiven abendländischen Konzeption, die als wichtiges Ingredienz immer noch die Vorstellung von der „Befreiung" der sogenannten Satelliten und der Wiederherstellung der alten sozialen Ordnungen im ost- und ostmitteleuropäischen Raum enthält. Selbstverständlich sind solche Träumereien Rechnungen ohne den Wirt, ohne die betroffenen Völker; wer etwa bei den Polen den Wunsch nach Rückkehr zu der entsetzlichen Mißwirtschaft der bürgerlich-faschistischen Vorkriegsregierungen oder der ihrer klein- und hochadligen Dorfdespoten voraussetzt, irrt sich gewaltig. Es handelt sich bei solchen Vorstellungen auch weder um eine deutsche, noch um eine europäische Konzeption, wie gelegentlich behauptet wurde, weil das Wort Europa auf alle die eine beträchtliche Faszination ausübte, die auf panischer Flucht vor der eigenen Geschichte nach einem rettenden Winkel suchten. Nein, das abendländische Gedankengut, einigermaßen deutlich formuliert in Publikationen der „Abendländischen Akademie" und des Bonner Kronjournalisten P. W. Wenger, ist trotz gelegentlichen Gebrauchs moderner ökonomischer Begriffe dem fernen Mittelalter zuzuordnen; alle geistigen und politischen Wandlungen seit der Reformation rigoros ausklammernd, knüpft es an nebulöse karolingisch-habsburgischen Reichstraditionen an. Ich habe nicht vor, mich hier eingehend mit ihr zu befassen; es ist aber wichtig, davon zu sprechen, weil nur durch solche im Hintergrund herumspukenden Phantome manches dunkle an der Politik unseres Bundeskanzlers verständlich wird. Da gibt es also beispielsweise jenen großen Plan einer „Neuordnung Ostmitteleuropas nach der Befreiung". Er zeugt nicht von Sachkenntnis, nicht von Wirklichkeitssinn, aber, sagen wir mal, von heiligem Sendungsbewußtsein. Wer davon überzeugt ist, berufen zu sein, dermaleinst — nach einer „Befreiung"! — Polen, die Tschechoslowakei, die baltischen Republiken, Teile der Ukraine und der DDR (!!) in einer Ostföderation zu vereinigen, der muß weit über so nichtigen Dingen stehen, wie die Lösung dringender nationaler Probleme beispielsweise eines ist. Der hat sich an Größerem zu messen, erhabenere Ziele anzusteuern: die Vorbedingung zur großen Ost- und Endlösung im Sinne der Abendländer ist selbstverständlich die vollzogene Schöpfung eines, nennen wir es, um im einschlägigen und angemessenen Jargon zu bleiben, einmal so: westlichen Kernreiches. Beschäftigt mit dem Bau dieses Reiches, mußte Pfalzgraf Adenauer darum natürlich bereit sein, den Zeitpunkt der Wiedervereinigung, wenn sie sich als Anschluß zum Zwecke einer Erhöhung der Nato-Schlagkraft nicht erreichen ließ, in voller Übereinstimmung mit seinem Freunde Dulles auf den Sankt Nimmerleinstag zu verlegen. Es gab nur eine

Schwierigkeit bei diesem Manöver: die Deutschen durften es nicht bemerken, denn es ist klar: wenn auch ein großer Teil unseres Volkes nach dem entsetzlichen Fiasko von 1933 bis 45 in nationale Bewußtlosigkeit versunken war und der Zerstückelung der Nation kaum gewahr wurde — einmal muß der Tag kommen, da diese Bewußtlosigkeit endet, und für die Pläne Adenauers war es wichtig, ihn möglichst weit hinauszuschieben, so weit, daß die dann zu erwartende Empörung das vollendete Werk nicht mehr gefährden kann. Es war allerdings vorauszusehen, daß für die Deutschen dieser Tag mit dem zusammenfallen mußte, an dem sich in Berlin, dem schwächsten Punkt in der Reihe der abendländischen Positionen, der nicht nur utopische, sondern — vor allem für Deutschland — schlechthin lebensgefährliche Charakter aller auf einen starren und kraftmeierischen Antikommunismus gebauten Planungen erwies.

Nun, dieser Schwierigkeit wurde der taktisch außerordentlich versierte Bundeskanzler zunächst, wenn auch mit einiger Anstrengung, Herr: wiederum in Gemeinschaft mit seinem amerikanischen Kollegen Dulles, sorgte er dafür, daß die sofort sichtbar werdende erste Folge seiner Politik, der Zerfall Deutschlands in zwei Staaten, wenn sie schon nicht zu verhindern war, doch wenigstens nicht öffentlich zur Kenntnis genommen wurde. Die Existenz der DDR wurde ignoriert. Jedem, der hierbei aus der Reihe tanzte, fiel die dürre Faust der Vergeltung ins Genick. Im übrigen glaubte Adenauer sich in Sachen Lösung der deutschen Frage mit Beschuldigungen der Sowjetunion einerseits und dem Klopfen frommer Sprüche sowie der Verbreitung eines politischen Wunderglaubens andererseits begnügen zu dürfen: es werde schon einmal kommen, was ja kommen müsse.

Er hat, freilich auf wenig wunderbare Weise, recht behalten, und es mag ein böser Tag für ihn gewesen sein, als er das zum erstenmal begriff. Zwar muß er längst deutlich erkannt haben — was nur ein Narr hätte übersehen können —, daß sich mit dem faktischen Dahinschwinden jeder Möglichkeit einer „Wiedervereinigung als von den Siegermächten angeordneten Akt" das R e c h t auf das Verbleiben westlicher Truppen in Berlin nicht ewig und unbeschränkt würde aufrecht erhalten lassen; das aber konnte ihn nicht übermäßig beunruhigen, glaubt er doch ohnehin nicht an das Recht, sondern an die Macht. Obgleich nie Soldat gewesen, ist Adenauer mit allen Fasern seines Wesens Militarist, und vermutlich war er auch überzeugt davon, daß die militärische Macht, die der US-Army und vielleicht, war erst einmal die atomare Bewaffnung verwirklicht, auch die seiner Bundeswehr, ihn vor der hochnotpeinlichen Lage schützen würde, in die er notwendig geraten muß, sobald den Deutschen, auch denen in der CDU, mit dem drohenden Fall des zur Frontstadt ernannten Berlin das nationale Dilemma in seinem ganzen Ausmaß schonungslos ins Blickfeld rückt. Hier aber hat er sich geirrt, hier zeigt sich jetzt, daß es eine ganze Reihe von Punkten gibt, in denen sich dieser maßgebende westdeutsche Nachkriegspolitiker verrechnet, und zwar gründlich verrechnet hat.

Man kann durchaus die Argumente der Opposition in den Wind schlagen, sofern man die Macht dazu besitzt — und kein Verhältnis zum Wesen der Demokratie. Mit Tatsachen kann man das nicht; sie haben ihre eigene Überzeugungskraft. Als nur einer der Beteiligten erklärte, das trügerische Spiel der vielen „Als ob" in der Deutschlandfrage nicht mehr mitmachen zu wollen — als die Sowjetunion im vergangenen Herbst nüchtern auf den wirklichen Stand der Dinge hinwies und anzeigte, daß sie ihre Folgerungen daraus ziehen werde, brauchte sie weder ultimativ zu drohen noch sonst einen Finger zu rühren. Es zeigte sich, daß die einmal enthüllte Wirklichkeit allein genügte, alle Beteiligten davon zu überzeugen, daß etwas geschehen müsse. Die Großmächte gingen nach Genf; sie gingen möglicherweise nicht alle gleich gern — allein niemandem blieb eine andere Wahl.

Der Glaube an die Macht hatte getrogen. War schon das ein schwerer Schlag, so nimmt Adenauer jetzt mit steigender Erbitterung wahr, daß er mit seinen wachsenden Sorgen allein gelassen wird; daher das Räsonnement in den bekannten Interviews. Er will und will nicht mit der DDR verhandeln, er liegt wie ein Stein auf diesem einzigen Wege innerdeutscher Annäherung — die Engländer und Amerikaner betrachten den halsstarrigen alten Mann von Bonn mit gerunzelter Stirn. Besorgt um ihr Prestige, das in Berlin auf dem Spiele steht, besser vertraut mit den Wirklichkeiten der Weltpolitik als Adenauer, der seine Meinung in vollem Ernst für letzte Weisheit hält, sind die Angelsachsen bereit, zu verhandeln, weil es keine Alternative zu Verhandlungen gibt als den öffentlichen Bankrott. Adenauer am nächsten steht noch sein Kollege in Paris, Charles de Gaulle, Frankreichs großer General. Aber dessen Vorschläge vermögen in Bonn nicht zu trösten; kaum verhohlen empfiehlt er, Berlin radikal abzuschreiben und, befreit von dieser Last, mit ihm, de Gaulle, gemeinsam atomar zu rüsten. Ihm ist an Berlin ohnehin nichts gelegen; fünfzig Millionen Deutscher als unmittelbare Nachbarn sind ihm weitaus genug. So beweist er auch hier wieder sein notorisch geringes Einfühlungsvermögen; er begreift nicht, was es für Adenauer bedeuten würde, die Täuschungen dreier Wahlkämpfe und unzähligen Reden zugeben und vor einem aufgeschreckten Volke verantworten zu müssen: Ende und Sturz.

Der Mann, der die Politik der Bundesrepublik allein zu verantworten hat, weil er sie entscheidend bestimmte und ihr die Richtung gab, hat im Verfolg dieser Politik seine schmerzhafteste, möglicherweise vernichtende Niederlage erlitten. Er will uns einreden, daß diese seine Niederlage auch ein Unglück für Deutschland sei, und er verlangt um so treuere Gefolgschaft, weil es nur den Sieg seiner Konzeption — oder den Untergang im Kommunismus gebe. Wir haben genau das gleiche schon einmal anhören müssen, und heute wie damals ist es Demagogie. Die Alternative zu Adenauer heißt nicht Untergang noch Kommunismus, sie heißt Mitarbeit an einer Politik der Verständigung statt Atomaufrüstung, Koexistenz statt drohender Katastrophe, Liquidierung des Hitlerkrieges durch den längst fälligen Friedensvertrag und schließlich reale Aussicht auf eine Wiedervereinigung. Mit dem Kommunismus aber werden wir uns in friedlichem Wettstreit zu messen haben — gibt es einen Grund, diese Möglichkeit zur Bewährung der verschiedenen gesellschaftlichen Systeme zu fürchten?

Die Dinge in Deutschland sind zu Entscheidungen gereift, sagte ich eingangs. Das ist ein Fortschritt. In Bonn aber erklärt man: in Genf nichts Neues.

Nichts Neues? Zwar sind die Vorschläge, um die es dort geht, in der Tat schon früher gemacht worden. Sie zielen auf Entspannung, auf Beseitigung der tödlichen Gefahr atomaren Wettrüstens und die Entschärfung der gefährlichsten Reibungsflächen im mitteleuropäischen Raum. Diese Vorschläge sind nicht neu. Neu aber ist, daß endlich, endlich ernsthaft über sie verhandelt wird, all denen zum Trotz, die in wahnsinniger Verkehrung der Dinge die Explosionen der Wasserstoffbombe und ihre, von unzähligen Wissenschaftlern bestätigten verheerenden Folgen weniger fürchten zu müssen meinen als das menschliche Gespräch über die Fronten hinweg.

Im Interesse des deutschen Volkes liegt es, seine Politiker zu bewegen, solche Verhandlungen nicht zu hemmen, sondern zu unterstützen und dazu beizutragen, endlich klare Verhältnisse zu schaffen, in Berlin und überall.

Staatssekretär a. D. Dr. Eduard Brenner

Bayerischer Ordenssegen

Plötzlich regnete aus dem bayerischen weiß-blauen Himmel ein Ordensregen ungeahnten Ausmaßes herab. Die Lücke, die sich seit der Zeit aufgetan hatte, als sich die Gründer des bayerischen Verdienstordens diesen als erste an ihre Brust geheftet hatten, war zu groß geworden. Eigentümlicher Weise wurden die herabfallenden Kreuzchen von der Prominenz bayerischer Politik und Kultur wie von einem Magneten angezogen. So wurden auf einen Schub 174 Prominente durch Verleihung des B. V. noch prominenter gemacht.

Wir leben in einer seltsamen Demokratie. Und in einer seltsamen klassenlosen Gesellschaft! Und in einem seltsamen Volksstaat, in dem alle Gewalt vom Volke ausgeht! Natürlich hat auch dieser Volksstaat seine Prominenz. Aber heißt in einem solchen Volksstaat prominent sein nicht nur: an, wohl durch Befähigung und Fleiß erworbener, bevorzugter Stelle seine Pflicht tun nach den Forderungen des Volkes und entsprechend dem besten eigenen Können? Genügt es in einer Demokratie nicht, durch solche Bevorzugung anerkannt zu sein? Widerspricht nicht eine Ordensverleihung, dazu noch in solchem Maße an die Prominenz, gerade diesem Prinzip der Pflicht und der bescheidenen Einreihung in ein demokratisches Staatswesen? Wird nicht durch eine solche besondere Betonung der Prominentenklasse das Prinzip gleicher, selbstverständlicher Pflichterfüllung für alle, der Grundsatz des von allen gleicherweise verlangten Dienstes am Volk völlig durchbrochen? Hat man immer noch nicht erkannt, daß gerade eine Ordensverleihung für Dienste, die das selbstverantwortliche Volk von den durch dieses Volk an prominente Stellen beförderten Staatsbürgern zu verlangen das Recht hat, den demokratischen Charakter eines Staates ins Gegenteil verkehrt, nämlich in einen Staat, in dem der brave und fleißige Schüler ein Fleißbillett in Gestalt eines dem Maltheser-Kreuz — also nicht einmal eines originalen — nachgebildeten Kreuzchens erhält zur Schaustellung bei öffentlichen Gelegenheiten? Fast scheint es, als ob wir, bei Betrachtung der Äußerungen unserer Volksgemeinschaft, nicht viel über die kindliche Reife eines Volksschülers hinausgewachsen sind, der durch besondere Belohnung zu besonders guten Leistungen angespornt werden soll.

Es ist absolut abwegig, die Prominenz in dieser Weise noch prominenter zu machen. Als ob nicht Tausende und Abertausende ihre demokratische Pflicht genau so an ihrem Platz erfüllen würden, wie die 174 neuen Ordensträger. Wir sind jetzt glücklich da angelangt, wo hundert ausgezeichnet und tausend nicht ausgezeichnet werden bei gleichem demokratischem Verdienst. Da, wo die ausgezeichneten mit Fingern auf diejenigen deuten können, die nicht ausgezeichnet wurden und naturgemäß denken und sagen: Bei denen muß etwas nicht in Ordnung sein. Die Zahl der Ordensbrüder ist beschränkt. Viele Tausende werden sich berechtigter Weise fragen, was haben die Ausgezeichneten denn mehr an Verdienst als ich — nur weil sie im öffentlichen Licht stehen? Dabei wird überhaupt nicht mehr beachtet — Demokratie!! —, daß es viele Leute gibt, die aus einem gesunden demokratischen Grundgefühl heraus grundsätzlich gegen das Ordenssystem sind.

So reißt man das Volk auseinander von oben bis unten. Man möchte tatsächlich gerne wissen, wer in unserer „Demokratie" diese schwierige, unmögliche Auswahl getroffen hat. Ganz abgesehen von dem Grundfehler, gelangt auch das intellektuelle Nazitum wieder zu öffentlichen Ehren. Weiterhin ist die ernste Frage berechtigt, ob durch solche Maßnahmen nicht Abhängigkeiten vom Staat

geschaffen werden, die der Freiheit der Demokratie entgegen wirken. Man sollte auch fragen, ob die bedenkenlose Zustimmung der Regierungsopposition zu solchen abgetragenen altbayerlichen und monarchischen Bräuchen ihr mehr Schaden oder Nutzen bringt. Jüngste Vorkommnisse scheinen mehr für Schaden zu sprechen. Wann werden wir endlich auch wieder gekaufte Kommerzienrats- und Justizratstitel haben und dergleichen?!

Wir scheinen noch lange nicht am Tiefstand demokratischer Gesinnung und demokratischer Lebensform angelangt zu sein. Aber wir sind auf dem besten Weg dazu.

Hat wirklich keiner der prominenten Ordensbrüder solchen Gedanken Raum gegeben? — Wie wollen wir da zu einer lebendigen anstatt nur formalen Demokratie kommen?

Dr. Dr. Georg Groeninger

Deutschland-Politik — gegen Deutschland

Unehrlichkeit um Deutschland

Schwere Sorge lastet auf jedem, der sich das traurige Schicksal unseres Volkes vor Augen hält und nach dem bitteren Geschehen von zwei Kriegen erkennt, daß nur der Mißbrauch einer im Waffenglauben verblendeten Politik die Ursache unseres tiefen Absturzes ist. Aber noch drückender ist die Sorge, sehen zu müssen, daß der gleiche politische Kurs — wenn auch mit anderen Vorzeichen und Zielen — heute mit einer noch weit gefährlicheren Rüstung weitergeht. Das brennende Interesse unseres Volkes an seinen dringendsten Existenzfragen (Wiedervereinigung, Entspannung im Osten, Friedensvertrag und Schaffung stabiler Verhältnisse) muß hinter fremden Interessen zurückstehen. Es ist das Unehrliche an dieser Politik der geheimen Vorbehalte, daß nach außen nicht in Erscheinung tritt, was im Hintergrund geplant wird.

In aller Offenheit hat „Die Tat" (Zürich) kürzlich die wirkliche politische Lage Deutschlands gekennzeichnet: „Die Nachbarn im Osten mißtrauen Deutschland mit Adenauer, mit Franz Josef Strauß und mit Atomwaffen. Die Nachbarn im Westen mißtrauen Deutschland ohne alle diese Trümpfe. War Deutschland je einsamer? Das ist die Wahrheit hinter der Fassade der deutschen Wiedergeburt im westlichen Geist und der Aufnahme Deutschlands in die westliche Familie. Die westliche Familie nahm so viel von Deutschland auf, wie sie selbst brauchen konnte und dem Osten nicht gönnte, und verhinderte damit zugleich die Wiedervereinigung. Das alles war beabsichtigt. Das alles ist gelungen. Die Deutschlandpolitik des Westens war also ohne Zweifel erfolgreich. Nur hätte man nicht sagen sollen, dies alles sei zum Wohl Deutschlands geschehen, weil diese Unwahrheit sich eines Tages rächen wird". — Es geht, wie Die Welt dazu bemerkte, „eine Unehrlichkeit um Deutschland" um. Es wird versucht, alles in Nebel zu hüllen, was hinter dieser Deutschlandpolitik und hinter dem Rücken unseres Volkes vor sich geht.

Vor allem soll man nicht sagen, daß nur in Rußland der böse Geist sei, der unsere Wiedervereinigung hintertriebe. Die rechtsstehende französische Zeitung

„L'Aurore" forderte Anfang Mai d. J. ein Deutschland, das „stark genug ist, um am Rhein einen wirksamen Schutz zu bieten; aber es würde unseren Interessen widersprechen, wenn ein wiedervereintes Deutschland zu stark wird und Anspruch erhebt, in Osteuropa eine Führungsrolle zu spielen". Der geistig führende französische Gelehrte François Mauriac läßt nicht nach mit seiner öffentlich vertretenen Forderung, daß die deutsche Wiedervereinigung verhindert werden müsse. Dies ist die Grundstimmung in Frankreich — ähnlich wie in anderen Ländern des Westens. Ist es da glaubhaft und ernst gemeint, wenn der französische Ministerpräsident Debré bei seinem Besuch in Bonn erklärt, bei der Wiedervereinigung könne Deutschland auf die unbedingte Unterstützung Frankreichs rechnen?

Fügt man noch hinzu, daß in Ländern des europäischen Westens seit 1950 unsere Aufrüstung ganz offen gefordert wird, weil wir ohne Rüstungslasten wirtschaftlich zu stark und ein gefährlicher Konkurrent des Westens würden — und daß die USA den westdeutschen Raum für militärische Zwecke beanspruchen, dann wird es klar, welche unzumutbare Bürde an militärischen und wirtschaftlichen Lasten — dazu das verschärfte Mißtrauen und die Gegenrüstung des Ostens — wir uns aufladen ließen. Dem Interesse unseres Volkes und seiner Wiedervereinigung ist dadurch nur geschadet worden. Deutschland ist das Beutestück aus dem Krieg, und auch unsere Freunde im Westen suchen das Beste daraus für sich zu formen: Europa- und Deutschland-Politik — gegen Deutschland.

Der Hierarchismus

G. F. Kennan (USA) hat vor einiger Zeit die vielsagende Andeutung gemacht: eine Lösung des Ost-West-Konflikts sei nur möglich, wenn man die tieferen Ursachen der Spannungen erkannt habe. Er weiß selbst um die Ursachen. Jeder Politiker kennt sie. Aber keiner bringt sie zur sachlichen Aussprache. Persönliche und parteipolitische Gründe, Bedenken der Wahltaktik und wirtschaftliche Motive und nicht zuletzt der ewige Opportunismus — diese quälende Sorge ums Ich — stehen im Wege. Dabei geht es um die letzten Dinge, um Sein oder Nichtsein unseres Volkes.

Der äußere Zusammenhang ist leicht zu erkennen. Auf der einen Seite der sowjetische Machtblock mit seinem kommunistischen Wirtschaftsprogramm und Erlösungsglauben. Auf der andern Seite der westliche Machtblock unter der Führung der USA mit deren Anspruch auf Welthegemonie im Gegenzug gegen den Kommunismus. Und hinter dem Westen der geistliche Machtblock der römischen Kirche mit dem Ziel, die weltliche Stellung der Kirche mit ihrer geistlichen Autorität und mit dem Schwert der ihr ergebenen Staaten gegen die geistige Gefahr des Kommunismus zu sichern. So tritt neben die weltpolitischen Gegensätze der Staaten der Weltanschauungskampf gegen den Kommunismus unter der Führung der römischen Kirche — verstärkt durch führende Kreise der evangelischen Kirche, die an der Seite ihrer „mächtigen Schwester" ihr kirchliches Reich am besten zu schützen glauben. Den römisch-kirchlichen Absolutheits-Anspruch, daß sie die Ur-Kirche sei und „kein Heil außerhalb dieser Kirche" gegeben sei und daß der Kommunismus als Feind der Kirche ausgeräumt werden müsse, hat der Westblock in seine politischen Ziele mit einbezogen. Hierbei spielen die sechs Staaten des westeuropäischen Kontinents, die Gründer des Wirtschaftsblocks der Montan-Union, auch insofern eine Rolle, als sie sich als Gründungszelle eines neuen christlichen Abendlands im karolingischen Stil berufen fühlen könnten. Unter dem Einfluß der Kirche wurde der West-Ost-Konflikt hierarchisch überspielt und unter dogmatischen Zwang gesetzt. Nicht ohne Grund haben Politiker mit Rang und Namen vor einer Dogmatisierung der Politik gewarnt (u. a. Dr. H. Brüning in seiner Rede vor dem Rhein-Ruhr-Klub 1953). Die Politik steht nun

auch auf weltanschaulichem Grund und ist Dogma geworden. Das Dogma aber kennt keinen Irrtum, keine Konzession und keinen Widerspruch. Es kennt nur Unterwerfung des anderen. — Und der Osten antwortet mit der gleichen Absolutheit. Das ist der tote Punkt im Hintergrund des Ost-West-Konflikts, aber auch im Hintergrund unserer Wiedervereinigung und der Deutschlandfrage.

Der Ost-West-Konflikt trägt Kreuzzug-Charakter: Hie Christ — dort Antichrist. Ein Dogma mit weltpolitischen Spannungen. Aber über Dinge des Glaubens und des politischen Glaubens wird an Konferenztischen nicht verhandelt. Daneben spielt im deutschen Bereich aber auch die kirchliche Spaltung eine Rolle, die als das „Rom-feindliche Werk Luthers" in den verschiedensten Formen je nach Sachlage und Tunlichkeit unter Angriff gesetzt wird. So bestehen von der römischen Kirche her zwei politisch bedeutsame Spaltungen: Im weltpolitischen Raum die des offenen Konflikts gegenüber dem Osten und im deutschen Raum die des verdeckten Konflikts gegenüber dem Protestantismus. Nur in diesem Gesichtsfeld läßt sich das politische Spiel der Kräfte im Hintergrund verstehen. Die historisch wesentliche, aber für die kommende Geschichte höchst bedenkliche Wendung des Politischen liegt darin: Die römische Kirche hat sich mit ihrem protestantischen Anhang und ihrer geistlichen Autorität, hierbei einer stets gepflegten Tradition folgend, in den gefährlichen Raum der weltpolitischen Gegensätze aktiv eingeschaltet. Der Hierarchismus ist nun sichtbar auf den Plan getreten und verschafft sich — wie zur Zeit Konstantins — Geltung als politischer Faktor bei der Einstellung der Staatspolitik auf die kirchlichen Interessen mit quasi-dogmatischer Bindung. Der Geist der Demokratie wird verdrängt, weil er im hierarchischen Denken keinen Raum findet. Demokratie besteht nur mehr noch in der Gesetzes-Form und in geformten Begriffen, aber nicht im lebendigen Geist. Die nationale Idee im besten Sinne von Volkstum und Vaterland tritt in den Hintergrund. Für die Lebensfragen des deutschen Volkes besteht in dieser Überschattung wenig Neigung und Interesse. Auch hier: Politik gegen Deutschland.

In dieser geistig beengten Welt zeigt sich ein bedenklicher Mangel an konstruktivem politischem Denken und eine geistige Leere, die den Grundzug unserer Außenpolitik kennzeichnet. „Dieselbe furchtbare Leere, die Europa nach dem ersten Weltkrieg mit totalitären Systemen ausfüllte, besteht jetzt bei den siegreichen Nationen" (F. J. Sheen), die auch im Westen weder politischen Weitblick noch die seelische Größe und Gestaltungskraft aufbringen, um den Ungeist der vergangenen Zeit zu überwinden und den gemarterten Völkern den Weg zu einer wirklichen Freiheit zu bahnen.

Die gefährlichen Spaltungen

Weit schlimmer als in den Jahrhunderten zuvor stellt sich heute die militante Haltung der Kirchen unter den Zeichen der Atomgefahren dar. Die Kirche als Trägerin der christlichen Lehre und Menschheitskultur und als berufene Mitgestalterin der Gemeinschafts-Ordnung ist trotz des katastrophalen Zusammenbruchs des christlichen Abendlands wiederum heruntergestiegen von der hohen Warte ihres göttlichen Auftrags in die Kampflinie der weltlichen Interessenkonflikte. Sie trotzt den Gefahren der atomaren Bewaffnung und eines möglichen Weltbrandes — selbst dann, wenn „bei der Verteidigung allerhöchster Güter . . . die Welt untergehen sollte" (Pater SJ. Gundlach-Rom bei einer Tagung in Würzburg). Hier zeigt sich die wirkliche und schlimmste Glaubensspaltung in der Kirche selbst: die Spaltung der unteilbaren Lehre in einen kirchlich-religiösen Bereich mit dem Liebesgebot und in einen weltlich-politischen Bereich mit der „Schwerter-Lehre". Die Einheit des Glaubens wird in sich zerstört, wenn das Christuskreuz zum Symbol weltlicher Machtkämpfe wird und in diese haßerfüllte Arena gezerrt wird. Dadurch wird „die Kirche nicht nur eine unverstandene und

unverstehbare Wirklichkeit, sondern in vieler Hinsicht eine beunruhigende, bedrohliche, gefährliche Tatsache". (Pater A. D e l p SJ. „Im Angesicht des Todes" S. 143.).

Gespalten wird aber auch die Einheit der Gläubigen. Der gewissensmäßig Christus-orientierte Mensch findet Zweifel und Ärgernis an der waffenbejahenden Kirche — zumal im Atomzeitalter. Er sieht sich abseits gestellt und preisgegeben in seiner Not gegenüber den andern, die der Kirche aus Gewohnheit folgen oder gar nur aus Opportunitätsgründen. Für die Kirche ist diese Spaltung um so schlimmer, weil ernsthafte Menschen Anstoß an ihr nehmen, während sie auf der andern Seite den Beifall von glaubensmäßig völlig Uninteressierten findet, die ihr nur politisch zustimmen, weil sie sich nur durch das Bekenntnis der Kirchen zum Geist der Waffen angesprochen fühlen.

Es erfüllt weite Kreise, Christen und Nicht-Christen, mit großer Sorge, daß die Atombomben auf japanische Städte vor den Augen der Welt mit „christlichem Gebet" zum Abwurf kamen. Wissen die Kirchen, was das bedeutet — im Weltgeschehen und gegenüber den anderen Weltreligionen? Es erfüllt jeden religiös gebundenen Menschen mit gleicher Sorge, daß unsere Aufrüstung ihren ersten Weckruf von der Kirche erhielt, als der Kardinal in Köln auf dem Katholikentag in Bonn im Juli 1950 dazu aufrief, die vom Osten bedrohte Gottesordnung im gegebenen Fall „mit Waffengewalt wiederherzustellen". Fünf Wochen später erging das geheime Memorandum des Bundeskanzlers mit dem Truppenangebot an die Westmächte.

Die römische Kirche läßt im Ringen gegen die Atomgefahr die moral-theologische Rechtfertigung der Atomwaffen zu. Wo ist hier noch Christentum als erlösende Kraft, auf die Millionen nach 1945 gehofft haben?

Das soll keine Anklage sein, obwohl die Tatsachen eine solche rechtfertigen; sondern die mit größtem Bedauern gemachte Feststellung, daß der christliche Glaube im öffentlichen Leben mit seinen lebensbejahenden Ordnungswerten kraftlos geworden ist; daß — um mit Pater A. Delp zu sprechen — „die christliche Idee keine der führenden und gestaltenden Werte dieses Jahrhunderts ist . . . und die Kirche heute nicht zu den führenden Mächten und Kräften der M e n s c h h e i t gehört". (s. o. S. 142, 144). Im gleichen Sinne und in vornehm-sachlicher Weise urteilen der indische Staatsmann M. G a n d h i und Sadhou Sundar S i n g h, der in seiner Heimat zum Christentum übergetreten war und mit großer Enttäuschung von seiner Europareise zurückkehrte. (Vgl. hierzu auch Mai-Heft S. 408: Brief eines Japaners.)

Leider hat die Kirche im Lauf der Geschichte von den hohen christlichen Werten politisch sehr wenig verwirklicht und die soziale Schwungkraft und die humane Anziehungskraft des wahren Christentums in der großen Gemeinschaft nicht zur Entfaltung gebracht. Der gesellschaftliche Zerfall als Auswirkung der letzten Kriege hat die Haltung der Kirche nicht geändert. Auch darunter leidet die politische Neugestaltung Europas und Deutschlands.

„M a c h t d a s T o r a u f"

Das Tor zum Osten wurde im Sommer 1950 zugeschlagen, als bekannt wurde, daß der deutsche Bundeskanzler den Westmächten das Angebot deutscher Waffenhilfe gegen den Osten gemacht hatte. Dies war der schwerste Schlag gegen die Wiedervereinigung und gegen die Lösung der Deutschlandfrage — aber auch ein Schlag gegen den für uns wirtschaftlich wertvollsten und militärisch gefährlichsten Nachbarn im Osten. Eine Herausforderung Rußlands, das noch ganz unter dem Druck des deutschen Überfalls im Juni 1941 und seiner bitteren Kriegserlebnisse stand; ein Vorstoß, der durch die bei uns selbst nicht mehr ernstgenommene Koreakrise nicht zu rechtfertigen war. Am schlimmsten ist unser Volk getroffen.

Trotz wirtschaftlichen Wohlstands — politisch „befindet sich Deutschland tief in der Nacht" (G. Bernanos).

Die Bundesrepublik schloß einen Wirtschafts- und Waffenbund mit den Westmächten (sog. „Integration"). Sie betreibt Aufrüstung gegen Rußland und fordert Entschlußfreiheit, damit die DDR nach der Wiedervereinigung in den Westen „integriert" werden kann. Die Russen lehnen ab. Sie können nicht anders (s. Rede Dr. Brünings im Rhein-Ruhr-Klub). Gleichwohl machen die Sowjets, um der Aufrüstung entgegenzuwirken, Angebote (z. B. März 1952), die eine Lösung ermöglicht hätten, wenn wir das Tor geöffnet hätten. Österreich war im gleichen Sinne angesprochen. Es hat sachliche Politik gemacht und ist durch das offene Tor zu seiner Staatseinheit und zu seinem Friedensvertrag gekommen und dabei nicht schlecht gefahren. Der Grundfehler unserer Politik ist es, die Freundschaft mit dem Westen durch die Aufrüstung und das Auftürmen des Hasses im Osten zu erkaufen. Österreich hat ohne solchen Anti-Kommunismus positive nationale Politik betreiben können. Der Anti-Kommunismus ist eine schlechte geistige Waffe und keine tragende Idee konstruktiver Politik. Die Nachwelt wird — wenn sie nicht im Atomtod ausgelöscht wird — ihn ebenso unvernünftig finden, wie wir heute die Idee von dem „Erbfeind im Westen" und ihren Ausbund von Haß und Kriegsgeschrei als Unverstand und Bosheit erkennen.

Fulton J. Sheen, der Weihbischof von New York, hat in seiner Schrift „Der Kommunismus und das Gewissen der westlichen Welt" (1950) die Idee des Anti-Kommunismus überzeugend widerlegt. Er weist nach, daß der Kommunismus „aus unserer materialistischen westlichen Welt" hervorgegangen ist und daß in unserer Entseelung des Geistes „der individuelle Atheismus unserer bürgerlichen Gesellschaft zum kollektiven Atheismus des Kommunismus" geführt hat. F. S. Sheen sagt weiter: „Es ist so bequem zu glauben, daß unsere westliche Zivilisation frei sei vom Bösen und daß wir nichts anderes zu tun brauchen, als antikommunistische Reden zu halten." . . . „Nicht darum ist der Kommunismus zu fürchten, weil er gottlos ist, sondern weil wir widergöttlich sind; nicht weil er stark ist, sondern weil wir schwach sind . . . Unsere westliche bürgerliche Gesellschaft ist unchristlich, der Kommunismus ist anti-christlich" (Sheen a.a.O. S. 38, 40, 46).

Genau besehen, stehen sich die Systeme und die Menschen in West und Ost viel näher, als sie zugeben möchten. Wirtschaftlich arbeiten beide mit dem Kapital, der notwendigen Ansammlung von Geld in der technisch-industriellen Produktion. Nur der Strom des Geldes bewegt sich in verschiedenen Bahnen, bis er schließlich im Ertrag der Wirtschaft hier wie dort zunächst in die Kassen der Betriebe und derer fließt, die oben und vorne stehen. In diesen Kreisen soll auch Rußland schon viel von westlichem Wohlstand und Luxus übernommen haben. Die gerechte Verteilung des Volkseinkommens aber bleibt hier wie dort das schwierigste Problem. Nur hat es hierbei der kommunistische Staat im Osten leichter als die Unternehmer im aufgeklärten Westen.

Und im Religiös-Weltanschaulichen? Wer darf sich da erhöhen und den andern erniedrigen? Hier Christ — dort Antichrist? Es gibt Antichristen, die in die Kirche gehen, und Christen, die ihr fernbleiben. Aber im Blick auf den Osten darf man wohl sagen, daß in der Einfachheit und Einfalt dieses Lebens — selbst bei Nichtchristen (z. B. Hindus, Buddhisten, Konfuzianern) — eine bessere religiöse Haltung zu finden ist als in der westlichen Standard-Welt. Gandhi z. B. hat in Indien einen sehr großen Anhang — besonders in den geistig gebildeten Schichten. Nach den Feststellungen F. J. Sheen's hätten wir Grund genug, als Christen bescheidener zu sein. Man sieht, daß sich auch im Politischen die Extreme von West und Ost berühren. Alle Menschen und Völker haben den Wunsch, ihr Leben in Frieden und ohne menschen-gemachte Qualen zu verbringen. Aber unter der

Fuchtel der politischen Dämonien nähren sie denselben antichristlichen Haß, dasselbe Mißtrauen, dieselbe Intoleranz jeder anderen Meinung gegenüber. Sie kennen Freiheit nur als den unantastbaren Bereich ihrer eigenen InIteressen und glauben noch an ihre „Freiheit", obwohl sie sie nur mit Atomwaffen zu „schützen" wissen. Sie rüsten mit denselben Vernichtungswaffen und opfern ihre Wirtschaftskraft für sinnlose Zwecke, um im Fall des Kampfes alles restlos zu vernichten, was sie durch ihre Verteidigung retten zu müssen glaubten. So bewegt sich die Politik, die nicht auf das Verstehen des anderen, sondern auf seine Vernichtung gerichtet ist, auf beiden Seiten im Geiste des Antichrist und in den höchsten Potenzen von Unrecht und Unvernunft: Die Realpolitik der Totalvernichtung! Das Verhängnis der Völker! Politik gegen sich selbst!

Es gibt keinen andern Weg: Wir müssen das Tor zum Osten wieder aufmachen. Gewiß machen uns die Sowjets die Dinge nicht leicht. Und jede Bosheit wird von uns strengstens notiert. Aber die da drüben notieren auch. Glauben wir, daß sie leicht vergessen werden, welche harten Worte und Drohungen wie „Todfeind" und „von der Landkarte streichen" nach drüben gerufen wurden? Nach all dem, was dieses Volk seit 1941 durch uns erleiden mußte. Was soll nun noch alles den Völkern unter dem Druck des atomaren Schreckens zugemutet werden? Denn das L e b e n s r e c h t der Völker ist in Gefahr, und dieses steht im Mittelpunkt der Politik, nicht das Streitinteresse der Systeme und Institutionen.

Es geht nicht mehr ohne die Erkenntnis, daß durch die Selbstzerstörung in den beiden Weltkriegen Europas Ansehen und Weltstellung zerrüttet wurden und daß die dadurch zum Aufbruch gekommenen Welt- und Menschheitsprobleme nicht mit Wünschen aus der abendländischen Vergangenheit, nicht mit klein-europäischen Wirtschaftsgebilden inmitten der vordrängenden Weltwirtschaft und am wenigsten mit den Vernichtungswaffen der atomaren Bereitschaft gelöst werden können.

Und es geht nicht ohne das Bekenntnis, daß wir d e n f a l s c h e n W e g gegangen sind. In Württemberg hat Dr. Reinhold M a i e r bezüglich der Entspannung der Fronten freimütig bekannt: Wir haben uns geirrt, dem Andersdenkenden haben wir Unrecht getan. (Die Welt, 4. 4. 59.) Das ist es, was an der Spitze unserer Regierung leider fehlt: Die Einsicht und Selbstüberwindung, einen Fehler einzugestehen und den Weg freizumachen für die bessere Lösung.

Doch die Vertreter des Volkes, die Abgeordneten, stehen permanent in der Verantwortung gegenüber uns allen: Es geht nun um ihre Einsicht, um die Unruhe ihres Gewissens; es geht um die Deutschland-Politik f ü r Deutschland.

Prof. Dr. Karl Bechert, MdB

Gefahren radioaktiver und anderer durchdringender Strahlung

Was ist Radioaktivität?

Eine bestimmte Grammzahl, etwa 1 kg eines beliebigen chemisch reinen Stoffes, wie Wasserstoff, Kalzium, Eisen, Strontium, Blei, Uran, besteht aus einer ungeheuer großen Zahl von lauter gleichen winzigen Körperchen, die in der Physik und Chemie Atome heißen. Ein Atom ist ähnlich gebaut wie das Planetensystem: in der Mitte die schwere Sonne, im Atom ist es der Atomkern, und um sie herum laufend die sehr viel leichteren Planeten — im Atom heißen sie Elektronen, weil sie elektrisch geladen, und zwar negativ elektrisch geladene Teilchen sind. Auch der Atomkern ist elektrisch geladen, er ist positiv elektrisch, und zwar so hoch positiv geladen, wie alle Elektronen im Atom zusammengenommen negativ elektrisch geladen sind. So wirkt das Atom nach außen als ungeladen, elektrisch neutral. Die Physiker wissen seit langem, daß die Größe der Ladung des Atomkerns bestimmend ist für den chemischen Charakter des (neutralen) Atoms. Ändert man die Ladung des Atomkerns, so ändert sich damit der chemische Charakter des Atoms.

Es gibt Atomkerne, welche freiwillig Energie hergeben, ohne daß sie von außen dazu veranlaßt worden wären. Solche Atomkerne heißen radioaktiv; es gibt ihrer in der Natur, das sind die „natürlich radioaktiven Stoffe", andere wieder sind künstlich hergestellt, etwa im Laboratorium oder im Reaktor oder in einer Kernwaffenexplosion, diese heißen „künstlich radioaktive Stoffe", sie sind in der Natur von selbst nicht vorhanden. Die Eigenschaft radioaktiver Kerne, von selbst Energie herzugeben, heißt Radioaktivität.

Diese Energieabgabe kann in verschiedener Weise vor sich gehen. Es gibt radioaktive Kerne, welche von selbst Teilchen aussenden. Das können positiv oder negativ geladene Teilchen sein, es kommt aber auch Aussendung von ungeladenen, elektrisch neutralen Teilchen vor, sie heißen Neutronen. Auch gibt es radioaktive Kerne, die Energie in Form von Licht hergeben, von Licht, das wir nicht sehen können und das noch viel durchdringungsfähiger ist als Röntgenlicht, das wir ja auch nicht sehen können. Diese Lichtaussendung aus radioaktiven Kernen heißt Gammastrahlung. Werden Teilchen aus radioaktiven Kernen ausgesandt, so spricht man von „Teilchenstrahlung". Allgemein heißt die Energieabgabe radioaktiver Kerne „radioaktive Strahlung". An der Art und den Eigenschaften seiner Strahlung kann man einen radioaktiven Stoff erkennen.

Radioaktive Strahlung geht nach allen Seiten vom radioaktiven Stoff aus. Besteht sie aus geladenen Teilchen, so läuft sie sich bald in der Umgebung tot, also auch im lebenden Gewebe, wenn der radioaktive Stoff im Gewebe sitzt. Auf dem kurzen Weg, den die Strahlung dabei zurücklegt, erzeugt sie dicht nebeneinander sitzende Schadensstellen im Geweben. Denn radioaktive Strahlung wirkt ganz allgemein wie ein Geschoßhagel, wie ein Hagel von winzigen Teilchen, die mit großer Wucht vom radioaktiven Stoff ausgeschleudert werden. Wo ein solches Teilchen hinstößt, „da fliegen die Fetzen davon", da gibt es Störungen und Zerstörungen im Gewebe. Ein wichtiger Unterschied zwischen geladener und ungeladener Strahlung ist der, daß geladene Teilchen sehr häufig auf ihrem Weg mit den Bestandteilen der Umgebung des radioaktiven Stoffes zusammenstoßen, ihre Bewegungswucht also schon auf kurzer Strecke verlieren, wo dann die Schadensstellen dicht nebeneinander liegen, während ungeladene Teilchen nur verhältnismäßig selten mit Bestandteilen der Umgebung zusammenstoßen und

deshalb große Strecken durchlaufen können, auf denen die Schadensstellen verhältnismäßig dünn gesät sind. Zur ungeladenen Strahlung gehören Gammastrahlung und Neutronen, zur geladenen Strahlung die Betastrahlen — es sind schnelle Elektronen, also negativ geladen — und die Alphastrahlen, die aus verhältnismäßig schweren positiv geladenen Teilchen bestehen und deshalb nur sehr kurze Wege im Gewebe durchlaufen mit dafür sehr dicht nebeneinander liegenden Schadensstellen.

Durch die Energieabgabe — Aussendung von radioaktiver Strahlung — verändert sich der Kern, es entsteht ein anderer Atomkern aus ihm mit anderen Eigenschaften. Dieser neue Atomkern ist häufig selbst wieder radioaktiv und verändert sich also auch, wenn er radioaktive Strahlung abgibt. So geht das weiter, wir haben eine „Umwandlungsreihe" von radioaktiven Stoffen, die ähnlich aussieht wie eine Ahnentafel: aus dem zuerst vorhandenen Kern entsteht der „Tochterkern", aus diesem ein „Enkelkern", bis am Ende der Umwandlungsreihe — auch Zerfallreihe genannt — ein Urur . . . enkelkern entstanden ist, der nicht radioaktiv ist, der also nicht von selber Energie hergibt, der nicht von selber strahlt, der „stabil" ist, wie der Physiker sagt. Man sieht: wenn man lange genug wartet, hört alle Radioaktivität auf — wenn nicht mittlerweile neue durch natürliche oder künstliche Ursachen entsteht. Es ist aber die Frage, ob man lange genug warten kann, und was die radioaktive Strahlung unterdessen für Folgen hat.

Die verschiedenen radioaktiven Stoffe (man nennt sie auch radioaktive Isotopen) wandeln sich ganz verschieden schnell um; man unterscheidet „kurzlebige" und „langlebige" radioaktive Stoffe. Wir kennen radioaktive Stoffe, die sich innerhalb von Bruchteilen von Tausendstelsekunden umwandeln, also nach so kurzer Zeit schon verschwunden sind und zu anderen Stoffen geworden sind. Wir kennen aber auch Stoffe, die Jahrmilliarden und länger brauchen, um sich praktisch vollständig umzuwandeln. Man spricht da von der „Lebensdauer" eines radioaktiven Stoffes und von seiner „Halbwertszeit". Es gilt nämlich allgemein: Für eine beliebige Grammzahl eines radioaktiven Stoffes dauert es die Halbwertszeit, bis die Hälfte dieser Grammzahl sich umgewandelt hat. An seiner Halbwertszeit, also an der Schnelligkeit seiner Umwandlung, kann man einen radioaktiven Stoff erkennen. Man muß zehnmal die Halbwertszeit warten, wenn man so lange warten will, bis von der anfangs vorhandenen beliebigen Grammzahl des radioaktiven Stoffes nurmehr ein Tausendstel unverwandelt da ist. Die übrigen 999 Tausendstel der ursprünglich vorhandenen Grammzahl haben sich dann mittlerweile umgewandelt. Das kann sehr lange Wartezeiten bedeuten; bei dem berüchtigten Strontium-90, das ein radioaktiver Stoff ist, beträgt die Halbwertszeit 28 Jahre, und man müßte 280 Jahre warten, wenn man so lange warten wollte, bis von einer heute vorhandenen Strontium-90-Menge nurmehr 1 Tausendstel vorhanden ist.

Radioaktive Strahlung und Lebewesen

Ob ein radioaktiver Stoff für den Körper gefährlich ist oder werden kann, hängt davon ab, ob die Strahlung von außen in den Körper eindringt (äußere Bestrahlung), oder ob der radioaktive Stoff in den Körper geraten ist und die Strahlung also von innen in den Körper hineinwirkt (innere Bestrahlung). Weiter kommt es natürlich auf die Art der Strahlung und ihre Durchschlagswucht an, auf das Verhalten des Körpers gegenüber dem radioaktiven Stoff, wie der Stoff im Körper verteilt wird, ob er an Stellen wandert oder sich dort gar festsetzt, die besonders strahlenempfindlich sind und also besonders leicht und ausgiebig geschädigt werden können, es kommt darauf an, ob der Körper den radioaktiven

Stoff bald wieder ausscheidet oder länger festhält, und es kommt darauf an, was für Folgen der Strahlenschaden für den Körper hat — und schließlich noch darauf, ob noch andere radioaktive Stoffe im Körper wirksam sind oder wirksam gewesen sind.

Strontium-90 hat eine Reihe besonders ungünstiger Eigenschaften: Strontium wird vom Körper aus Nahrung und Wasser aufgenommen, weil es chemisch mit Kalzium so ähnlich ist, daß es vom Körper einigermaßen mit Kalzium verwechselt wird. Es wandert im Körper dorthin, wohin auch das Kalzium wandert, vorzugsweise in die Knochen. Strontium-90 sendet Elektronen aus, gerade Teilchen, die mit großer Bewegungswucht von der Einlagerungsstelle im Knochen ins umgebende Gewebe laufen, also auch ins Knochenmark; das Knochenmark gehört zu den strahlenempfindlichsten Gegenden im Körper. Das Strontium wird vom Körper nur sehr langsam wieder ausgeschieden, weil der Stoffwechsel im Knochen natürlich langsam vor sich geht. Das Strontium-90 mit seiner ziemlich großen Halbwertszeit von 28 Jahren hat also genügend Zeit, seine schädigende Strahlung auf das Gewebe loszulassen, wenn es einmal in den Körper geraten ist. Radioaktive Strahlung, da sie einem blindlings durchs Gewebe laufenden Geschoßhagel gleicht, kann in wichtigen Zellbestandteilen Veränderungen erzeugen, die im allgemeinen Störungen und Zerstörungen bedeuten. Je mehr solche Geschosse einwirken, je mehr an radioaktivem Stoff im Körper vorhanden, desto ausgiebiger die Schädigung. Es kann schließlich zu schweren Gewebsveränderungen und -zerstörungen kommen, zu Verbrennungen, auch zu Krebs verschiedenster Art. So kann Strontium-90 Knochenkrebs, Knochenmarkskrebs und vor allem Blutkrebs hervorrufen. Denn das Knochenmark ist eine Stätte ständiger Neubildung von Blutzellen, die immer wieder nachwachsen müssen, weil Blutzellen im Körper nur eine kurze Lebensdauer von höchstens einigen hundert Tagen haben. Wird die Blutneubildung gestört, wie das durch den radioaktiven Geschoßhagel geschieht, so kann es zu Veränderungen im Blutbild kommen, zu Blutkrankheiten und Blutkrebs (Leukämie). Solche radioaktive Strahlung kann auch bewirken, daß die Zahl der weißen Blutkörperchen im Blut stark verringert wird. Das ist deshalb schlimm, weil die weißen Blutkörperchen eine Art Gesundheitspolizei im Körper sind mit der Aufgabe, eingedrungene Krankheitskeime, Bakterien, Viren aufzufressen. Wird die Zahl der weißen Blutkörperchen geringer, so wird auch die Abwehrkraft des Körpers gegen solche Krankheitskeime geringer, und es hat sich immer wieder gezeigt, daß Lebewesen, die einen größeren Strahlenschaden erlitten haben, gegenüber ansteckenden Krankheiten so anfällig werden können, daß sie an einer sonst recht harmlosen Krankheit, einem Schnupfen z. B., zugrunde gehen. Eine sehr gefährliche Eigenschaft radioaktiver Strahlung, auch von Röntgenstrahlung ist, daß sie Spätschäden hervorrufen kann. Es kann Jahre, bis zu 25 Jahren und mehr dauern, bis als Folge der Bestrahlung sich ein mehr oder minder schwerer Schaden entwickelt. Gerade Krebs ist als Spätschaden nicht selten. Röntgenstrahlung hat, ähnlich wie radioaktive Strahlung, die Eigenschaft, wie ein Geschoßhagel auf lebendes Gewebe zu wirken.

Daß man mit derselben Art von Strahlung, mit der man Strahlenschäden erzeugen kann, also mit radioaktiver und Röntgenstrahlung, auch Krebs heilen kann, hat ein und denselben Grund. Der Geschoßhagel kann gesunde und kranke Zellen treffen und beschädigen. Richtet man die Bestrahlung so ein — und das tut man natürlich bei der ärztlichen Verwendung dieser Strahlenarten —, daß möglichst nur krankes Gewebe getroffen wird, so kann man bei geeigneter Stärke der Strahlung das kranke Gewebe töten, zum Absterben bringen. Hinzu kommt, daß Krebsgewebe gegenüber dem Geschoßhagel in der Regel empfindlicher ist, leichter geschädigt werden kann als gesundes Gewebe. Es ist eine allgemeine Erfah-

rung, daß schnell wachsendes Gewebe besonders leicht durch Bestrahlung geschädigt werden kann. Leider ist auch jugendliches Gewebe, das ja schnell wächst, strahlenempfindlicher als anderes; Embryonen, Babys, kleine Kinder und Jugendliche sind besonders strahlenempfindlich.

Unter Ärzten, die dauernd starker Bestrahlung mit radioaktiver oder Röntgenstrahlung ausgesetzt sind, wie Radium- oder Röntgenärzten, ist Leukämie erheblich häufiger als unter anderen Ärzten, 8—10mal mehr nach Statistiken von Zehntausenden von Ärzten, die in den Vereinigten Staaten erhoben worden sind. Im Tierversuch kann man Leukämie durch Bestrahlung erzeugen. Unter den Menschen, die den Angriff auf Hiroshima überlebt haben, ist die Leukämie in den Jahren seit dem Angriff deutlich häufiger als unter der übrigen japanischen Bevölkerung. Je näher die Menschen beim Angriff der Explosionsstelle waren, desto häufiger ist unter ihnen mittlerweile die Leukämie aufgetreten. Die durchschnittliche Lebensdauer ist bei Strahlenärzten geringer als bei anderen Ärzten, der ständige Strahlenhagel zerstört immer wieder Gewebe, bringt Zellen zum Absterben, so daß der Körper rascher altert. Nach dem Bericht der amerikanischen Akademie der Vereinigten Staaten vom Juni 1956 beträgt die durchschnittliche Lebensdauer von Ärzten, die nicht Strahlenärzte sind, z. Z. rund 65 Jahre, während Strahlenärzte im Durchschnitt nur 60 Jahre alt werden. Unter den Kindern von Strahlenärzten sind schwere Krankheiten häufiger als unter den Kindern anderer Ärzte, Krebs ist etwa zweimal häufiger. Über Erbschäden, die durch radioaktive oder Rötgenstrahlung hervorgerufen werden, ist für den Menschen wenig bekannt. An Tieren und Pflanzen dagegen hat man die Erscheinungen in den letzten Jahrzehnten vielfältig untersucht, und man kann aus den Ergebnissen an Tieren, die dem Menschen biologisch nahestehen, Schlüsse ziehen, die für den Menschen wenigstens größenordnungsmäßig als richtig anzusehen sind. Erbschäden können immer dann entstehen, wenn durchdringende Strahlung Veränderungen in den Zellen und Zellbestandteilen hervorruft, die für die Zeugung von Nachkommen wichtig sind, immer dann also, wenn durchdringende Strahlung die Fortpflanzungsorgane trifft. Das kann dadurch geschehen, daß von außen durchdringende Strahlung die Fortpflanzungsorgane erreicht, wie bei einer Röntgenbestrahlung, bei der Fortpflanzungsorgane nicht hinreichend durch Blei abgeschirmt sind, oder bei Gammastrahlung, auch durch Neutronenstrahlung in der Nähe von Atomwaffenexplosionen oder bei Unfällen in Reaktoren. Ein Erbschaden kann aber auch so entstehen, daß ein radioaktiver Stoß in die Zellen der Fortpflanzungsorgane einwandert, also bei innerer Bestrahlung. Ob Strontium-90 auch Erbschaden erzeugen kann, ob es also in die Fortpflanzungsorgane einwandern kann, ist nicht sicher bekannt; im neuesten wissenschaftlichen Bericht der Vereinten Nationen wird es für möglich gehalten. „Geladene Teilchenstrahlung", die von „außen" kommt, kann keine Erbschäden erzeugen. Alpha- und Betastrahlen, die von außen kommen, schädigen allenfalls die Haut, dringen aber nicht hinreichend tief ein (dies wird anders, wenn es sich um Strahlung handelt, die in Hochbeschleunigungsanlagen erzeugt ist, wie die Betastrahlung aus einem Betatron z. B.; solche Strahlung kann tief in den Körper eindringen, weil sie außerordentlich hohe Durchschlagswucht hat.) Als Ursache für Erbschäden kommt bei „äußerer" Bestrahlung in aller Regel nur ungeladene Strahlung in Frage, wie die eben genannten Arten der Röntgenstrahlung und Gamastrahlung, sodann Neutronenstrahlung nur in der Nähe von Versuchsexplosionen und in Strahlungsbetrieben, die mit Atomkernvorgängen zu tun haben.

Stößt ein Teilchen aus dem Strahlungshagel auf einen Zellbestandteil, der für die Vererbung maßgebend ist, auf einen Erbkörper (Gen, Chromosom), so kann es eine Änderung in dem Erbkörper hervorrufen, die sich dann bei der Zeugung

von Nachkommen als Erbänderung auswirkt. Theoretisch kann eine solche Erbänderung auch günstig sein, sie ist es aber erfahrungsgemäß nur in den allerseltensten Fällen. Fast immer kommt bei der Einwirkung von Strahlung eine ungünstige, bestenfalls für das Lebewesen gleichgültige Erbänderung zustande, in aller Regel also ein Erbschaden. Er bewirkt immer mindestens eine Verringerung der Lebenstüchtigkeit des Lebewesens, größere Anfälligkeit gegenüber Krankheiten und anderen ungünstigen Umwelteinflüssen. Der Erbschaden kann mehr oder minder geringfügig sein, aber auch zu schweren körperlichen, seelischen und geistigen Schäden führen. Ob der Schaden beim Nachkommen in voller Stärke zum Vorschein kommt, hängt von den Erbgesetzen für diesen Schaden ab, im allgemeinen sind diese Erbschäden so beschaffen, daß sie erst dann im Nachkommen zur vollen Wirksamkeit gelangen, wenn beide Elternteile denselben Erbschaden in ihrem Erbgefüge haben. Führende Erbforscher haben abgeschätzt, daß es beim Menschen 30—40 Generationen dauern wird, bis die Erbschäden alle zum Vorschein gekommen sind, welche die Atomwaffenversuche bisher bei der Menschheit angerichtet haben. Denn unter den radioaktiven Stoffen, die aus den Atomwaffenversuchen mit Staub, Wind und Wetter zu uns kommen, sind auch Gamma-Strahler, die durch äußere Bestrahlung Erbschäden erzeugen können.

Linus Pauling, Nobelpreisträger für Biochemie, hat geschätzt, daß die radioaktive Strahlung und Verseuchung aus den Atomwaffenversuchen etwa einer Million Menschen in der jetzt lebenden Menschheit den Tod bringen wird, sei es durch Krebs oder sonstige Gesundheitsschädigung oder durch Verkürzung der Lebenszeit. Eine Million Menschen, das ist rund der 2½tausendste Teil der Gesamtzahl der Menschen heute auf der Erde, mit anderen Worten: jeder 2½Tausendste unter uns muß früher sterben, weil Atomwaffenversuche auf der Erde gemacht werden. Pauling hat außerdem geschätzt, daß von den Kindern der heute lebenden Menschen etwa 200 000 einen schweren körperlichen Schaden infolge der Atomwaffenversuche als Erbschaden mitbekommen.

Bei der inneren Verseuchung des Körpers verhalten sich verschiedene radioaktive Stoffe verschieden. Es gibt Stoffe, die vor allem in die Schilddrüse wandern, wie Jod-131, andere ins Muskelgewebe, wie Caesium-137, wieder andere verteilen sich einigermaßen gleichmäßig im Körper. Sind mehrere radioaktive Stoffe im Körper vorhanden, so sind die Schadenswirkungen keineswegs immer einfach die Summe der Schäden, die jeder einzelne Stoff verursachen würde. Versuche an Affen haben außerdem gezeigt, daß radioaktive Strahlung ansteckende Krankheiten, wie Typhus, die bereits seit Monaten ausgeheilt schienen, wieder aufflammen lassen kann.

Durch Versuche an Mäusen und Ratten ist erwiesen, daß gewisse Chemikalien, vor allem solche, welche den Sauerstoffdruck in der lebenden Zelle herabsetzen, die Widerstandsfähigkeit gegenüber Bestrahlung erhöhen. Allerdings sind solche Chemikalien, wie sie bisher erprobt wurden, mindestens schwach giftig, und sie müssen kurz vor der Bestrahlung eingegeben oder eingespritzt werden. Man konnte die Widerstandsfähigkeit gegen Bestrahlung bisher nur etwa verdoppeln, und es ist nicht wahrscheinlich, daß man wesentlich höher damit kommen wird. Die Wissenschaft spricht in diesem Zusammenhang von Letaldosis 50 (LD 50) und meint damit: Von Ratten eines bestimmten Stammes sterben 50% der Tiere nach Bestrahlung mit einer bestimmten Strahlungsmenge, eben der Letaldosis 50. Behandelt man die Tiere mit vorbeugenden Chemikalien, so sterben 50% der Tiere erst nach Bestrahlung mit einer etwa doppelt so großen Strahlungsmenge. Die LD 50 ist also durch die vorbeugenden Mittel doppelt so groß geworden, die Tiere „vertragen" dann etwa das Doppelte an Strahlung. Natürlich kommt die Behandlung mit solchen Mitteln für Strahlenschutz bei einem Atomangriff nicht

in Frage, auch schon deswegen nicht, weil die Erfahrung an Ratten gezeigt hat, daß die Tiere nach der Bestrahlung noch etwa 10 Tage lang behandelt werden müssen, damit sie nicht doch eingehen; man gibt ihnen Knochenmarksextrakt, Milzextrakt und sogenannte antibiotische Stoffe wie Penicillin, Streptomycin usw., welche verhindern sollen, daß die Tiere wegen der geschwächten Abwehrkraft ihres Körpers an Bakterien- oder Viruskrankheiten zugrunde gehen.

Atomwaffenversuche

Bei der Verseuchung aus den Atomwaffenversuchen hat man 3 Arten zu unterscheiden. (Man spricht übrigens heute von „Contamination" anstatt von Verseuchung, weil die Medizin das Wort Verseuchung nur auf die Verseuchung mit Lebewesen angewandt sehen möchte. In diesem gemeinverständlichen Aufsatz will ich aber das Wort Verseuchung beibehalten.) In der Nähe der Explosionsstelle kommt der örtliche Staubfall und Niederschlag (örtlicher Befall) herunter, der hohe Verseuchungsgefahr mit sich bringen kann. Bei der Explosion entsteht die Explosionswolke, die schnell bis in große Höhen aufsteigt. Etwa 8—11 km über dem Erdboden gibt es häufig engbegrenzte, strahlartige Luftströme hoher Windgeschwindigkeit, Strahlströme oder Ringströme heißen sie in der Wissenschaft, sie laufen einigermaßen parallel den Breitenkreisen um die Erde, und zwar in der Regel von West nach Ost. Gerät die Explosionswolke einer Kernwaffenexplosion in einen solchen Ringstrom, so wird die Radioaktivität wie in einem Paket weiterverfrachtet, ohne daß sie sich schnell ausbreiten könnte. Durch Wind und Wetter kann sie auf die Erde gebracht werden, dann gibt es stark raioaktiven Staubfall und Niederschlag. In den Sommermonaten der letzten Jahre sind bei uns immer wieder stark radioaktive Regenfälle gemessen worden, die aus solchen „radioaktiven Wolken" stammen. Diese ringförmige Verseuchung ist demnach im wesentlichen auf die geographischen Breiten beschränkt, in denen die Atomwaffenveresuche stattfinden, und da die meisten Atomwaffenversuche bisher in Gegenden auf der nördlichen Halbkugel veranstaltet worden sind, so ist das Gebiet zwischen dem 10. und dem 60. Breitengrad nördlicher Breite besonders hoch verseucht.

Explosionen von schmutzigen Wasserstoffbomben — bisher sind fast nur schmutzige Wasserstoffbomben explodiert, keine sauberen — reißen radioaktiven Staub und radioaktive Teilchen bis in große Höhen der Stratosphäre, wo sich feiner Staub und radioaktive Atome lange aufhalten können, bis sie nach Jahren einigermaßen gleichmäßig über die Erde verteilt wieder herunterkommen. Das ist der globale, der allgemeine Staubfall und Niederschlag.

In diesem radioaktiven Staubfall und Niederschlag ist ein ganzes Gemisch verschiedener radioaktiver Stoffe enthalten, wie sie bei Kernwaffenexplosionen entstehen. Ist der Staub und Niederschlag „alt", d. h. ist er schon lange in der Atmosphäre unterwegs gewesen, bevor er zur Erde niederfiel — auch in Ringströmen kann die Radioaktivität mehrmals um die Erde gejagt werden, bevor sie herunterkommt — dann sind die kurzlebigen radioaktiven Stoffe nicht mehr darin enthalten; sie haben sich unterdes umgewandelt. Der Befall enthält dann nur radioaktive Stoffe, die längere Zeit strahlungsfähig bleiben und die meist besonders gefährlich sind. Der Befall dringt nur wenig in den Boden ein, durch Regenwasser wird er nicht in größere Tiefen getragen, bleibt vielmehr in den ersten 5—10 cm Boden hängen. Gerade für besonders tückische Stoffe wie Strontium-90 ist nachgewiesen worden, daß normaler Boden wie ein Filter wirkt, er nimmt die Stoffe auf und hält sie fest. Regenwasser, das durch

gewachsenen Boden bis zum Grundwasser durchsickert, enthält keine merklichen Mengen radioaktiver Stoffe mehr aus dem Befall. Die Filterwirkung verschiedener Bodenarten ist verschieden, reiner Sand filtert nicht.

Leider haben die Pflanzen die Fähigkeit, radioaktive Stoffe aus dem Boden zu holen und in sich speichern. Manche gefährliche Stoffe, wie Strontium-90, werden von den Pflanzen auch unmittelbar durch Blatt und Stengel aufgenommen oder sie trocknen aus dem Niederschlag an der Pflanzenoberfläche ein. Waschen von solch verseuchten Pflanzen nützt nichts, Kochen natürlich auch nicht. Mit pflanzlicher und tierischer Nahrung, auch durch Einatmen verseuchter Luft, der Nahrungsmittel langsam, aber ständig zugenommen. So sammeln sich In den letzten Jahren hat die radioaktive Verseuchung des Regenwassers, der Luft, der Nahrungsmittel langsam, aber ständig zugenommen. So sammeln sich in unserem Körper diejenigen radioaktiven Stoffe immer mehr an, für welche der Stoffwechsel im Körper langsam ist, so daß sie nicht schnell wieder ausgeschieden werden, und die verhältnismäßig langlebig sind. Dazu gehört das berüchtigte Strontium-90. Untersuchungen an Skelettknochen haben ergeben, daß die Verseuchung menschlicher Knochen mit Strontium-90 in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Vor Beginn der Atomwaffenexplosionen gab es diesen gefährlichen Stoff auf der Erde nicht. Leider verteilt sich das Strontium oft nicht gleichmäßig im Knochen, so daß Nester entstehen, von denen die Strahlung verstärkt ausgeht und in deren Umgebung das lebende Gewebe besonders stark geschädigt wird. Und leider sind Jugendliche nicht nur strahlenempfindlicher als Erwachsene, sondern nehmen auch noch mehr an Strontium auf (bezogen auf gleiches Gewicht) als Erwachsene.

Zu den besonders gefährlichen Erscheinungen auf dem Gebiet radioaktiver Verseuchung gehört das Speichern gefährlich strahlungsfähiger Stoffe in den Lebewesen. Untersuchungen am Columbia-Fluß, an dessen Oberlauf ein Reaktorwerk liegt, haben gezeigt: Die Kleinlebewesen im Flußwasser, Algen z. B., enthalten zweitausendmal mehr an radioaktivem Phosphor pro Gramm als das Flußwasser, in dem sie leben. Sie speichern also die Radioaktivität in sich. Bei höheren Lebewesen ist das noch ausgeprägter: Fische in diesem Fluß enthalten bis zu mehreren hunderttausendmal mehr an radioaktivem Phosphor als das Flußwasser, das Eigelb von Flußvögeln bis zu 1½millionenmal mehr. Ein besonders lehrreicher Fall solcher Anreicherung von radioaktiven Stoffen in Lebewesen wurde von Amerikanern vor einiger Zeit gefunden. Mehrere hundert Kilometer von der Explosionsstelle einer Wasserstoffbombe fand man Riesenmuscheln im Stillen Ozean, die hoch verseucht waren mit radioaktivem Kobalt. Dieser Stoff entsteht n i c h t bei der Atomwaffenexplosion in der Bombe selbst; vielmehr kommen Neutronen in riesiger Anzahl bei der Explosion aus der Wasserstoffbombe heraus, sie können überall da, wo sie auf Atome treffen, also in Luft, Boden, Wasser, die getroffenen Atome radioaktiv machen. Im Meerwasser ist Kobalt, nicht-radioaktives Kobalt, in sehr geringer Menge von Natur aus vorhanden. Trifft ein Neutron auf ein Kobaltatom, so kann es das Kobaltatom radioaktiv machen. Man sollte meinen, da ja nur sehr wenig Kobaltatome im Gramm Meerwasser enthalten sind, kann aus dieser Entstehung von radioaktivem Kobalt nicht viel Unheil erwachsen. Aber: die radioaktiven Kobaltatome werden mit Meeresströmungen fortgetragen, und es gibt Muscheln, die Kobalt für ihren Körper brauchen. Sie holen das Kobalt aus dem Wasser — daß es radioaktiv ist, merken sie nicht — und speichern es in sich. Wenn Menschen ahnungslos solche Lebewesen zur Nahrung verwenden, bekommen sie die Radioaktivität in den Leib. Schon auf der ersten Genfer Atomkonferenz hat man sich überlegt, daß in Flußwasser, das gerade nur soweit radioaktiv verseucht ist, daß es noch

ohne Gefahr getrunken werden kann, die Fische bereits strahlenkrank wären wegen der Speicherfähigkeit, die sie für radioaktive Stoffe wie Phosphor-32 haben.

Der jetzige Stand der Verseuchung

Bei Wasser, das als Trinkwasser verwendet werden soll, spricht man von der „höchstzulässigen Menge" an radioaktiven Stoffen, die im Trinkwasser enthalten sein darf. Gemeint ist damit: Wasser dieses Verseuchungsgrades kann man sein Leben lang trinken, das Leben zu 70 Jahren gerechnet, ohne daß Körperschäden auftreten. Wie aber, wenn die höchstzulässige Menge überschritten wird, wie das bei uns seit Jahren im Regenwasser immer wieder vorkommt? Nun, höher verseuchtes Wasser, als der „höchstzulässigen Menge" entspricht, kann man natürlich nicht 70 Jahre lang ungefährdet trinken, da wird es schon vorher gefährlich. Sind im Trinkwasser langlebige Stoffe enthalten, wie Strontium-90, so gilt: Ist das doppelte der höchstzulässigen Menge im Wasser, so kann man solches Wasser nur die Hälfte der Lebenszeit lang trinken, also gemäß der Festsetzung der höchstzulässigen Menge nur die Hälfte von 70 Jahren, d. h. 35 Jahre lang. Ist das Zehnfache der höchstzulässigen Menge im Trinkwasser, so kann man sich 7 Jahre lang leisten, solches Wasser zu trinken. Ist ein Gemisch von radioaktiven Stoffen im Wasser enthalten und ist die Gesamtradioaktivität des Wassers deutlich höher, als der höchtzulässigen Menge entspricht, so muß durch eine radiochemische Untersuchung festgestellt werden, ob gefährliche langlebige Stoffe im Wasser vorhanden sind. Im Monat Januar 1959 war die Gesamtradioaktivität des Regenwassers in der Bundesrepublik durchschnittlich 62mal höher, als der höchstzulässigen Menge entspricht, im Februar 91mal höher. Um welch geringe Mengen bei gefährlicher Verseuchung mit Strontium-90 es sich handelt, dafür ein Beispiel: Nehmen wir an, wir hätten einen Eßlöffel voll Strontium-90 und verteilten diese Strontium-90-Menge zu gleichen Teilen an alle Menschen, die jetzt auf der Erde leben, also an rund 2½ Milliarden Menschen. Dann würde jeder einzelne etwa das 30fache der Strontium-90-Menge erhalten, die nach heutiger Kenntnis als höchstzulässige Menge im menschlichen Körper gilt.

Für Trinkwasser gibt es ein einfaches Entseuchungsverfahren, das ausnützt, daß normaler Boden die gefährlich strahlungsfähigen Stoffe festhält. Torf ist beispielsweise als Filtermaterial möglich und in der Schweiz z. Z. in der Erprobung. Im Schweizer Jura baut man solche Filtergeräte in die Regenwasserzisternen ein, um den Menschen, die auf Regenwasser als Trinkwasser angewiesen sind, ungefährliches Trinkwasser bieten zu können.

Die Luftverseuchung scheint bis jetzt in unserem Land noch keinen bedenklichen Grad erreicht zu haben, im Gegensatz zur Regenwasserverseuchung. Doch ist man seit September 1958 auf die „heißen Körnchen" aufmerksam geworden. Das sind Körnchen von mikroskopischer Größe, die eine viel höhere Radioaktivität zeigen als die übrigen in der Luft schwebenden Teilchen. Heiße Körnchen in größerer Zahl im Lungengewebe zu haben, ist sicher keine unbedenkliche Sache.

Die Lebensmittelverseuchung mit Strontium-90 nimmt bei uns immer mehr zu, natürlich auch die Verseuchung mit anderen gefährlichen Stoffen, wie z. B. Caesium-137. Da aber Strontium-90 vorerst der gefährlichste Stoff ist, kümmert man sich in der Wissenschaft meist nur um diesen Stoff. Wenn zu wenig Calzium neben Strontium in der Nahrung enthalten ist, wird Strontium stattdessen im Körper eingebaut, und da die Lebewesen zwischen radioaktivem und nichtradioaktivem Strontium nicht unterscheiden können, wird radioaktives Strontium, wie

wie das berüchtigte Strontium-90, im Körper eingebaut, wenn es in der Nahrung vorhanden ist. Es kommt also darauf an, wieviel Strontium verglichen mit Calzium in den Nahrungsmitteln enthalten ist, und deshalb gibt man die Verseuchung in Strontium-90-Aktivität pro Gramm Calzium an. In der europäischen Nahrung überwiegen als Calziumlieferant bei weitem Milch und Milchprodukte; deshalb ist die Milchverseuchung bei uns ein entscheidendes Maß für die Verseuchung unseres Körpers. Manche andere Lebensmittel sind erheblich höher verseucht als Milch, aber sie tragen zur Körperverseuchung in der Durchschnittsnahrung bei uns erheblich weniger bei als Milch. Schlimm wird es aber, wenn die Milchverseuchung steigt, und das tut sie bei uns seit Jahren. Im Frühjahr dieses Jahres waren wir bei 15 Prozent der höchstzulässigen Verseuchung angelangt. Höher als Milch sind Gemüse und Obst verseucht, etwa 3- bis 7mal mehr, bis zu 10mal mehr kann Getreide verseucht sein, wo die Radioaktivität vor allem in der Schale des Getreidekorns sitzt, so daß solche Vollkornsorten, bei denen die Schale mitvermahlen ist, deutlich stärker verseucht sind als anderes Brot. Aber die Verseuchung dieser anderen Lebensmittel trägt bei unserer europäischen Ernährung, wie gesagt, verhältnismäßig wenig zur Verseuchung unseres Körpers bei. Das ist anders in Ländern, wo die Calziumzufuhr hauptsächlich durch Reis geschieht, wie in Indien und Japan. Dort ist die Verseuchung der Durchschnittsnahrung im Frühjahr dieses Jahres bei 98 Prozent angelangt gewesen. Deutlich geringer verseucht als Milch ist Fleisch, vor allem Fisch. Es gibt aber Ausnahmen: Wildbret ist höher verseucht als Milch, und bei gewissen Fischen, die in Japan gefangen werden, sind hohe Verseuchungszahlen gefunden worden.

Der amtliche Lügenfeldzug

Leider hat sich unsere Bundesregierung von Anfang an Mühe gegeben, die Gefahren zu verharmlosen, zu verheimlichen und zu verschweigen. Es begann mit dem kläglichen Versuch, mich, den ersten Warner, als unglaubwürdig hinzustellen und lächerlich zu machen. Natürlich zog die Regierung dabei den kürzeren. Heute gelten die Forderungen, die ich im April 1956 in einer Rede vor Bundestagsabgeordneten als Erster in Deutschland aufstellte, als selbstverständlich: man hat eine Atomkommission geschaffen, Sicherheitskommissionen für die Stationierung von Reaktoren, ein Atomgesetz wird beraten, die Radioaktivität der Niederschläge und von Lebensmitteln, vor allem der Milch, wird überwacht, heute weiß jeder, daß Strontium-90 gefährlich ist, daß durch Röntgenstrahlen und radioaktive Strahlung Erbschäden und Krebs entstehen können, heute weiß auch die Bundesregierung, daß ein Atomkrieg das Ende für Deutschland wäre, heute hält auch die Bundesregierung die Einstellung der Atomwaffenversuche für wünschenswert — im Frühjahr 1957 noch wagte der Bundesaußenminister auf die Aufforderung des Bayr. Senats vom September 1956, die Bundesregierung solle bei den Großmächten auf die Einstellung der Atomwaffenversuche dringen, dem Bayr. Senat die höhnische Antwort zu geben: Die Bundesregierung macht keine Atomwaffenversuche! Die Verharmlosung und das amtliche Lügen gehen jedoch auf diesem Gebiet noch weiter, wenn auch jetzt vorsichtiger und raffinierter. Aber in öffentlichen Vorträgen des Bundesluftschutzbundes wird noch heute behauptet, aus Hiroshima und Nagasaki sei kein einziger Fall bekannt, wo Menschen durch die auf den Angriff folgende radioaktive Verseuchung zu Schaden gekommen sind. Das Gegenteil davon ist wahr: Es gibt japanische wissenschaftliche Veröffentlichungen über eine ganze Reihe von Fällen, wo Menschen, die erst nach dem Atomwaffenangriff in die Stadt kamen und dort nur wenige Stun-

den verweilten, schwer strahlenkrank wurden; es sind auch Menschen daran zu Grunde gegangen.

Die Veröffentlichungen der amerikanischen Atomenergiekommission über die Wirkung von Atomwaffen und den jetzigen Stand der radioaktiven Verseuchung aus den Atomwassenversuchen sind in den letzten Jahren wiederholt von führenden amerikanischen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Zeitschriften als verharmlosend und irreführend bezeichnet worden. In die gleiche Gruppe mehr oder minder bewußter Lügen gehört auch die Behauptung, durch die Atomwaffenversuche werde eine Aufwärtsentwicklung der menschlichen Rasse bewirkt werden, eine Behauptung, die aller gesicherten Kenntnis der Erbforschung völlig widerspricht. Als der amerikanische Nobelpreisträger Pauling die Wissenschaftler der Vereinigten Staaten aufforderte, sich seiner Erklärung gegen die Atomwaffenversuche anzuschließen, und als innerhalb weniger Tage über 2000 Unterschriften zusammenkamen, darunter auch die angesehenster Erbforscher, da hatte man die Unverfrorenheit, zu erklären, von diesen 2000 Wissenschaftlern verstehe nicht ein einziger etwas von der Sache!

Da befindet sich unsere Regierung in mächtiger Gesellschaft bei ihren mehr oder weniger geschickten Versuchen, die Wahrheit zu verschleiern. Hübsch ist das Verfahren, das sich in einer Broschüre des Bundesverteidigungsministeriums über die Wirkung von Kernwaffenexplosionen und in der Antwort des Atomministeriums auf eine Anfrage über den jetzigen Stand radioaktiver Verseuchung findet: Man sagt in dem nur für Sachkenner verständlichen Teil die Wahrheit, verschleiert und verharmlost sie aber in dem Teil des Textes, der auch für Nichtfachleute verständlich ist. So kann man sich darauf hinausreden, man habe ja die Wahrheit gesagt — und hat die Öffentlichkeit doch getäuscht.

Friedliche Anwendung durchdringender Strahlung

Auf dem Gebiet der friedlichen Anwendung radioaktiver Strahlung ist es nicht viel besser, wie das Unglück im englischen Reaktor Windscale vor kurzem gezeigt hat. Auch da zunächst der Versuch, zu vertuschen, zu verschweigen, zu verharmlosen, bis es nicht mehr ging. Und der Leichtsinn, mit dem der radioaktive „Atommüll" eines Reaktors in England ins Meer geleitet wird, kann auf diesem Gebiet kaum noch überwogen werden. Das Rohr, in welchem der Atommüll ins Meer läuft, endet o f f e n auf dem Meeresgrund einige Kilometer vom Strand entfernt. In Reaktoren entstehen dieselben radioaktiven Stoffe wie bei Kernwaffenexplosionen, ein Teil davon kann in Medizin, Industrie, Landwirtschaft und in der Forschung verwendet werden. Weitaus der größere Teil aber bleibt übrig als überflüssiger und gefährlicher „Atommüll", der möglichst weit aus menschlicher Nähe entfernt werden muß, weil er gefährlich strahlt. Man rechnet beim Atommüll mit Aufbewahrungszeiten von 600 Jahren. Wo und wie man ihn am besten aufbewahrt, das soll die Zukunft lehren, bis jetzt wissen wir es nicht. Ein internationales Abkommen über die Aufbewahrung des Atommülls ist nach Ansicht der Sachverständigen dringend notwendig. Bis jetzt versenkt jeder Staat seinen Atomabfall, wie und wo es ihm richtig scheint, in Behältern ins tiefe Meer, oder er mischt ihn stark verdünnt dem Wasser von Flüssen zu und läßt ihn ins Meer laufen, oder er schickt ihn, wie die Engländer, ohne weiteres ins Meer. Andere wieder verseuchen einsame Seen damit oder vergraben ihn mehr oder weniger tief in die Erde. In einigen hundert Jahren werden die Wüsten der Erde zu Atomfriedhöfen geworden sein, so fürchtet man. Bis zum Jahr 2000 wird allein von Strontium-90 durch die Atomkraftwerke soviel erzeugt sein, daß man damit $^1/_5$ der Wassermenge aller Weltmeere zusammen bis

zur höchstzulässigen Menge mit Strontium-90 verseuchen könnte, von der Verseuchung durch andere radioaktive Stoffe nicht zu reden.

Leider ist der gleiche Leichtsinn und das nämliche Draufloswurschteln auch die Regel bei der technischen und medizinischen Verwendung von durchdringender Strahlung. Das gilt in der Medizin schon für die Röntgenstrahlung; meist weiß der Arzt nicht, wieviel er dem Patienten bei der Bestrahlung oder Durchleuchtung an Strahlungsmenge verabreicht hat. Bei Röntgenreihenuntersuchungen, die übrigens jetzt in der amerikanischen Armee verboten sein sollen, ist der Arzt und das Personal meist ungenügend geschützt. Es ist unaufschiebbar nötig, daß die Ärzte, die mit durchdringender Strahlung arbeiten, sich die dazu nötigen Kenntnisse aus Medizin und Strahlenbiologie aneignen. In der Industrie steht es nicht besser; man nützt die technisch vorteilhaften Eigenschaften durchdringender Strahlung, aber das Personal, das mit den radioaktiven Stoffen zu tun hat, ist meist nicht hinreichend unterrichtet über die Schädigungsmöglichkeiten und nicht hinreichend geschützt gegen die Gefahren.

Um die Anhäufung von Erbschäden in kommenden Geschlechtern zu vermeiden, ist es notwendig, die Strahlenmenge zu kennen, die der einzelne Mensch im Laufe seines Lebens erhalten hat. Der Bericht der Amerikanischen Akademie der Wissenschaften im Jahr 1956 empfiehlt, eine Kartei darüber zu führen, dem einzelnen eine Art „Strahlenpaß" zu geben. Daß die Schuhdurchleuchtungen mit Röntgenstrahlen besonders für Kinder grober Unfug sind, versteht sich von selbst. Da die Fortpflanzungsorgane der Kinder dabei nicht abgeschirmt sind, können Erbschäden mit einer solchen Durchleuchtung erzeugt werden.

Der amerikanische Bericht faßt seine Ansicht zusammen in einem Satz, der überall gelten sollte, wo radioaktive oder Röntgenstrahlung verwendet wird: Die Strahlungsmenge, der ein Mensch im Laufe des Lebens ausgesetzt wird, soll so gering gehalten werden wir möglich.

Prof. Dr. Rudolf Schottlaender

Schon einmal Ostpreußenhalle

Die Wahl des Bundespräsidenten in der Ostpreußenhalle am Funkturm weckt in einem wohl nicht allzu großen Teil der Berliner Bevölkerung eine Erinnerung, die der Mehrzahl fremd ist. Nur vierzehneinhalb Monate ist es her, daß der Schweigemarsch der fünftausend Westberliner Atomrüstungsgegner in der gleichen Halle seinen Abschluß in einer Großkundgebung fand. Gehässig eskortiert von der CDU — mit ganzen Stößen von Zetteln „Ihr marschiert für Moskau und wißt es nicht" —, schwer bewacht von der Polizei, gemieden von den Offiziellen, hatte sich der Marsch der zu allermeist jungen Menschen mit derselben eindrucksvollen Selbstbeherrschung vollzogen, die auch in den anschließenden Reden und ihrer Aufnahme durch die Zuhörer die verhaltene Erregung vor Ausbrüchen bewahrte. Das war anders als in Hamburg oder Frankfurt, wo sich die Demonstrationen gegen den Bonner Beschluß vom 25. März damals noch der amtlichen Protektion erfreuten. Umso höher sind Mut und Besonnenheit zu achten, die sich gegen ein derartiges Handicap behaupteten. Umso schwerer wiegt aber auch das

Versagen der Regierung und der Bevölkerung, die damals das Schicksal der Stadt noch in der Hand gehabt hätte. Denn, um es rund herauszusagen, der 15. April 1958 war gewissermaßen die Peripetie in dem Westberliner Drama. Was ist aus uns fünf Rednern — ich eröffnete den Reigen — seitdem geworden?! Der SPD-Bundestagsabgeordnete Neubauer hat sich als Opportunist erwiesen, denn er, der damals als Redner unsere Opposition mit zu führen schien, hat sich sehr bald in den Augen seines Berliner Parteivorstandes dadurch „rehabilitiert", daß er sich als besonders eifriger Scharfmacher betätigte. In dem „Parteiordnungsverfahren" gegen den Berlin-Kreuzberger Bezirksbürgermeister Willi Kressmann, der beim Schweigemarsch in der vordersten Reihe mitging und seinem damaligen Verhalten seitdem tätige Treue bewahrt hat, fungiert Neubauer zusammen mit dem Innensenator Lipschitz auf der „Klägerseite". Prof. Hans Reif von der FDP hat als Führer im Wahlkampf seiner Partei in Berlin es für eine inopportune Verlegenheit gehalten, daß er ursprünglich das Herz auf dem richtigen Fleck gehabt hatte. Verloren hat er übrigens die Wahlschlacht vom 7. Dezember so und so, wofür er denn auch kürzlich als Berliner Parteivorsitzender abgewählt wurde. Von den beiden anderen Rednern, Wagner von der Gewerkschaftsjugend und Pfarrer Weckerling von der Technischen Universität, glaube ich annehmen zu dürfen, daß sie nach wie vor zur Sache stehen. Aber jede Kontaktaufnahme unter uns ist erschwert, weil allgemein in deutschen Landen die Gewohnheit eingerissen ist, von einem „Angeschossenen" abzurücken, um nicht selber mit angeschossen zu werden, besonders wenn man schon ein paar Schrammen hat. Daß man dadurch dem Abschuß des zuerst Angeschossenen und, für die nächste Runde, dem eigenen Abgeschossenwerden den Weg bereitet, sieht man nicht. Kürzer gesagt: der Solidaritätsinstinkt im gemeinsamen Kampf erlischt, sobald ein Risiko dabei ist. Damit rechnete schon Hitler, zu dessen bewährten Methoden in der Propaganda und zeitweilig sogar in der Kriegführung es gehörte, jeweils nur einen Gegner mit aller Macht unter Feuer zu nehmen, dadurch aber einen nach dem andern zur Strecke zu bringen. Diesem Trick zu erliegen, sind Millionen Menschen „erzogen" worden, auch solche, die mit der Ideologie des Dritten Reiches gar nichts zu schaffen haben.

Man muß allerdings als mildernden Umstand anführen, daß der Druck von oben, namentlich in Westberlin, ungeheuer ist. Seine Stärke ist durch ein verdrängtes Schuldgefühl zu erklären. Man will es nicht wahrhaben, daß man an, seit und sogar schon vor jener Kundgebung der Jugend in der Ostpreußenhalle moralisch versagt hat. Immer wieder ist von östlicher Seite, zuletzt wieder von einer überall so hochgeachteten Persönlichkeit wie dem polnischen Außenminister Adam Rapacki, gesagt worden, daß die Atombewaffnung der Bundeswehr der Hauptgrund für die Zuspitzung der Westberlinfrage ist. Kleinere Konflikte vielleicht, nicht aber atomare Konflikte an der Westgrenze der DDR infolge von Westberliner Auffassungen von Freiheitsgebrauch! — so hieß es seitdem. Die Tragbarkeitsgrenze des militärischen Risikos schien überschritten. Hätte damals und seither der Senat oder auch nur die SPD die Energie der protestierenden Jugend genährt und genutzt, statt sie systematisch einzuschüchtern, so wäre der größte Teil der Bevölkerung mitgegangen. Dann hätte man in Moskau und anderwärts gesehen, daß die Übernahme des Grundgesetzes und der meisten Bundesgesetze nach Westberlin und die innere Verbundenheit mit der Bundesrepublik vereinbar ist mit einem entschiedenen und unablässig betonten Abstandnehmen von höchst gefährlichen Beschlüssen, wie es der des Bundestages vom 25. März 1958 war. Aber schon am 1. Mai 1958 wurde deutlich, daß Willy Brandts kurzlebige Teilnahme am Ausschuß „Kampf dem Atomtod" nicht mehr zu unterscheiden war von Adenauers „Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt", d. h. dem Slogan, mit dem der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen für die CDU ge-

wonnen wurde. Und hierdurch mehr als durch alles andere ist die Entwicklung in Gang gekommen, die das faktische Sicheinfühlen Westberlins und der Bundesrepublik — eine psychologische Tatsache, die unabhängig von staatsrechtlichen Streitigkeiten einfach feststeht —, mit der Aussicht auf einschneidende Veränderungen konfrontiert. Selbst jetzt noch würde eine energische und unwiderstehlich umsichgreifende, selbstverständlich gewaltlose Auflehnung der Westberliner gegen die Bonner Atomrüstungspolitik dazu helfen können, möglichst viele Verbindungen Westberlins mit der Bundesrepublik zu erhalten und zu pflegen (gleichviel ob, wann, in welcher Form eine „Freie Stadt Westberlin" verwirklicht wird). Auf den Einwand, eine solche Bewegung könne gar zu leicht mit ähnlichen östlichen verwechselt werden, habe ich schon am 15. April 1958 in der Ostpreußenhalle erwidert, ein 1. Mai bei uns würde keine Truppenparade bringen, und bei einer Volksbefragung würde bei uns niemand, der fernbleibt oder im Sinne Bonns stimmt, Nachteile zu befürchten haben. Ich gehe sogar noch weiter und möchte behaupten: nur eine solche Volksbewegung in Westberlin, die in der Atomrüstungsfrage den Bonner wie auch den amerikanischen Wünschen eine unüberhörbare und unermüdliche Absage erteilt, könnte sich überhaupt die Autorität erwerben, gegebenenfalls nach Osten hin nein zu sagen, sobald in Verhandlungen ein Punkt erreicht werden sollte, an dem man glaubt, nicht mehr zustimmen zu dürfen. Wer aber alle Verhandlungen ablehnt und zu allem, was die Regierung des anderen deutschen Staates zu sagen hat, ebenso schweigt wie zu der westdeutschen Atomrüstung, der beraubt sich durch sein Schweigen jeder Möglichkeit selbständiger Stellungnahme. Und damit gerät er, gerät also Westberlin, immer mehr in ein selbstgeschaffenes unsichtbares Ghetto, über das auch die glänzende Fassade sich jagender Veranstaltungen und Empfänge nicht hinwegtäuschen kann. Vorläufig sucht man der eigenen Ghettoisierung nicht zuletzt dadurch entgegenzuwirken, daß man uns, die wir uns dagegen erheben, mit den Methoden Mac Carthys in eine Art von unsichtbarem Ghetto zu sperren sucht. Aber man hüte sich! — ein solches „Ghetto im Ghetto" weckt Erinnerungen, die den Ghettowächtern unerwünscht sein könnten. Hitlerdeutschland befand sich bereits in einer nur für die Deutschen selber noch nicht evidenten moralischen Isolierung, als es den Warschauer Judenaufstand grausam niederschlug. Jene vierjährige Ghettoisierung im Herzen Polens rächte sich schon ein Jahr später durch eine vierjährige Ghettoisierung Deutschlands im großen. In den darauffolgenden achteinhalb Jahren bis zum Atomrüstungsbeschluß haben die Bundesrepublik und Westberlin das internationale Ghetto erfolgreich und durch eigene Leistungen durchbrochen. Aber für die Bundesrepublik ist der Beschluß vom 25. März 1958 und für Westberlin das Verhalten der Stadt am 15. April 1958 der Umschlag zu einer neuen Ghettoisierung, in den äußerlich zivileren Formen des Kalten Krieges, versteht sich, geworden. Das ist es, was man im Drama eine „Peripetie" nennt. Sie ereignet sich meist im vorletzten Akt. Danach geht es noch eine ganze Weile weiter. Die Katastrophe kommt nicht sofort. Im geschichtlichen Leben läßt sich die Katastrophe sogar abwenden, aber nur die sind dazu fähig, die schon im Augenblick der Peripetie die rechte Voraussicht gewonnen haben. Behalten diejenigen das Übergewicht, die den tragischen Umschlag verschlafen haben und ihn auch nachträglich nicht erkennen wollen, so wird die Katastrophe beschleunigt und verschlimmert. Was sagt man aber von dem, der die Peripetie im Drama nicht merkt? Daß es ihm an Kunstverstand fehlt! Und woran fehlt es dem, der die Peripetie im Leben eines Gemeinwesens nicht versteht? An Geschichtsverstand! Und dieses Manko ist das ärgste von allen. Wir dürfen uns damit nicht abfinden. Es sind die Anfänge der Selbstisolierung, denen wir in Genf zu wehren haben. Die größte Schwierigkeit scheint mir im Augenblick darin zu liegen, daß man auf westlicher Seite Ostberlin mit Westberlin, auf östlicher jedoch Ostberlin

mit Bonn in Vergleich bringt. Für die sowjetische Argumentation sind Ost- und Westberlin unvergleichbare Größen. Ostberlin ist nach dieser Vorstellung eine Hauptstadt, so wie Bonn eine und Westberlin keine ist. Das aber anzuerkennen, weigern sich die Amerikaner viel energischer als die Briten, weil in Amerika Mr. Babbitt, der Durchschnittsyankee, seit den Tagen des Präsidenten W i l s o n und seiner vierzehn Punkte einen Weltbefreiungsanspruch vertritt, der seit dem Ende des zweiten Weltkriegs immer mehr den Charakter der Weltgegenrevolution, unter der Voraussetzung der sonst unaufhaltsamen Weltrevolution der Gegenseite, angenommen hat — eine Ambition, die den Briten ziemlich fremd ist. Die ungeheure Zähigkeit solcher tief eingepflanzten politischen Triebkräfte unterschätze man nicht! Und man sollte sie auch nicht unter dem allzu summarischen Schlagwort „Imperialismus" in ihrer spezifischen Eigenart unkenntlich machen. Diese amerikanische Tradition wird nun in Genf auf die Probe gestellt. Entläßt man Ostberlin formell, durch eigene Unterschrift aus dem Status eines möglichen Einfluß- und Kontrollobjekts, so gibt man, in amerikanischer Sicht, an dieser Stelle den ideologischen Weltbefreiungsanspruch auf. Davon wiederum befürchtet man in Washington eine Kettenreaktion der Vertrauenserschütterung. Auch Mr. H e r t e r sprach, ebenso wie sein Vorgänger D u l l e s , zuletzt in der Konferenzpause wieder von den „gefangenen Ostblockvölkern" und ihrem „Sklavendasein". So verzerrt dieser Aspekt auch sein mag — er ist nichtsdestoweniger eine psychologische Realität, die zur Folge haben könnte, daß schließlich doch eine Kraftprobe entscheiden muß. Der Abschluß eines Sonderfriedensvertrages zwischen der Sowjetunion und der DDR müßte zu dieser Kraftprobe führen. Denn dann wird der Automatismus der Abfolge von „Räumungsaufforderung - Nichtbefolgung - Absperrung - Durchbruchsversuch - Vertreibung" ausgelöst. Den westlichen Prestigeverlust in einem solchen Falle scheinen die britischen Politiker für größer zu halten als den Prestigeverlust bei Konzessionen an die Russen in Genf. Aber wer könnte glaubhaft oder gar mit Sicherheit in Abrede stellen, daß die Amerikaner und ihre westdeutschen und Westberliner Weggenossen wohl auch mit dem Gedanken spielen, ein paar tausend erprobte kalte Krieger aus Westberlin auszufliegen und sie als ständige intellektuelle Reserve in der Welt herumreisen zu lassen? Kann man ihnen einen zünftigeren Job geben als den, in der Rolle von Exil-Berlinern den Topf am Kochen zu erhalten und in der Bundesrepublik, in Westeuropa, vor der UNO und wo immer sonst das Handwerk des Rias und der Ullstein-Presse fortzusetzen? Dann hätte sich in den Augen jener Propagandisten einer „moralischen Aufrüstung", die sich ach nur allzu gut mit der atomaren Aufrüstung verträgt, selbst eine Kraftprobe gelohnt, bei der man militärisch den kürzeren zieht. Diese Mentalität birgt die Gefahr eines einkalkulierten Kurzschlusses bei den Erörterungen über Westberlin in sich. Möglich, daß unsereiner vorderhand als Publizist noch nicht mehr tun kann, als solche Hintergründe rückhaltlos aufdecken. Es bleibt aber die Hoffnung, daß der geschichtliche Augenblick herannaht, in dem man erkennen wird, wie sehr ein „kalkuliertes Risiko" dieser Art sowohl dem deutschen als auch dem Weltfriedensinteresse zuwiderläuft.

Otto Prehn

Der redliche Mann

Der Verfasser übergab der Öffentlichkeit am 11. Juni 1959 seine Austrittserklärung aus der Christlich-Demokratischen Union.

Ihr Wortlaut sei hier vorangestellt:

„Abgestoßen von dem Schauspiel in Bonn, der Machtgier Adenauers und Mangel an Mut der CDU-Abgeordneten, die es nicht wagen, Adenauer die Stirne zu bieten, erkläre ich meinen Austritt aus der CDU, zu deren ältesten Mitgliedern ich gehöre. Ich wünsche nichts zu tun zu haben mit der Auslieferung Deutschlands an einen Diktator, der meines Erachtens der Demokratie keinen guten Dienst erwies und an dessen Christentum ich zu zweifeln beginne.

Kapitän Otto Prehn, Bremen"

Der Verfasser begründet auf unsere Bitte hin nachfolgend diesen Schritt in einer Weise, die uns in vieler Hinsicht symptomatisch erscheint. D. Red.

Redliche und nachdenkliche Männer standen während des letzten Krieges vor dem schmerzlichen und fast ausweglosen Widerstreit, zwischen ihrer Vaterlandsliebe und dem Haß gegen Hitler, der Deutschlands Namen schändete, zu wählen. Sie wußten, daß Hitler, wenn er siegen sollte, die Kirchen schließen würde — andererseits: sollten sie Deutschlands Untergang wünschen?

Als dann der totale Zusammenbruch geschehen war, hatten solche Männer wenig zu essen und viel Zeit, eine vortreffliche Gelegenheit zu gründlichem Nachdenken. Wieder einmal, wie schon nach dem ersten Krieg, standen sie vor dem „Wie kam es?" Aber während sie 1918 auf Grund ihres guten Gewissens sich aufbäumten und in Nationalismus machten — Schlachtruf: . . . es liegt ein Grab im Sachsenwald, vergessen, vergessen, vergessen . . . waren sie sich dieses Mal ihrer schweren Schuld bewußt und gingen wirklich und ernsthaft in sich. Zu groß war die Schmach, die auf dem deutschen Namen lag, da halfen keine Ausreden und kein Selbstbetrug, sie hatten nicht getan, was sie hätten tun müssen, nackt und zerknirscht standen sie vor Gott, bereit, jeden Urteilsspruch auf sich zu nehmen. Und sie waren dankbar, daß man ihnen 1400 Kalorien gab und daß sie nicht jenseits des großen Eisernen Vorhanges lebten.

Zwei fundamentale Erkenntnisse gingen ihnen auf: nie hätte die politische Knechtschaft von 1933 passieren können, wenn das deutsche Volk standfest demokratisch gewesen wäre, und nie, nie hätte es Oranienburg und Auschwitz gegeben, wenn wahres Christentum alle Deutschen erfüllt hätte, wenn sie das Wort gelebt hätten: lieber Unrecht leiden als Unrecht tun.

Unter solchen und ähnlichen heilsamen Betrachtungen gingen die Jahre hin, bis es den Alliierten gefiel, dem deutschen Volke westlich des Eisernen Vorhanges wieder politische Rechte und nationale Eigenständigkeit zu verleihen. Parteien bildeten sich, Parteien warben, und diejenigen, denen die beiden oben genannten fundamentalen Erkenntnisse aufgegangen waren, gingen zu einer Partei, die christlich und demokratisch zu sein versprach. Und sie versprach es nicht nur, sie war es auch; eine Urchristenstimmung erfüllte das kleine Häuflein von Idealisten, von dem sich Funktionäre und Interessenten weit entfernt hielten. Wäre die Partei so geblieben, wie sie damals war, dann wäre sie zwar heute nicht so groß, aber sie hätte sich auch die Auseinandersetzungen der letzten Zeit erspart.

Hoffnungslos war in jenen Nachkriegsjahren die politische Haltung eines Großteils des westdeutschen Bürgertums. Wenn man Menschen aufforderte, der CDU oder — falls sie anderer Ansicht sein sollten — einer anderen auf dem

Boden des jungen Staates stehenden Partei beizutreten, bekam man die stereotype Antwort: Ich bin einmal in meinem Leben einer Partei beigetreten, ich gehe nie wieder in eine Partei! Da konnte man mit Engelszungen reden, da konnte man fragen, was denn aus einem Staat werden solle, dessen Bürger zu feige seien, Stellung zu nehmen, da nutzte nicht der Hinweis auf Churchill's häufigen Parteiwechsel, es nützte auch nicht das Goethe-Wort, daß das Unrecht vermehrt, wer zu schwankender Zeit schwankend gesinnt: dickköpfig sagten sie Nein nach dem kindischen Motto, es geschieht meinem Vater recht, wenn meine Finger frieren; warum kauft er mir keine Handschuhe.

So kam die Bundesrepublik; so kam das Dreigespann Adenauer, Erhard, Schäffer. Dann kam aber auch leider Gottes Korea, und Westdeutschland wurde interessant als potentieller Kämpfer gegen die Sowjets, es wurde poussiert, ja aufgepumpt, es wuchs nicht nur, sondern es wucherte: ein materieller Aufschwung, den man gesünder über eine längere Zeit verteilt hätte sehen mögen, geschah in neun Jahren.

Der Preis war die Wiederaufrüstung, der die redlichen Männer damals — wenn auch unter schweren Bedenken — zustimmten, weil man ja schließlich amerikanischen Müttern nicht zumuten konnte, allein in Korea ihre Söhne zu opfern, während andere Nutznießer des in Korea verteidigten Wohlstandsparadieses die Daumen drehten, verdienten und zu ihrer Ergötzung nach Sizilien oder an die Costa Brava fuhren. Unseren redlichen Männern war durchaus nicht wohl bei dieser Entwicklung der Dinge. Sie kauften sich zwar Schlipse, Schuhe, Eisschränke, Fernsehgeräte und was sie sonst noch brauchten, aber sie wurden dieses Besitzes nicht recht froh. Ein schwefelgelber Wurm nagte an ihrem Gewissen . . . „Denk ich an Deutschland in der Nacht . . .". Sie dachten an Deutschland in der Nacht, an das ganze Deutschland, an die unterdrückten Brüder und Schwestern im Osten, an den furchtbaren Niemandslandstreifen, der durch ganz Deutschland geht und den sie von der Bahn aus sehen, wenn sie an der Werra entlang nach Süden fahren. Weimar, Wartburg und Wittenberg in russischer Hand, die Deutschen der Sowjetzone in der Sklaverei! — das marterte sie geradezu physisch. Was nützte die kümmerliche Paketschickerei, was die zahllose Korrespondenz mit ostzonalen Freunden, bei der man nicht die Wahrheit sagen konnte, es war weniger als der Tropfen auf den heißen Stein. Man wollte diese Freunde besuchen, man wollte wieder auf dem Rennsteig wandern, wollte wieder auf der Rudelsburg stehen und die Saale im Tale fließen, man wollte die deutschen Brüder und Schwestern frei sehen.

Ängstlich beobachteten sie die politische Leitung. Sie schrieben beschwörende Briefe, sie bezichtigten ungestraft Staatsführung und CDU, die mittlerweile eins geworden waren, lauer Haltung, sie warfen ihr vor, lediglich formal und protokollgerecht die Frage der Wiedervereinigung zu betreiben, sie warfen ihr in großem Ernst und warnend vor, in dieser Frage der Opferbereitschaft und Leidenschaftlichkeit zu ermangeln, ohne die diese Schicksalsfrage niemals gelöst werden kann. Und mit mitleidigem Lächeln hörten sie die gut gemeinten Worte des Herrn v. Brentano, er würde zu Fuß nach Berlin laufen, wenn er dadurch die Wiedervereinigung gewinnen könne; er wußte nicht, daß viele Deutsche bereit sind, dafür nach Taschkent und Urumtschi zu laufen.

Und noch argwöhnischer als die bescheidenen Marschversprechungen Brentanos sahen die redlichen Männer die Haltung Adenauers an. Sie geben Ehre, wem Ehre gebührt, sie danken ihm, daß er Deutschland die geachtete Stellung erkämpft hat, die es heute wieder in der Welt einnimmt, ja, sie sind auch bereit, für alle diese Errungenschaften zu zahlen, zu zahlen nämlich mit Nachsicht für die diversen Menschlichkeiten, die Adenauer während seiner Regierungszeit unterlaufen sind. Da sie wissen, daß dort, wo viel Licht ist, auch viel Schatten

sein muß, waren sie bereit, über vieles hinwegzusehen. Aber über seine laue Haltung in der Wiedervereinigungsfrage, da sehen sie nicht hinweg! Hier ist der Punkt, wo sich die Geister scheiden; hier setzt ernsthafte und, wenn es sein muß, leidenschaftliche Kritik ein!

Das ist jedoch nur der eine Vorwurf, den sie Adenauer machen müssen. Der andere ist der, daß er durch sein Verhalten in der Bundespräsidentenfrage der zarten und empfindlichen Pflanze der deutschen Demokratie schweren Schaden zugefügt hat. In seinem Altersstarrsinn verwechselt er sein Kleben am Amt mit der Sorge um die Geschicke des deutschen Volkes, das traurig daran wäre, wenn seine Führung einzig von einem Menschen abhinge. In seinem Bestreben, sich im Amt und in der Schlüsselposition zu halten, machte Adenauer einen Fehler nach dem anderen. Er, der Repräsentant eines mit Schande behafteten und nur von der Gnade der Großen lebenden Landes dritter Ordnung, wagt es, Noten auszuteilen wie ein Schulmeister an die Staatsmänner eben dieser Großen, wagt es, A t t l e e , diesem großen und vorbildlichen Staatsmann, Fehler vorzuwerfen, während er selbst ein Techtelmechtel mit d e G a u l l e zelebriert, der ihm dafür prompt die Oder-Neiße-Linie sine sine serviert.

So weit, so schlecht. Es ist leicht, Kritik zu üben; es ist schwer, es besser zu machen. Was würde — so lautet die Frage — unser redlicher Mann tun, wenn er selbst Bundeskanzler werden würde? Wie ist die Lage der Dinge zur Stunde?

Durch die H-Bombe sind alle Überlegungen, wie z. B. die, daß es unsere Pflicht ist, an der Opferleistung amerikanischer Mütter teilzunehmen, hinfällig geworden. Alles spitzt sich zu auf einen seelischen Zweikampf zwischen Eisenhower und Chrustschow. Der letztere hat seinem Partner absolute Gewissenlosigkeit und Fuchsschläue voraus, niemand weiß, wie hoch er gambelt, wie weit er in Wahrheit zu gehen geneigt ist. Eisenhower dagegen ruht auf dem Fels schlichten Gottvertrauens, er sieht sich vor die ungeheuerlichste Entscheidung gestellt, die je einem Menschen aufgebürdet wurde.

Und so ruht schließlich und endlich alles in Gottes Hand. Wenn Gott entschlossen ist, trotz der „zehn Gerechten" die Menschheit auszulöschen, dann ist uns das von Nevil S h u t e in „On the Beach" beschriebene Ende beschieden. Sollte aber Gott den Erdenbewohnern noch eine Chance geben, dann könnte es Deutschlands furchtbares Schicksal sein, noch lange auf die Wiedervereinigung warten zu müssen. Eins ist klar, niemals dürfen wir unsere Unterschrift unter ein Schriftstück setzen, das unsere Brüder im Osten einer sowjet-russischen Willkür preisgibt. Da müssen wir fest bleiben. Gottes Mühlen mahlen langsam. Auch die Bäume der Sowjet-Russen wachsen nicht in den Himmel. Das Wissen um die Geschichte der Griechen und der Polen, die nach jahrhundertelanger Knechtschaft wieder frei wurden, muß uns Kraft verleihen, das untragbar Erscheinende zu ertragen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Bonner Einsamkeit

Es ist vollbracht. Die Außenpolitik der Bundesregierung ist am Ende jener langen Sackgasse angelangt, vor der sie von so vielen Stimmen gewarnt worden war. Außenminister von Brentano kann in Genf Erklärungen jeder Art und in beliebiger Menge abgeben — nichts darf uns darüber hinwegtäuschen, daß die westdeutsche Regierung mit ihrer Meinung allein steht, daß die Vereinigten Staaten sich ebenso wie Großbritannien und Frankreich nicht dazu entschlossen haben, mit Bonn bedingungslos weiter zu marschieren. Niemand kann das unseren westlichen Verbündeten im Grunde übel nehmen, denen der Unruheherd Deutschland schon lange sichtlich auf die Nerven fällt. Für sie alle gibt es, bei aller Freundschaft, noch schwerwiegendere Probleme als die unseren.

Was wollen wir eigentlich? Bei der Wiederaufnahme der Genfer Außenministerkonferenz wurde klar, daß die Westmächte der Idee eines Gesamtdeutschen Ausschusses nicht mehr abgeneigt gegenüberstehen, wenn sie dadurch in Berlin ihr Gesicht wahren und ihre Positionen bis auf weiteres halten können. Bonn reagierte schnell: Ohne Rücksicht auf zahlreiche Erklärungen der jüngsten Zeit schlug man vor, die Außenministerkonferenz zunächst einfrieren zu lassen und lieber eine Gipfelkonferenz unter Ausklammerung der Berlinfrage einzuberufen. Gerade das hatte man bis dahin mit geübter Starrsinnigkeit abgelehnt, weil man „Gipfelkompromisse" fürchtete.

Der Bonner Drang zum Gipfel hielt nur wenige Tage vor. Dann kehrte Außenminister von Brentano wieder zu seinem alten Standpunkt zurück, eine Gipfelkonferenz habe nur Sinn, wenn die Außenminister sich vorher über das Programm geeinigt hätten. Heinrich v. Brentano muß sich nun allerdings darauf gefaßt machen, daß die drei Westmächte wiederum anderer Meinung sind als er und gerade nach einem Scheitern der Genfer Gespräche unverzüglich den Gipfel ansteuern.

Das Scheitern unserer Außenpolitik betrifft nicht nur die dafür Verantwortlichen, sondern uns alle. Für Schadenfreude ist deshalb kein Platz. Aber vielleicht sieht man in Bonn nun doch ein, daß man Politik nicht immer nur mit dem Hinweis auf den großen Bruder machen kann. Manchmal hat eben der große Bruder wichtigere Pflichten, als seinen kleinen Bruder zu unterstützen, der sich so bereitwillig mit einem anderen großen Mann angelegt hat.

Frankfurter Rundschau Nr. 161/1959.

Ost und West müssen sich verständigen

Walter Lippman schreibt u. a.:

Während der Konferenzpause in Genf ist ein politischer Stimmungsumschwung eingetreten. Der Stimmungsumschwung in Washington, der uns näher an die von England eingenommene Position bringt, ist auf einer sorgfältigen Prüfung der Erklärung begründet, die Außenminister Gromyko am 28. Juni abgegeben hatte. Diese wichtige Erklärung war unglücklicherweise in der amerikanischen Presse seinerzeit unrichtig wiedergegeben worden, und sie wurde den amerikanischen Zeitungen erst durch eine Wiedergabe der sowjetischen Botschaft vollständig zugänglich gemacht. Die Erklärung war jedoch dem State Department und dem Londoner Foreign Office wohl bekannt. Gromyko legte darin klar, daß er keineswegs ultimativ eine Aufgabe der Rechte der Westmächte in Berlin verlangt. Im State Department, wie auch im Foreign Office wurde auch vermerkt, daß Gromyko dabei den Vorschlag machte, einen „provisorischen Status" von Westberlin auszuarbeiten, während Versuche gemacht werden sollten, in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands zu einer Verständigung zu kommen.

Solange die Wiedervereinigung Deutschlands noch nicht vollzogen und Berlin noch nicht wieder Deutschlands Hauptstadt ist, kann der Westen nicht weniger, aber auch nicht mehr verlangen, als daß Westberlin einen „provisorischen Status" erhält. Mehr als

dies, also irgendeine Art Dauerlösung war niemals möglich, denn der Westen wird niemals zulassen, daß ganz Deutschland in die sowjetische Einflußsphäre gerät, und die Sowjetunion wird ihrerseits nicht dulden, daß ganz Deutschland der westlichen Einflußsphäre zufällt.

Chrustschow hat übrigens niemals mit einer Blockade Berlins gedroht oder eine solche Drohung auch nur angedeutet. Womit er gedroht hat, war der Abschluß eines Friedensvertrages mit Ostdeutschland, der der DDR das theoretische Recht geben würde, mit uns über die deutschen Fragen einschließlich der Berlinfrage zu verhandeln.

Der Westen steht seinerseits der Tatsache gegenüber, daß Westberlin in einer strategischen Falle liegt und daß seine Sicherheit nicht von lokalen Verteidigungsmaßnahmen, sondern von der Drohung eines Weltkrieges mit nuklearen Waffen abhängt. Aber dies ist alles andere als perfekte Sicherheit. Sicherheit für Westberlin kann nur durch ein politisches und juristisches Abkommen über den Status von Westberlin für die Zeit bis zur Wiedervereinigung erreicht werden.

New York Harald Tribune.

Vorstoß eines amerikanischen Senators für Ost-Berlin

Der republikanische Senator Homer Capehart, ein Mitglied der Außenpolitischen Kommission des Senats, erklärte am Donnerstag in einer Radioansprache, wenn die Sowjetunion einen separaten Friedensvertrag mit Ostdeutschland unterzeichne, müßten die Vereinigten Staaten „realistisch und praktisch" sein und die ostdeutsche Regierung anerkennen. Capehart führte unter anderem aus: „Wenn die Sowjetregierung einen separaten Friedensvertrag mit Ostdeutschland abschließt und das Recht der Kontrolle über die nach Westberlin führenden Zufahrtswege auf die ostdeutschen Behörden überträgt, dann sollten wir meiner Ansicht nach ebenfalls praktisch und realistisch sein." Ein Besuch Chrustschows in den Vereinigten Staaten könne nur nützlich sein.

Neue Zürcher Zeitung vom 19. 7. 1959.

Ein Appell nach Straßburg

Dr. med. Siegmund Schmidt
prakt. Arzt

Vörden, den 6. Juli 1959
Bez. Osnabrück

An den
Europäischen Gerichtshof
für Menschenrechte
Straßburg

Betr.: Antrag auf Verbot von Atomwaffenbombenversuchen, da die radioaktive Verseuchung das Leben jedes Einzelnen schwerstens schädigt.

Sehr verehrter Herr Präsident!

Da die Bundesregierung nach Artikel 46 die Tätigkeit Ihres Gerichtshofes für Menschenrechte anerkannt hat und von mir gemachte ähnliche Versuche in der Bundesrepublik ergebnislos waren, (z. B. erklärte der Bundesgerichtshof sich für meine Fragen der radioaktiven Verseuchung der Menschen durch die Atombombenversuche für nicht zuständig, und die Bundesregierung erklärte, daß sie in der Frage der Bedrohung der menschlichen Gesundheit nichts unternehmen könne, da sie nicht Mitglied der UNO sei), stelle ich hiermit den Antrag, daß der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sofort, für immer und auch in allen Höhen, die Atombombenversuche wegen der Verletzung des Völkerrechts und der Menschenrechte über die UNO — Den Haag — Rotes Kreuz — Genfer Konvention — als verboten und gegen die Menschenrechte verstoßend erklärt werden.

Nach § 2 Ihrer Konvention hat jeder einzelne Mensch ein Recht auf den Schutz des Lebens, und das Leben wird daher von Ihnen geschützt. Ich selbst fühle mein Leben bedroht!

Da ich, nachdem ich in Genf die Delegationen der Außenminister besucht und meine Sorgen betreffs der großen Gefährdung unseres Lebens durch die radioaktive Verseuchung vorgetragen habe, jedoch einsehen mußte, daß man nur wenig für die menschlichen

Belange übrig hat (jeder mißtraut dem anderen und vergißt das höhere Ziel — die Rettung des Lebens!) muß jetzt an den Schutz des Lebens der Menschen gedacht werden. Ich trug die Sorgen über die radioaktive Verseuchung der Nordsee durch den hineingeworfenen Atommüll — über die radioaktive Verseuchung der Welt, über die radioaktive Verseuchung Europas durch Atombombenversuche in der Sahara und die Gefahr der Verseuchung Ägyptens, des Iraks usw. vor. Als Beweis führte ich die persönlichen Aussprachen und Schreiben von Prof. Pauling, Nobelpreisträger, USA, an.

Nach seinen wissenschaftlichen Forschungen und Berechnungen ist bis jetzt durch die durchgeführten Atombombenversuche ca. 150 Millionen Tonnen Atommüll erzeugt worden, der einer Explosionsenergie von 50mal aller Sprengstoffe, die während des zweiten Weltkrieges verwendet wurden, entspricht. Allein das radioaktive Spaltprodukt Cäsium 137 hat nach seiner Berechnung bis jetzt 140 000 Kinder schwerstens geschädigt, so daß sie ihr Leben im Irrenhaus beenden müssen!

Dazu kommt die Wirkung des radioaktiven Kohlenstoffes C 14 aus den Atombombenversuchen in der ganzen Welt, wodurch weitere 1 250 000 Kinder auf der ganzen Welt zum Siechtum verurteilt wurden. Eine Million Menschen werden zusätzlich durch diese Versuche noch an Krebs sterben.

Dazu kommt noch die Wirkung des Strontium 90, das ja bekanntlich vor den Versuchen noch nicht in den Knochen vorhanden war und Knochenkrebs und Leukämie erzeugt. Durch S. 90 werden außerdem 140 000 Menschen an Leukämie sterben! Bis jetzt müssen also durch die bisherigen Atombombenversuche etwa 2 530 000 Menschen sterben oder werden so geschädigt, daß sie frühzeitig sterben müssen.

Da in der Bundesrepublik auch die radioaktive Verseuchung des Regenwassers (Beweis Verseuchung des Regenwassers auf der Insel Saltholm — Regenwassertrinken wurde durch die dänische Regierung verboten) ansteigt (sie ist 60mal höher, als die Festsetzung durch Euratom zuließ) und bei den Kontrollen feuerbestatteter Kinder sich der Beweis der Strontiumanreicherung in Knochen ergab (und auch die UNO-Expertenkonferenz die obigen Zahlen von Prof. Pauling bestätigte), bitte ich um dringende Befürwortung meines Antrages.

Die Ehrfurcht vor dem Leben muß jetzt höher stehen als alles andere, ehe es zu spät ist! Es besteht höchste Gefahr für das Leben der Menschheit!

Die Atombombenversuche in größeren Höhen sind nach Aussage von Prof. Pauling gefährlicher als die bisherigen, da der Atommüll über weit größere Gebiete der Erde verbreitet wird! Dadurch ist das Leben aller Menschen bedroht! Das Leben jedes einzelnen Bürgers und Menschen auf der Erde ist schwerstens gefährdet, und es ist daher Pflicht für Sie, verehrter Herr Präsident, daß Sie hier eingreifen. Alle Völker der Erde müssen jetzt handeln. Es wird sich zeigen, wer es ehrlich mit der Gesundheit der Menschen meint. Das Kuratorium Osnabrück, der Heimkehrerverband, die europäische Vereinigung der Naturärzte, die 50-Millionenbewegung der World Cultural Council usw. unterstützen meinen heutigen Schritt der Anrufung Ihres Gerichtes, damit die Welt endlich von der Atompest genesen kann.

Denken wir ständig an die Opfer von Hiroshima!

Mit den ergebensten Grüßen
Ihr gez. Dr. Schmidt

... Ameisen

Der südafrikanische Biologe S. H. Skaife hat es am besten formuliert: „Wer zuletzt lacht in einem nuklearen Krieg, sind die Ameisen. Sie vertragen 12mal mehr Röntgeneinheiten als die Menschen."

Nicht ohne Grund

Das wissenschaftliche Komitee der Vereinten Nationen zur Erforschung der radioaktiven Strahlung hat am 9. Juli die Regierung von 89 Ländern ersucht, Informationen über die sich verstärkenden Spuren von Strontium 90 in den Knochen von Kindern einzuholen.

Unbestechlich

Vor dem „Internationalen Kongreß" über die Auswirkungen der radioaktiven Strahlung Ende Juni d. J. in Venedig fand das Referat von Prof. Z. M. Bacq, dem Direktor des Laboratoriums für Pathologie und Therapeutik der Universität Lüttich, besondere Beachtung. Er sagte, jeder Wissenschaftler, der seinem geistigen Auftrag getreu und der unbestechlich sein wolle, müsse feststellen, daß der zulässige Grad der Strahlung für den Durchschnitt der Menschheit sehr bald erreicht sein dürfte. Aufgrund eines umfassenden Materials bewies er das.

Am ersten Tag

Der parlamentarische Unterausschuß für Atomstrahlungen in Washington veröffentlichte am 25. Juni einen Bericht mit folgendem Resumee: „Ein konzentrierter Angriff auf die 180 wichtigsten Ziele und strategischen Zentren der USA mit 263 H-Bomben würde am ersten Tag etwa 23 Millionen der 177 Millionen Amerikaner das Leben kosten. Weitere 26 Millionen Menschen würden derart schwer verletzt werden, daß sie nicht wiederhergestellt werden könnten. Von einer großen Zahl anderer Amerikaner, mindestens etwa 20 Millionen, ließe sich hoffen, daß sie zu irgendeinem Zeitpunkt einen gewissen Grad der Gesundheit wiedererlangten. Mindestens 25% der Opfer würden auf Strahlungen zurückzuführen sein, sagte der Vorsitzende des Ausschusses, der Abgeordnete Chat Holifield, Kalifornien, der den Bericht erstattete.

Sofort bereit

Der Tagung der „Europäischen Föderation gegen Atomrüstung" in Schliersee/Obb. wurde am 27. Juni d. J. ein persönlicher Brief des sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow überbracht, „die Sowjetunion sei bereit, unverzüglich ein Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche zu unterzeichnen, wenn die USA und Großbritannien dasselbe täten. Die SU sei immer ein entschiedener Anhänger der Einstellung der Kernwaffenversuche gewesen." Chrustschows Brief war seine Antwort auf die von der Föderation am 5. Mai d. J. an die Regierungschefs der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritanniens gerichtete Aufforderung, nunmehr eine klare Antwort über ihre Haltung zur notwendigen Einstellung der Kernwaffenversuche zu geben.

Nicht das einzige Mittel ...

„Unser Protest wird nicht das einzige Mittel bleiben, wenn Frankreich den Plan weiter durchführt, Kernwaffenversuche in der Sahara, nahe der marokkanischen Grenze, vorzunehmen," sagte der Ministerpräsident Marokkos, Abdallah Ibrahim, am 28. Juni in Damaskus, wo er als Gast Nassers weilte.

„Rechtzeitig ..."

Am 21. Mai d. J. hatte Professor Teller, der Verfechter eines nuklearen Präventivkrieges der USA, in Milwaukee vor einer Gesellschaft Industrieller gesagt, „daß die SU in spätestens 10 Jahren vor den USA einen unbedingten Vorsprung in der Entwicklung von Kernwaffen erlangt haben würde. Wenn man diese kurze Frist nicht nutze, werde die Welt am Ende dieses Jahrhunderts nach sowjetischem und nicht nach den eigenen amerikanischen Ideen geformt sein. Lasse man die letzten 10 Jahre ungenutzt verstreichen, bleibe nichts als eine vage Hoffnung, die verlorene Führerschaft zu einem späteren Zeitpunkt zurückzugewinnen." An diese mittelbare erste Aufforderung Professor Tellers — eine Aufforderung zum nuklearen Krieg! — schloß sich eine unmittelbare zweite von Thomas E. Murray, einem wissenschaftlichen Berater im Ausschuß für Atomenergie des Kongresses, in einem New Yorker Fernseh-Interview vom 6. Juli d. J.; Murray sagte: „Wir haben die Aufgabe, schon jetzt Tausende von kleinen Atombomben zu lagern, um der Sowjetunion in sicherlich bevorstehenden räumlich begrenzten Auseinandersetzungen rechtzeitig zu begegnen ..."

„Wenn Ihr nicht die Ferien unterbrecht ..."

Der New Yorker Bankier James P. Warburg warnte Anfang Juli d. J. Präsident Eisenhower vor dem beabsichtigten Atomabkommen mit der Bundesrepublik, eben zu diesem Zeitpunkt, weil ein solcher Schritt die Genfer Verhandlungen gefährden müsse. Am 9. Juli veröffentlichte Warburg dazu in der „New York Times" einen „Aufruf" auf einer halben Anzeigenseite: „Ich bedaure, Eure Sommerferien zu stören, liebe Mitamerikaner, aber wißt Ihr, was geschieht? Euer Schicksal und das Schicksal Eurer Kinder wird den Händen Konrad Adenauers anvertraut, dem halsstarrigen autokratischen 83jährigen Kanzler der westdeutschen Republik. Wenn Ihr nicht Eure Ferien unterbrecht und etwas unternehmt, wird Eure Regierung ausgerechnet den Deutschen die Macht übertragen haben, jede Lösung für die Zukunft Berlins zu gefährden, die Macht, jedes Abkommen über ein Verbot von Atomversuchen und die Verhinderung der weiteren Verteilung von Kernwaffen in der Welt zu torpedieren."

Zwangsläufige Koexistenz

Michail Suslow sagte Anfang Juli auf dem XV. Parteitag der KPF in Paris: „Die Koexistenz ist zwangsläufig geworden. Der Gang der gegenwärtigen Geschichte, die Verteilung der politischen Kräfte in internationalen und in den nationalen Maßstäben schließt die Möglichkeit, auf der Position der Feindschaft zu den Kommunisten und den kommunistischen Ländern eine demokratische Entwicklung aufzubauen, aus. Heute ist es unmöglich geworden, ohne Zusammenarbeit mit den Kommunisten erfolgreich für den Frieden und die Aufrechterhaltung der demokratischen Freiheiten zu kämpfen ... In dieser Situation können auch die Kommunisten wieder frei, ungehemmt und selbstbewußt auf die politische Tribüne ihrer Länder treten. In langsam sich anbahnenden Verständigungen mit Parteilosen, Katholiken und Sozialisten können sie gegen die Drohung eines furchtbaren Weltkrieges den Sieg erringen." Zu einzelnen Vorstößen gegen die Politik de Gaulles auf dem Parteitag der KPF sagte Suslow kein Wort, selbst in der Algerienpolitik nicht.

Beschlagnahmt

Auf Befehl des französischen Innenministers wurde am 21. Juni das drei Tage zuvor in Paris erschienene Buch „La Gangrène" („Das Brandgeschwür") beschlagnahmt. Die Verfasser, fünf junge Algerier, unter ihnen vier Studenten, schildern darin die Folterungen, denen sie im Dezember 1958 und im Januar 1959 im Gebäude der Politischen Polizei an der Rue des Saussaies in Paris und in einer Villa in der Umgebung der Hauptstadt unterworfen wurden. Die Zeitung „Monde" veröffentlichte dazu einen Leitartikel ihres stellvertretenden Chefredakteurs Jacques Fauvet: „Die Folter schädigt die physische Integrität der Opfer, aber mehr noch die moralische Integrität der Nation. Sie kann nicht einmal damit entschuldigt werden, daß sie etwas nützt. Nichts geschieht, um ihr Einhalt zu gebieten. Im Gegenteil, die Anwendung der Folter wird erleichtert. Schuld daran sind ein falsches Autoritätsbewußtsein, die Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung und die Schwäche der Gesetze."

Dezimalsystem

Die Regierung der Volksrepublik China hatte am 1. Juli d. J. verfügt, daß allen Maßeinheiten künftig das Dezimalsystem zugrunde zu legen ist. Das gilt ebenso für Längen- wie für Gewichtsmaße. Nur in bestimmten Fällen seien die rückständigen britischen Maße beizubehalten, jedoch nur solange, als noch Maschinen und Güter aus Großbritannien, die nach solchen Maßen konstruiert seien, eingeführt werden müssen.

Kein „Fall" mehr

Frau Frieda Kantorowicz, die Gattin des aus der DDR in die BR hinübergewechselten Literar-Historikers Dr. Alfred Kantorowicz, darf weiter als Repräsentantin der

DDR-Nachrichten-Agentur ADN in der Schweiz bleiben. Dies erklärte die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Rücksicht auf „die loyale Behandlung aller Fragen, die mit ihren eigenen journalistischen Repräsentationen in der DDR zusammenhängen, seitens der Regierung dieses Landes".

Letztlich doch Neutralisierung

„Die Verhandlungen in Genf werden vom Westen nicht sehr eindrucksvoll geführt", sagte Gaitskell auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Hamburg am 15. Juli. „Das Berlin-Problem kann nur gelöst werden, wenn die deutsche Einheit wiederhergestellt wird. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit kann aber dem Osten nur zugemutet werden, wenn Deutschland aus jeglichen militärischen Überlegungen herausgelöst wird. Das erscheine in einer europäischen Zone der kontrollierten Abrüstung möglich. Eine solche Zone sollte Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfassen. Das Bilden einer solchen Zone brauche nicht von einer allgemeinen politischen Entspannung globalen Ausmaßes abhängig gemacht zu werden. Vielmehr sei es umgekehrt, das Entstehen einer solchen Zone werde einer der Faktoren sein, die eine solche Entspannung herbeiführe. Ohne ein Auseinanderrücken der Militärblöcke — d. h. ohne den Disengagement-Plan der Labourparty und ohne den Deutschland-Plan der SPD — werde es in Genf keinen Fortschritt geben."

Zersprengte Luft-Kavallerie

Die „Neue Zürcher Zeitung" schrieb am 12. Juli d. J. unter der Überschrift „Nato in Not": „200 amerikanische Jagdbomber vom Typ „Super-Sabre", die dazu bestimmt sind, kleinere Atombomben im Rahmen der taktischen Abwehr gegen eine angreifende Armee zu tragen, werden von ihren bisherigen Standorten in Choumont, Toul und Etain entfernt. 6 Geschwader oder etwa 130 Flugzeuge kommen auf Stützpunkte der Nato in Deutschland und 3 Geschwader oder etwa 70 Flugzeuge nach England. Die nach Westdeutschland verlegten 6 Geschwader rücken zwar näher an den Eisernen Vorhang, aber sie sind künftig sehr gefährdet, die nach England verlagerten 3 Geschwader sind infolge des verhältnismäßig geringen Aktionsradius solcher Bomber praktisch nahezu außer Gefecht gesetzt. Die Zentralfront ist also in ihrer „Air-Cavalry" entscheidend geschwächt. Diese Schwächung betrifft dabei die stets an der unteren Grenze des noch zu Verantwortenden liegenden Abwehrorganisation der Nato. Sie enthüllt zugleich eine politische Schwächung des Nordatlantik-Bündnisses, die mit General de Gaulle gegeben ist ..."

Gewalt nur bei Gewalt

Der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Koslow sagte am 3. Juli auf einer Pressekonferenz in Washington, „die Sowjetunion werde, falls es zu keiner befriedigenden Lösung des Berlin-Problems komme, lediglich zum Entschluß gezwungen sein, mit der Deutschen Demokratischen Republik einen Separat-Frieden abzuschließen. Gewalt werde sie nur gegen Gewalt anwenden, d. h. wenn der Berlin-Frage wegen von westlicher Seite in Deutschland oder unter den beiden deutschen Staaten ein Krieg vom Zaun gebrochen werden sollte."

Vereinigte Front

Die Botschafter der Bandung-Staaten veranstalteten am 11. Juli d. Js. in Moskau ein Essen zu Ehren des in der SU weilenden Kaisers von Äthiopien, Haile Selassie. Dem Essen wohnten Präsident Marschall Woroschilow und Ministerprälident Chrustschow bei. In der Rede von Kaiser Selassie hieß es wörtlich: „Angesichts der zahlreichen Verletzungen der Rassenfreiheit in Afrika und angesichts der Welle des Nationalismus dürfen wir, ‚Afrikaner und Asiaten', in unserem eigenen Kampf nicht nachlassen. Wir müssen die vor vier Jahren in Bandung geschaffene vereinigte Front weiter konsolidie-

ren." Der Kaiser brachte im übrigen einen 100-Millionen-Rubel-Kredit der Sowjetunion in sein Land mit, um einen ersten Fünfjahresplan zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes verwirklichen zu können. Außerdem wurde ein Handelsabkommen zwischen der Sowjetunion und Äthiopien geschlossen (Maschinen, Ausrüstungen, Eisenerzeugnisse gegen Häute, Erdnüsse und Ölsamen). Zur Befestigung der Freundschaft wird die Sowjetunion außerdem eine Grundschule für 1000 Schüler in Addis Abeba bauen und einrichten, sowie für das große „Prinz Hara-Spital" in der Landeshauptstadt alle medizinischen Einrichtungen zur Verfügung stellen. Als persönliches Geschenk erhielt der Kaiser ein Flugzeug vom Typ „Jl-14".

Wortlaut der Resolution des Zentralrates der Juden in Deutschland

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat mit wachsender Besorgnis eine Entwicklung in Deutschland beobachtet, die auch in Erscheinungen des Antisemitismus Ausdruck gefunden hat. Die Rückkehr ehemaliger Naziaktivisten in Schlüsselstellungen des Staates hat hierzu zweifellos beigetragen. Hierdurch wird weniger die kleine Gruppe der überlebenden Juden in Deutschland als das Ansehen des deutschen Volkes geschädigt. Es ist tragisch, daß wir 14 Jahre nach dem Zusammenbruch eines Gewaltregimes, das Deutschland und Europa an den Rand des Unterganges gebracht hat, gezwungen sind, erneut und nachdrücklich zu warnen.

Düsseldorf, 22. Juni 1959.

Auszug aus dem Kommuniqué des Zentralrates der Juden in Deutschland

Der Zentralrat befaßte sich mit kulturellen und politischen Problemen, sowie mit Fragen der Wiedergutmachung. Er bedauerte überspitzte Konstruktionen, die zur Abweisung oder Beschränkung von Ansprüchen führten, deren rechtliche und moralische Grundlage unzweifelhaft ist. Hierzu wurde vor allem der Einwand gerechnet, daß eine durch den Nationalsozialismus zerstörte Synagoge wahrscheinlich andernfalls der Kriegseinwirkung zum Opfer gefallen wäre, oder die Verweigerung von Witwenrenten mit der Begründung, daß die Machthaber des Dritten Reiches mit dem tödlichen Ablauf der Verfolgungsmaßnahmen nicht rechnen konnten. Der Zentralrat wandte sich gegen den Ausschluß jüdischer Verfolgter aus dem Härteausgleich und verlangte die sofortige Abstellung dieser Praxis.

Düsseldorf, 22. Juni 1959.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.